Bundesamt
für die Sicherheit
der nuklearen Entsorgung

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

# Auswirkungen der Veröffentlichung von Arbeitsständen der BGE auf individuelle Einstellungen zur Endlagersuche

Vorhaben FKZ 4724F00201

AUFTRAGNEHMER:IN
INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung, Berlin

# Auswirkungen der Veröffentlichung von Arbeitsständen der BGE auf individuelle Einstellungen zur Endlagersuche

Dieser Band enthält einen Ergebnisbericht eines vom Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung in Auftrag gegebenen Untersuchungsvorhabens. Verantwortlich für den Inhalt sind allein die Autor:innen. Das BASE übernimmt keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie die Beachtung privater Rechte Dritter. Der Auftraggeber behält sich alle Rechte vor. Insbesondere darf dieser Bericht nur mit seiner Zustimmung ganz oder teilweise vervielfältigt werden.

*Der Bericht gibt die Auffassung und Meinung der Auftragnehmer:in wieder und muss nicht mit der des BASE übereinstimmen.*

**BASE-09/25**

Bitte beziehen Sie sich beim Zitieren dieses Dokumentes immer auf folgende URN:
urn:nbn:de:0221-2025082254253

Berlin, April 2025

## Impressum

**Bundesamt**
**für die Sicherheit**
**der nuklearen Entsorgung**
**(BASE)**

BASE – FORSCHUNGSBERICHTE ZUR
SICHERHEIT DER NUKLEAREN ENTSORGUNG

**Auftragnehmer:in**
INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung, Berlin

030 184321–0
www.base.bund.de

Stand: April 2025

GZ: F 2 – BASE – BASE62120 4724F000201

# Auswirkungen der Veröffentlichung von Arbeitsständen der BGE auf individuelle Einstellungen zur Endlagersuche

Abschlussbericht

Forschungskennziffer 4724F00201

Berlin, April 2025

# Inhalt


1 Hintergrund und Zielsetzung der Untersuchung ... 4
2 Untersuchungssteckbrief ... 6
3 Kernergebnisse ... 7
4 Executive Summary ... 10
5 Die Ergebnisse im Detail ... 13
5.1 Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen ... 13
5.2 Nachbarschaftlicher Zusammenhalt ... 15
5.3 Risikobereitschaft ... 15
5.4 Vertrauen in Menschen und Institutionen ... 16
5.4.1 Generalisiertes Vertrauen ... 16
5.4.2 Vertrauen in Institutionen und Medien ... 17
5.5 Mediennutzung zu lokalen und regionalen Themen ... 22
5.6 Einstellungen zum Atomausstieg ... 27
5.7 Wissensstand und Kenntnisse zum Thema Endlagerstandort ... 28
5.7.1 Objektive Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts ... 28
5.7.2 Wissensstand zur Wahl des Endlagerorts ... 31
5.7.3 Subjektive Informiertheit zur Endlagersuche ... 32
5.8 Befürwortung der Endlagersuche ... 34
5.9 Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche ... 35
5.10 Endlager am Wohnort ... 39
5.10.1 Anerkennung des Wohnorts als Endlagerstandort ... 39
5.10.2 Infragekommen des Wohnorts als Endlagerstandort ... 40
5.10.3 Persönliche Betroffenheit durch ein Endlager am Wohnort ... 41
5.10.4 Auswirkungen auf den Wohnort ... 42
5.10.5 Präferierter Zeitraum für die Endlagersuche ... 44
5.10.6 Beteiligungsabsicht ... 44
5.10.7 Einfluss von Kompensationsleistungen auf die Einstellung zum Endlager ... 45
5.11 Beteiligung bei der Endlagersuche ... 47
5.11.1 Berücksichtigung persönlicher Interessen bei der Standortsuche ... 47
5.11.2 Gewünschte Beteiligungs- und Informationsformate ... 49
5.12 Veröffentlichung „Arbeitsstände“ der BGE ... 50
5.12.1 Informiertheit zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024 ... 50
5.12.2 Informationskanäle zur Arbeitsstände-Veröffentlichung ... 52
5.12.3 Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen ... 53
6 Fazit ... 59
7 Soziodemografie ... 60

7.1 Nachhermessung ... 60
7.2 Vorhermessung ... 61
8 Feld- und Methodenbericht ... 63
8.1 Untersuchungsanlage ... 63
8.2 Entwicklung des Erhebungsinstruments ... 63
8.3 Grundgesamtheit und Stichprobenziehung ... 64
8.3.1 Grundgesamtheit und Stichprobenanlage ... 64
8.3.2 Stichprobenumfang ... 65
8.3.3 CATI-Stichprobenziehung ... 65
8.3.4 CAWI-Stichprobenanlage ... 66
8.4 Durchführung der Feldarbeit ... 67
8.4.1 CATI: Auswahl der Proband:innen auf Haushaltsebene ... 67
8.4.2 CATI- Stichprobensteuerung in der Feldphase ... 67
8.4.3 CATI- Durchführung der Befragung ... 68
8.4.4 CAWI- Stichprobensteuerung in der Feldphase ... 69
8.5 Feldbericht ... 69
8.5.1 Feldzeit ... 69
8.5.2 Organisation der CATI-Befragung ... 69
8.5.3 CATI- Ausschöpfungsstatistik ... 70
8.6 Datenaufbereitung und Gewichtung ... 71
8.6.1 Datenaufbereitung ... 71
8.6.2 Gewichtung ... 72
8.6.3 Fallzahlen und Fehlerintervalle ... 73
Tabellen- und Abbildungsverzeichnis ... 74

# 1 Hintergrund und Zielsetzung der Untersuchung

Auch nach dem Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie und nachdem im April 2023 die letzten Atomkraftwerke vom Netz gingen, ist die Geschichte der Nuklearenergie in Deutschland noch nicht abgeschlossen. So verbleiben u. a. 1.750 Behälter mit 27.000 Kubikmetern hochradioaktiver Abfälle bundesweit in 16 Zwischenlagern, für die ein geeigneter Standort, also ein Endlager, gesucht werden muss. Dazu untersucht die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) als Vorhabenträgerin seit 2017 das gesamte Bundesgebiet, zunächst auf Basis von vorhandenen geologischen Daten, auf seine Eignung. In den folgenden Phasen erfolgt dies mittels Erkundungsprogrammen.

In der ersten Phase werden die geologischen Daten ausgewertet, um z. B. Risikoregionen (z. B. Erdbebengefahr, Vulkanismus, Schädigungen durch Bergbau) auszuschließen und gleichzeitig Regionen zu identifizieren, die die Mindestanforderungen im Hinblick auf die Bodenbeschaffenheit erfüllen. Schrittweise erfolgen weitere Gebietsausschlüsse, so dass am Ende von Phase 1 ein Vorschlag für übertägig zu erkundende Standortregionen steht. Nach einer Phase der weiteren Überprüfungen und Beteiligung der vorgeschlagenen Regionen übermittelt die Aufsichts- und Genehmigungsbehörde, das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE), den Vorschlag an die Bundesregierung. Welche Gebiete weiter erkundet werden, entscheidet der Bundestag.

In der zweiten Phase finden in diesen Standortregionen übertägige Erkundungen statt. Auf dieser Basis wird ein Vorschlag erarbeitet und vom Gesetzgeber verabschiedet, welche Standorte in der dritten Phase untertägig erkundet werden sollen. Mindestens zwei Standorte werden auf diese Weise erkundet. Am Ende des Verfahrens wird ein Standortvorschlag erarbeitet und dem Gesetzgeber übermittelt.

Derzeit befindet sich das Verfahren in der ersten Phase. Die BGE hatte 2020 in ihrem Zwischenbericht Teilgebiete zum Ende des ersten Schrittes der ersten Phase 90 Teilgebiete ausgewiesen, die 54 Prozent des Bundesgebiets umfassen. Diese wurden weiter untersucht (vgl. „Zwischenbericht Teilgebiete gemäß § 13 StandAG“).

Einen Arbeitsstand aus diesen Untersuchungen veröffentlichte die BGE am 4. November 2024 (vgl. BGE Endlagersuche Navigator und Ergebnisse der repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen (rvSU) auf der Webseite der BGE). Dabei wurden erste Flächen vorläufig als gering oder ungeeignet bzw. als sogenannte D- und C-Flächen identifiziert. Diese sind voraussichtlich nicht mehr Teil der weiteren Prüfschritte auf dem Weg zu den Standortregionen. Es wurde vermutet, dass die Veröffentlichung der vorläufigen Arbeitsstände zu einer steigenden öffentlichen Aufmerksamkeit führt und die Bürger:innen in ihrer Wahrnehmung des Standortauswahlverfahrens beeinflusst. Auch für die folgenden Jahre hat die BGE angekündigt, entsprechende Arbeitsstände zu veröffentlichen.

Vor diesem Hintergrund wurde ein Forschungsprojekt auf der Basis von Repräsentativbefragungen im Pre-Post-Design durchgeführt, das die Wirkung der ersten Veröffentlichung von Arbeitsständen durch die BGE erfassen soll. Dazu wurden in einem Großteil der Gebiete kurz vor und kurz nach der Veröffentlichung der Arbeitsstände repräsentative Bevölkerungsbefragungen durchgeführt. Die Befragung wurde nach der Veröffentlichung der Arbeitsstände im November 2024 auch in den Gebieten durchgeführt, die als gering (Kategorie C) oder ungeeignet (Kategorie D) eingestuft wurden.

Das Projekt ermöglicht es, den Prozess der Veröffentlichung von Arbeitsständen durch die BGE, also die schrittweise Kategorisierung von Teilflächen der Gebietskulisse und eine mögliche Auswirkung auf die subjektive Wahrnehmung der Gebietseingrenzung, sozialwissenschaftlich zu begleiten. Damit nutzt das Projekt eine einmalige Gelegenheit, um wertvolle Erkenntnisse für das weitere Standortauswahlverfahren zu gewinnen.

Das Erhebungsdesign orientierte sich am Timing der Veröffentlichung der Arbeitsstände der BGE, indem es die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger a) unmittelbar vor und b) unmittelbar nach der Veröffentlichung erhob.

Die Erhebung sollte die Beobachtung zweier Phänomene zulassen:

- Die Folgen einer erhöhten Aufmerksamkeit durch die Veröffentlichung von Arbeitsständen
- Die Folgen einer vorläufigen Ein- oder Ausgrenzung des eigenen Wohnorts von Befragten

Einzelne Teilgebiete wurden bereits im Jahr 2020 im Rahmen des „Zwischenberichts Teilgebiete“ der BGE ein- oder ausgeschlossen. Die Stichprobe umfasste die Bewohnerinnen und Bewohner jener ca. 50 Prozent bislang noch nicht ausgeschlossenen Gebiete.

Die auf der folgenden Karte (Abbildung 1, links, Quelle: BGE Endlagersuche Navigator) grau oder farbig hinterlegten Gebiete definieren das Untersuchungsgebiet. Die Befragung fand daher in einem Großteil dieser Gebiete statt. Die zweite Karte (Abbildung 1, rechts) zeigt die Bundesländer, in denen in den entsprechenden Regionen Befragungen durchgeführt wurden.

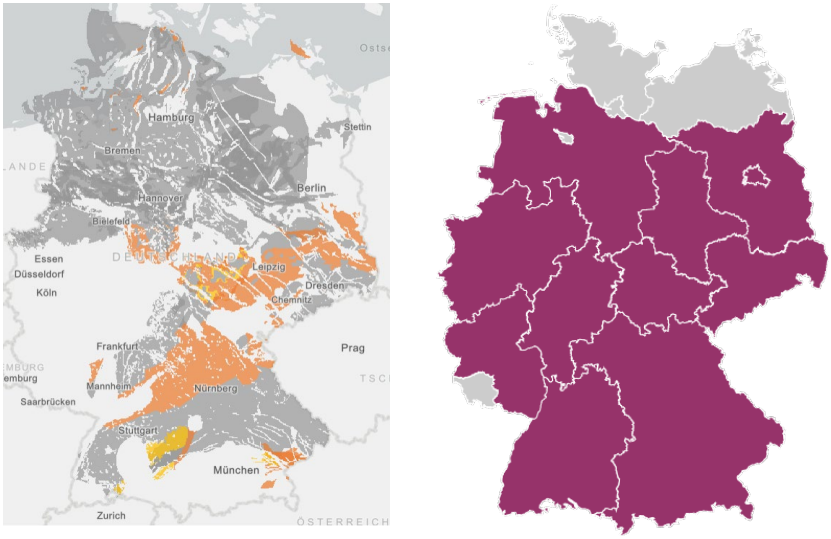


*Abbildung 1: C-/D-Regionen (links, Quelle: BGE Endlagersuche Navigator) und Stichprobengebiet (rechts)*

# 2 Untersuchungssteckbrief

*Tabelle 1: Untersuchungssteckbrief*

| | |
|---|---|
| Auftraggeber | Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) |
| Durchführendes Institut | INFO GmbH Markt- und Meinungsforschung |
| Methode | Mixed-Mode-Design:<br>Telefonische Befragung (CATI = Computer-Assisted Telephone Interview) und Onlinebefragung (CAWI = Computer Assisted Web Interview) |
| Grundgesamtheit | CATI: Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren in den noch nicht für die Endlagersuche ausgeschlossenen Teilgebieten in Privathaushalten mit Festnetz-Telefonanschluss<br>CAWI: In einem Online-Access-Panel angemeldete deutschsprachige Personen ab 16 Jahren in definierten Teilgebieten |
| Auswahlverfahren der Zielperson | CATI: Festnetz-Stichprobe auf Basis des ADM-Mastersamples<br>Zielpersonenauswahl, Festnetz: Next-Birthday-Methode<br>CAWI: Aus einem aktiv rekrutierten Online-Access-Panel |
| Auswertbare Interviews | Vorhermessung: Gesamt: n = 1.036, davon; CATI: n = 256; CAWI: n = 780<br>Nachhermessung: n = 1.074, davon; CATI: n = 253; CAWI: n = 821 |
| Feldzeit | Vorhermessung: 24.10. bis 29.10.2024 (CATI); 24.10. bis 31.10.2024 (CAWI)<br>Nachhermessung: 07.11. bis 13.11.2024 (CATI); 07.11. bis 18.11.2024 (CAWI) |
| Interviewdauer | Vorhermessung: Ø 18 Minuten<br>Nachhermessung: Ø 18 Minuten |
| Fehlertoleranz | +/-3,1 % (Anteilswert: 50 %; Sicherheitswahrscheinlichkeit 95 %) |

Ein ausführlicher Feld- und Methodenbericht befindet sich im Kapitel 8.

Im Bericht werden im Wesentlichen die Ergebnisse der Nachhermessung vorgestellt, da diese den aktuellsten Ergebnisstand darstellen und insgesamt nur wenig Unterschiede im Vergleich zu den Ergebnissen der Vorhermessung erkennbar waren. Die Werte der Vorhermessung fließen daher im Regelfall nur bei der Darstellung der Zeitreihe vor und nach der Veröffentlichung der Arbeitsstände in die Auswertung ein.

# 3 Kernergebnisse

Bei der Untersuchung, die ausschließlich in den Teilgebieten stattfand, die vor der Veröffentlichung der Arbeitsstände als Endlagerstandort in Frage kamen, hat knapp ein Viertel (24 %) der Befragten von der Veröffentlichung der Arbeitsstände bei der Suche nach einem Endlagerstandort im November 2024 gehört oder gelesen. Knapp jede:r Zehnte (9 %) hat sich zumindest ein wenig damit beschäftigt (vgl. Abbildung 2).

Befragte in Gebieten, die in die C- oder D-Kategorie fallen und deren Wohnort damit in der Veröffentlichung der Arbeitsstände vorläufig als gering oder ungeeignet eingestuft wurde, haben etwas häufiger (29 %) eine Berichterstattung wahrgenommen.

Von der Veröffentlichung der Arbeitsstände haben die Befragten überwiegend aus der Zeitung, dem Radio oder dem Fernsehen (66 %) erfahren. Nachrichtenseiten im Internet (25 %), Social Media (16 %) oder das persönliche Umfeld (12 %) spielten als Informationsquellen eine untergeordnete Rolle (vgl. Abbildung 2).

Die Befragten, die die Berichterstattung wahrgenommen hatten, beurteilen die Informationen vor allem als informativ (59 %), seriös (54 %), glaubwürdig (53 %) und leicht verständlich (52 %). Allerdings gibt nur ein Viertel der Befragten an, dass die Berichte das Vertrauen in den Prozess der Endlagersuche gestärkt haben (vgl. Abbildung 2).

Bei der offenen Frage, welche (weiteren) Informationen man sich zu dieser Veröffentlichung gewünscht hätte, steht der Wunsch nach mehr und konkreteren Informationen und Transparenz im Vordergrund (21 %).

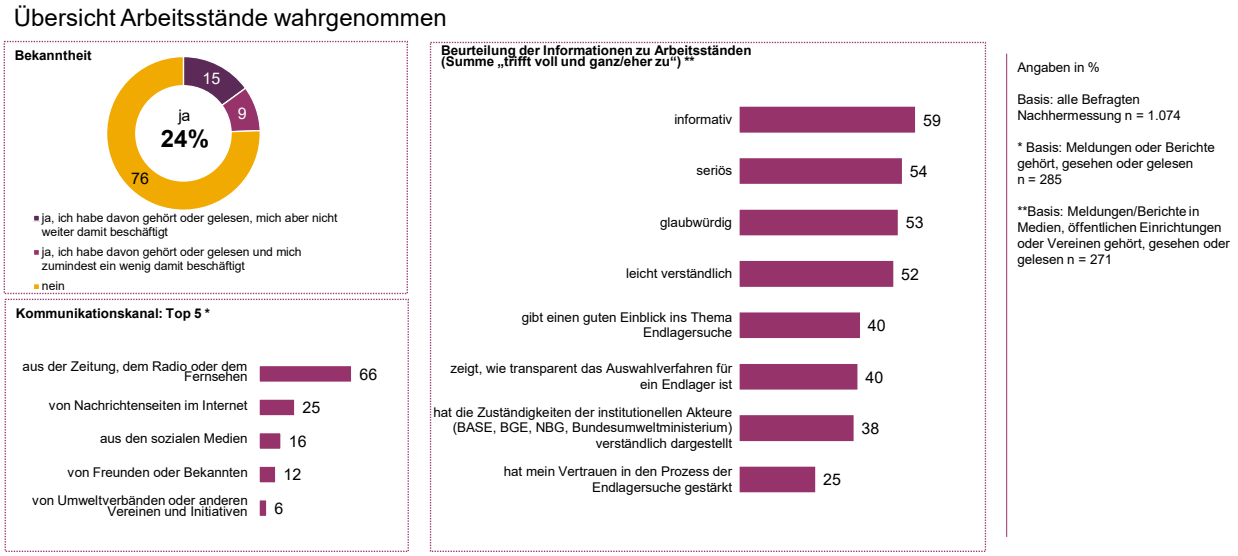


*Abbildung 2: Übersicht: Wahrnehmung der Veröffentlichung von Arbeitsständen*

In Verbindung mit weiteren Fragen zum Thema Atomausstieg und Endlagersuche zeigt sich, dass vier von zehn Befragten in den definierten Teilgebieten den Atomausstieg für (eher) richtig halten (Skalenwerte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 bis 10), wobei ein knappes Drittel (32 %) eine (nahezu) uneingeschränkte Zustimmung zu der Entscheidung artikuliert (Skalenwerte 8 bis 10). Die Hälfte der Befragten hält die Entscheidung für (eher) falsch, darunter 39 Prozent mit recht klarer Ablehnung (Skalenwerte 0 bis 2). Unentschieden (Skalenwert 5) ist in etwa jede:r Zehnte (9 %).

Die Befürwortenden des Atomausstiegs finden sich überdurchschnittlich häufig unter Befragten, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (46 %), unter 24-Jährigen (56 %), Frauen (46 %) und formal höher Gebildeten (53 %).

Knapp jede:r Fünfte (18 %) fühlt sich insgesamt gut über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert, rund zwei Drittel (67 %) hingegen schlecht (teils/teils: 14 %). Befragte, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände der BGE wahrgenommen haben, fühlen sich subjektiv deutlich besser informiert (36 %).

Rund ein Viertel (26 %) hat vergleichsweise gute Kenntnisse zum Standortauswahlverfahren. Diese Befragten konnten drei bis vier aus vier Wissensfragen richtig beantworten. Unter denjenigen, die die Veröffentlichung der BGE Arbeitsstände wahrgenommen haben, ist der Wissensstand mit 38 % deutlich höher.

Zwei Drittel aller Befragten gehen (in einer gestützten Abfrage) davon aus, dass in den letzten Jahren in Deutschland Gebiete benannt wurden, die für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden (67 %). Knapp die Hälfte aller Befragten (45 %) vermutet, dass über den endgültigen Standort für das Endlager der Bundestag entscheiden wird.

Ungeachtet der Einstellungen zum Atomausstieg befürworten fast acht von zehn Befragten (78 %) die Endlagersuche. Überdurchschnittlich häufig sind dies Personen, die die Veröffentlichung der BGE Arbeitsstände wahrgenommen haben (85 % Zustimmung) oder die einen hohen Wissensstand zur Standortsuche aufweisen (83 % Zustimmung).

Die wichtigsten Aspekte bei der Suche nach einem Endlager sind aus Sicht der Befragten bei Vorlage einer Liste von möglichen Kriterien eine langfristig sichere Aufbewahrung hochradioaktiver Abfälle (87 % sehr wichtig auf einer vierstufigen Skala von sehr wichtig bis gar nicht wichtig), sichere Transportwege (79 %), ein Standort fern von Wohngebieten (74 %) und eine transparente Standortentscheidung (68 %).

Ein akzeptabler Zeitraum bis zur Auswahl eines Endlagerstandorts ist für 44 Prozent der Befragten bis zum Jahr 2030 und für weitere 27 Prozent bis 2040. Nur etwa jede:r Achte (12 %) hält eine längere Suche für vertretbar.

Knapp jede:r dritte Befragte in den definierten Teilgebieten (29 %) würde anerkennen, wenn der eigene Wohnort als Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle in Frage käme. Mehr als die Hälfte (53 %) würde dies nicht anerkennen (unentschieden: 18 %). Bei einem hohen Wissensstand zur Endlagersuche oder einer subjektiv hohen Informiertheit über das Thema Endlagerung fällt die Anerkennung deutlich höher aus (42 % bzw. 60 %).

Obwohl alle Befragten in potenziellen Standortregionen für ein Endlager wohnen, gehen sowohl in der Messung vor als auch in der Messung nach Veröffentlichung der Arbeitsstände nur jeweils 5 Prozent davon aus, dass der eigene Wohnort derzeit offiziell als Endlagerstandort in Frage kommt. Überdurchschnittlich häufig (11 %) vermuten dies Befragte, die die Veröffentlichung der BGE-Arbeitsstände wahrgenommen haben.

Die offen erfragten möglichen Auswirkungen eines Endlagers am Wohnort werden überwiegend negativ beschrieben (90 %). Vor allem werden ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit und Angst (20 %), Gesundheitsrisiken (15 %) und Strahlenbelastung bzw. Radioaktivität (11 %) aufgeführt. Nur jede:r Zehnte erkennt auch positive Auswirkungen, am ehesten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen (4 %).

Ein Fünftel der Befragten in den definierten Teilgebieten hält es für (sehr) wahrscheinlich, sich persönlich am Entscheidungsprozess für ein Endlager in irgendeiner Form zu beteiligen. Zwei Drittel gehen nicht davon aus (unentschieden: 14 %). Vor allem Befragte, die sich eine hohe Fähigkeit zum Ausführen politischer Handlungen zuschreiben, halten eine Beteiligung für (sehr) wahrscheinlich (32 %).

Zu dieser Gruppe zählen insbesondere Personen, die sich in der Lage fühlen, die Mittel zu nutzen, die ihnen als Bürger:innen zur Verfügung stehen, um das Tun der politischen Vertreter:innen kritisch zu überwachen, Werbung für politische Bewegungen zu machen, die man gut findet und persönlichen Kontakt zu Abgeordneten oder Mitarbeitenden der Regierung aufzunehmen und zu pflegen.

Als Beteiligungsformate wünschen sich die Befragten vor allem Bürgerversammlungen vor Ort (63 %) und schriftliche Informationen, z. B. in Form von Broschüren, Online-Newslettern etc. (59 %).

Für den Fall, dass die Region, in der ein Endlager entsteht, zum Ausgleich möglicher Belastungen Vorteile, Unterstützung oder finanzielle Zuwendungen erhielte, würden mehr als ein Viertel der Befragten (27 %) unter diesen Umständen die Errichtung eines Endlagers eher befürworten. Jedoch würden 43 Prozent der Befragten die Errichtung eines Endlagers stärker ablehnen als bisher, wenn zum Ausgleich möglicher Belastungen Vorteile, Unterstützung oder finanzielle Zusendungen in Aussicht gestellt würden (unentschieden: 30 %). Fast die Hälfte derer, die anerkennen würden, wenn ihr Wohnort Endlagerstandort wird, würden die Standortwahl bei entsprechenden Ausgleichsleistungen stärker befürworten (49 %).

In der gestützten Abfrage werden in erster Linie Ausgleichszahlungen für alle betroffenen Haushalte gewünscht (59 %). Begrüßt werden aber auch die anderen vorgeschlagenen Angebote wie Förderung der regionalen Infrastruktur (48 %), finanzielle Ausgleichszahlungen an die eigene Gemeinde (42 %) oder die Förderung von regionalen Entwicklungsprojekten (41 %).

Dass die eigenen Interessen im aktuellen Prozess der Standortsuche für ein Endlager ausreichend berücksichtigt bzw. beachtet werden, erkennen 13 Prozent der Befragten in den Teilgebieten. Fast zwei Drittel (63 %) sind gegenteiliger Ansicht. Befragte, die die Veröffentlichung der BGE-Arbeitsstände wahrgenommen haben, haben deutlich häufiger das Gefühl, dass ihre Interessen berücksichtigt werden (24 %).

Diejenigen, die ihre Interessen im Auswahlprozess nicht berücksichtigt sehen, vermissen vor allem eine Abfrage der Meinung der Bürger:innen und deren Involvierung (31 %) sowie Informationen und Aufmerksamkeit der Politik gegenüber ihren Interessen (jeweils 11 %). Vereinzelt (6 %) wird aber auch anerkannt, dass persönliche und regionale Interessen hinter den Interessen des Gemeinwohls zurücktreten müssen.

Bei der Abfrage des Vertrauens in ausgewählte Institutionen zeigt sich, dass Wissenschaftler:innen mit Abstand das größte Vertrauen entgegengebracht wird (69 % Werte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 bis 10). Kommunalpolitiker:innen und Bürgermeister:innen (45 %) sowie der jeweiligen Landesregierung (42 %) wird deutlich mehr Vertrauen entgegengebracht als der Bundesregierung (29 %) und politischen Parteien (21 %). Das Vertrauen gegenüber dem BMUV (40 %) und dem BASE (33 %) bewegt sich im Mittelfeld. Der BGE bringen etwas mehr als ein Viertel (27 %) Vertrauen entgegen. Kaum Vertrauen genießen Social-Media-Kanäle (12 %). Befragte, die die BGE-Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben, bringen allen Institutionen ein höheres Vertrauen entgegen. Nicht explizit erfragt wurde die Bekanntheit der jeweiligen Institution, so dass unklar ist, welchen Wissensstand die Befragten bei Abgabe ihrer Bewertungen über die jeweilige Institution tatsächlich hatten.

# 4 Executive Summary

In the survey of this project, conducted exclusively in the sub-regions that were still considered as potential repository sites before the publication of the work statuses (“Arbeitsstände”) by the BGE in November 2024, just under a quarter (24 %) of the participants had heard or read about the publication of the work statuses in the search for a repository site. Just under one in ten (9 %) respondents had looked into it at least briefly.

Participants in areas that fall into the C or D category and whose residence was thus preliminarily categorized as presumably unsuitable for a repository were slightly more likely (29 %) to have noticed media reporting of the work statuses.

The majority of participants learned about the interim report on work statuses from newspapers, radio or television (66 %). Online news sites (25 %), social media (16 %) and personal contacts (12 %) were less important as sources of information.

The participants who had seen the interim report rated the information as informative (59 %), serious (54 %), credible (53 %) and easy to understand (52 %). However, only a quarter of the participants stated that the reporting had increased their confidence in the process of finding a final repository.

In response to the open question what (further) information people would have liked to have on this publication, the desire for additional and more specific information and transparency was paramount (21 %).

In conjunction with other questions on the subject of the nuclear phase-out and the search for a final repository, it can be seen that four out of ten participants in the defined sub-areas consider the nuclear phase-out to be (rather) right (scale values 6 to 10 on a scale of 0 to 10), with just under a third (32 %) articulating (almost) unconditional approval of the decision (scale values 8 to 10). Half of the participants consider the decision to be (rather) wrong, including 39 percent with quite clear disapproval (scale values 0 to 2). Around one in ten respondents (9 %) is undecided (scale value 5).

Those in favor of the nuclear phase-out are found in above-average numbers among participants who have seen the publication of the work statuses (46 %), under 24-year-olds (56 %), women (46 %) and those with a higher formal education (53 %).

Just under one in five respondents (18 %) feel well informed overall about the final disposal of highly radioactive waste, while around two-thirds (67 %) feel poorly informed (neither agreed nor disagreed: 14 %). Participants who were aware of the recent publication of the BGE work statuses felt subjectively much better informed (36 %).

Around one quarter of participants (26 %) had comparatively good knowledge of the site selection process. These participants were able to answer three to four of the four knowledge questions correctly. Among those who were aware of the publication of the BGE work statuses, the level of knowledge is significantly higher at 38 percent.

Two-thirds of all participants assume (in an aided question) that in recent years German areas that are being considered for a repository have been identified and are still under consideration (67 %). Just under half of all participants (45 %) suppose that the German parliament, the Bundestag, will decide on the final site for the repository.

Regardless of their attitudes towards the nuclear phase-out, almost eight out of ten participants (78 %) are in favor of the search for a final repository. An above-average proportion of these are people who have seen the publication of the BGE work statuses (85 % in favor) or who have a high level of knowledge about the search for a site (83 % in favor).

When presented with a list of possible criteria, the most important aspects in searching for a repository from the point of view of the participants are safe long-term storage of highly radioactive waste (87 %,

very important on a four-point scale from very important to not at all important), safe transport routes (79 %), a site that is far away from residential areas (74 %) and a transparent decision on the location (68 %).

For 44 percent of the participants, 2030 is an acceptable timeframe for the selection of a final storage site, for a further 27 percent by 2040 is acceptable. Only around one in eight (12 %) consider a longer search to be justifiable.

Almost one in three participants in the defined sub-regions (29 %) would accept that their own place of residence could be considered as a repository site for high-level radioactive waste. More than half (53 %) would not accept this (undecided: 18 %). Those with a high level of knowledge about the search for a final repository or a subjectively high level of information about the topic of final storage are significantly more likely to accept it (42 % and 60 % respectively).

In both measurements before and after the publication of the work statuses, only 5 percent of participants assume that their own place of residence is currently officially being considered as a repository site, although all respondents live in potential siting regions. An above-average number of respondents assume this to be the case (11 %) if they were aware of the publication of the BGE work statuses.

In response to an open question about the possible effects of a repository at the place of residence respondents predominantly describe negative consequences (90 %). Above all, a general feeling of insecurity and fear (20 %), health risks (15 %) and radiation exposure or radioactivity (11 %) are mentioned. Only one in ten also recognized positive effects, most commonly through the creation of jobs (4 %).

One-fifth of the participants in the defined sub-areas consider it (very) likely to personally participate in the decision-making process for a repository in some form. Two-thirds do not think so (undecided: 14 %). In particular, participants who perceive themselves to have a high ability to carry out political actions consider participation to be (very) likely (32 %).

This group includes people who consider themselves in a position to utilize the means available to them as citizens to critically monitor the actions of political representatives, to promote political movements they support and to establish and maintain personal contact with members of parliament or government employees.

The main participation formats favored by the participants are public meetings on site (63 %) and written information, e.g. in the form of brochures, online newsletters, etc. (59 %).

In the event that the region in which a repository is built were to receive benefits, support or financial contributions to compensate for possible negative impacts, more than a quarter of participants (27 %) would be more in favor of the establishment of a repository. However, 43 percent of participants would reject the siting of a repository more strongly than before, if they were offered the prospect of benefits, support or financial contributions to compensate for possible negative impacts (undecided: 30 %). Almost half of those who would accept their place of residence becoming a repository site would be more in favor of the choice of location, if they received appropriate regional compensation (49 %).

In the aided query, compensation payments for all affected households are primarily desired (59 %). However, the other proposed offers, such as the promotion of regional infrastructure (48 %), financial compensation payments to their own municipality (42 %) or the promotion of regional development projects (41 %), were also welcomed.

13 percent of participants in the sub-regions recognize that their own interests are being sufficiently considered or respected in the current process of searching for a repository site. Almost two-thirds (63 %) take the opposite view. Participants who were aware of the publication of the BGE work statuses are significantly more likely to feel that their interests are being considered (24 %).

Those who feel that their interests are not considered in the selection process particularly miss an analysis of the opinions of citizens and their involvement (31 %) as well as information and attention from politicians to their interests (11 % each). Occasionally (6 %), however, it is also recognized that personal and regional interests must take a back seat to the interests of the public good.

Questions on trust in selected institutions show that scientists are trusted by far the most (69 % values 6 to 10 on a scale of 0 to 10). Local politicians and mayors (45 %) as well as the respective state government (42 %) are trusted significantly more than the federal government (29 %) and political parties (21 %). Trust in the BMUV (40 %) and the BASE (33 %) displays average values. Just over a quarter (27 %) trust the BGE. Hardly any trust is placed in social media channels (12 %). Participants who are aware of the BGE's publication of work statuses have a higher level of trust in all institutions. Knowledge of the respective institution was not explicitly asked, thus it is unclear whether respondents knew the respective institution when submitting their assessments.

# 5 Die Ergebnisse im Detail

## 5.1 Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen

Neben soziodemografischen Merkmalen sind im Zusammenhang mit den Einstellungen zur Endlagersuche, mit der Anerkennung eines Endlagers am Wohnort sowie mit Formen der Beteiligung Fragen zu unterschiedlichen psychologischen und sozio-ökonomischen Merkmalen von Relevanz. Diese werden hier zuerst vorgestellt, bevor im Folgenden auf Ergebnisse mit Bezug zum Standortauswahlverfahren sowie der Veröffentlichung der Arbeitsstände eingegangen wird.

Bei den Fragen nach der politischen Selbstwirksamkeit (vgl. Abbildung 3) zeigt sich, dass zwei Drittel der Befragten sich dazu in der Lage fühlen, „die Mittel zu nutzen, die ihnen als Bürger:innen zur Verfügung stehen, um das Tun der politischen Vertreter kritisch zu überwachen“ (stimme stark zu/stimme zu: 67 %). Nur 12 Prozent verneinen dies. 22 Prozent ordnen sich dazwischen ein.

Etwa jede:r Zweite sieht sich dazu in der Lage, „Werbung für politische Bewegungen zu machen, die ich gut finde“ (49 %). Ein Viertel (25 %) glaubt dies nicht, ein weiteres Viertel (26 %) antwortet mit „weder noch“.

44 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass sie „persönlichen Kontakt mit Abgeordneten oder Mitarbeiter:innen der Regierung aufnehmen und pflegen“ könnten, während 30 Prozent diese Aussage für sich ablehnen und 26 Prozent die neutrale Antwort „weder noch“ wählen.

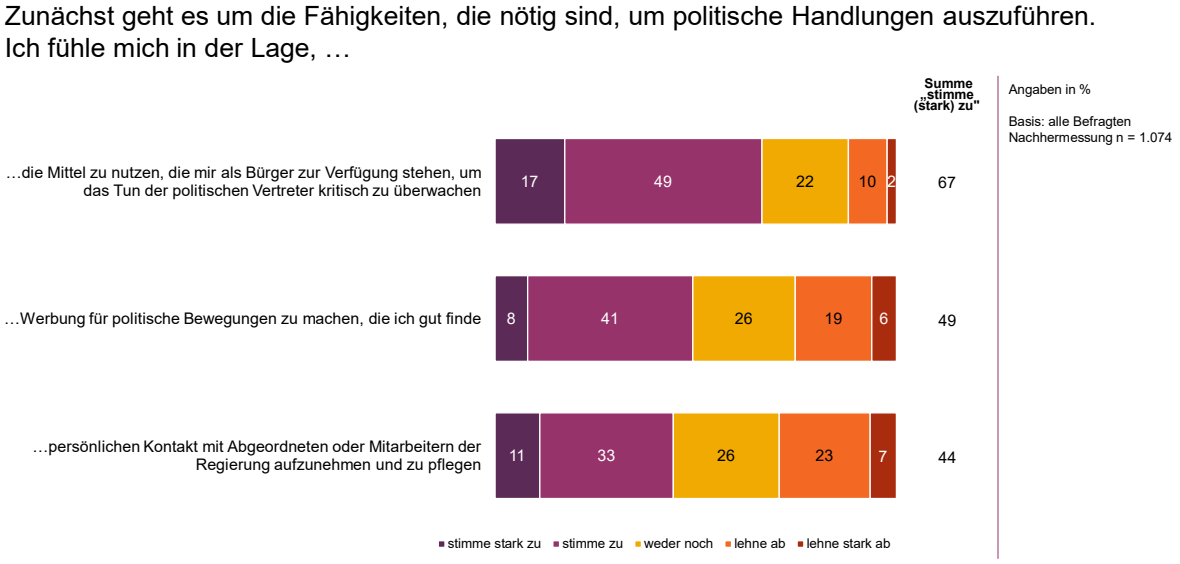


*Abbildung 3: Politische Selbstwirksamkeit*

Befragte aus den Gebieten mit C-/D-Kategorisierung sehen sich tendenziell öfter dazu in der Lage, Werbung für politische Parteien zu machen, die sie gut finden (52 % vs. 48 %; vgl. Abbildung 4).

Die Überzeugung, das politische Tun kritisch überwachen zu können, steigt mit dem Alter (vgl. Abbildung 4): Knapp drei Viertel der über 54-Jährigen, die sich dazu in der Lage fühlen (72 %), stehen hier nur 57 Prozent der 16- bis 24-Jährigen gegenüber; lediglich die 45- bis 54-Jährigen bewegen sich auf demselben Niveau wie die jüngste Altersgruppe. Mit steigendem Alter fühlt man sich häufiger dazu in der Lage, persönlichen Kontakt zu Abgeordneten und Mitarbeiter:innen der Regierung aufzunehmen.

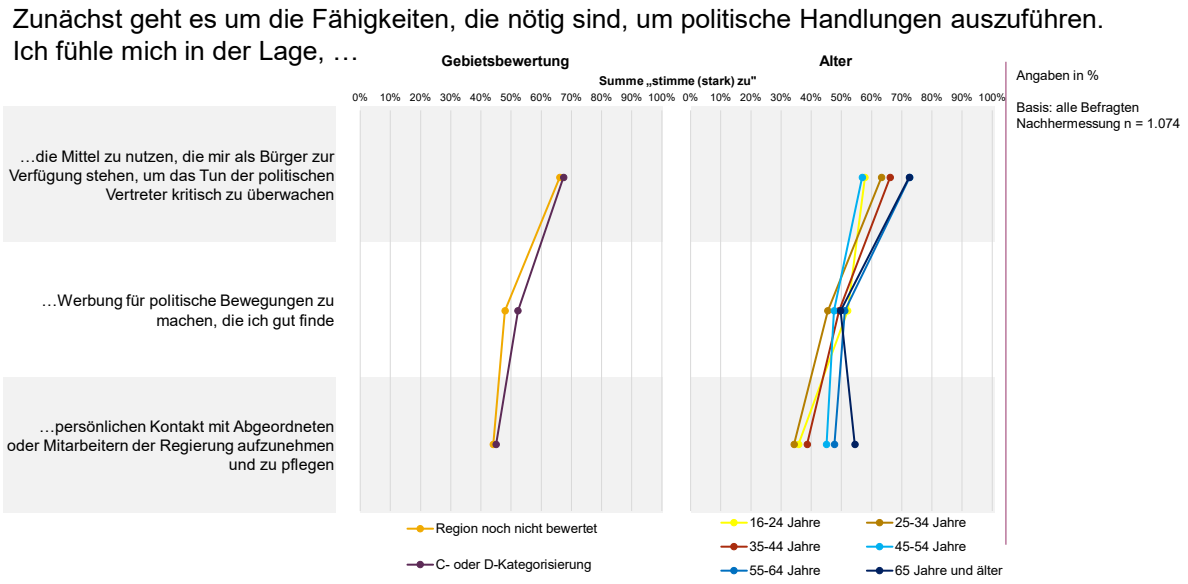


*Abbildung 4: Politische Selbstwirksamkeit (Gebietsbewertung/Alter)*

Männer äußern sich zu allen drei Aussagen selbstbewusster als Frauen (vgl. Abbildung 5) und trauen sich insbesondere den persönlichen Kontakt zu Abgeordneten oder Regierungsvertreter:innen wesentlich häufiger zu (53 % vs. 36 %), ebenso deren kritische Überwachung (72 % vs. 61 %). Auch Befragte mit (Fach-)Abitur fühlen sich stärker zu persönlichen Kontakten in der Lage als Befragte ohne Abitur (52 % vs. 41 %) und stimmen deutlich häufiger zu, für politische Bewegungen, die sie gut finden, werben zu können (57 % vs. 45 %; vgl. Abbildung 5).

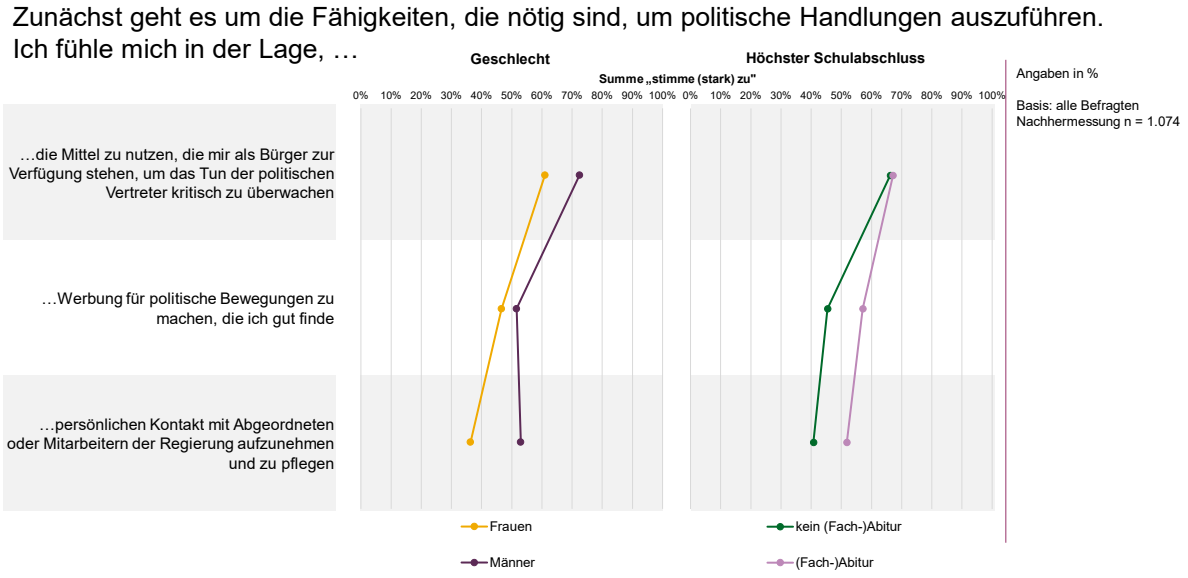


*Abbildung 5: Politische Selbstwirksamkeit (Geschlecht/Höchster Schulabschluss)*

## 5.2 Nachbarschaftlicher Zusammenhalt

Rund zwei Drittel der Befragten machen in ihrer Nachbarschaft die Erfahrung, als Person wertgeschätzt zu werden (immer/oft: 68 %) sowie Hilfe und Unterstützung zu erhalten, wenn sie sie benötigen (64 %). Bei jeweils 11 Prozent ist das selten oder nie der Fall (vgl. Abbildung 6).

Etwa die Hälfte (49 %) erlebt in ihrer Nachbarschaft ein Gefühl der Zusammengehörigkeit, rund ein Viertel (23 %) verneint dies.

Knapp ein Drittel (31 %) hat Erfahrungen mit Meinungsverschiedenheiten in der Nachbarschaft, für die aber Lösungen gefunden wurden, 37 Prozent haben dies bisher selten oder nie erlebt.

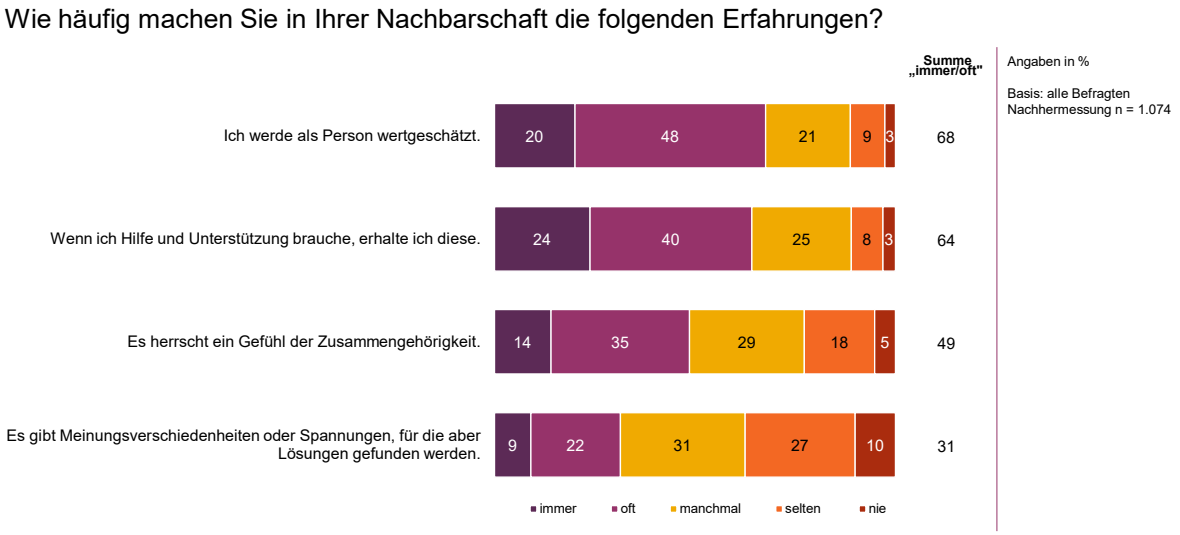


*Abbildung 6: Nachbarschaftlicher Zusammenhalt*

## 5.3 Risikobereitschaft

Zur Erklärung von Einstellungen in Verbindung mit dem Thema Endlagersuche ist auch die Risikoaffinität der Befragten interessant. Auf einer Skala von 0 (gar nicht risikobereit) bis 10 (sehr risikobereit) stufen sich 42 Prozent der Befragten als eher risikobereit ein (Werte 6-10; vgl. Abbildung 7).

Eine sehr hohe persönliche Risikobereitschaft (Werte 8-10) schreiben sich 14 Prozent zu. Für wenig bis gar nicht risikobereit halten sich 39 Prozent (Werte 0-4) der Befragten, dabei vergeben 17 Prozent die geringsten Skalenwerte (0-2). 20 Prozent ordnen sich in der Mitte ein (Wert 5).

Die höchste Risikobereitschaft zeigen junge Erwachsene (16-24 Jahre: 47 %, 25-34 Jahre: 54 %), Männer (48 %) und Befürworter:innen der Endlagersuche (47 %). Die geringste Risikobereitschaft weisen Ablehner:innen der Endlagersuche (33 %) und Frauen (36 %) auf.

Wie schätzen Sie sich ein: Sind Sie im Allgemeinen ein risikobereiter Mensch oder versuchen Sie, Risiken zu vermeiden?

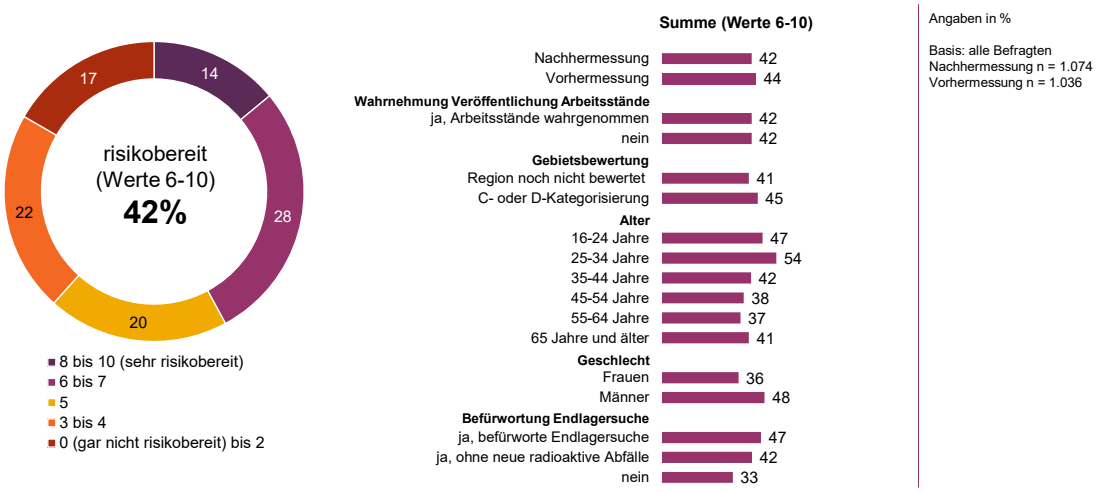


*Abbildung 7: Risikobereitschaft*

## 5.4 Vertrauen in Menschen und Institutionen

### 5.4.1 Generalisiertes Vertrauen

Auch das Vertrauen in andere Menschen wurde auf einer Skala von 0 (Man kann nicht vorsichtig genug sein) bis 10 (Den meisten Menschen kann man vertrauen) gemessen (vgl. Abbildung 8). Danach vertraut ein gutes Drittel der Befragten (35 %) grundsätzlich ihren Mitmenschen (Werte 6-10), während 44 Prozent dies nicht tun (Werte 0-4); 22 Prozent vergeben hier sogar nur einen Wert zwischen 0 und 2. Unentschieden äußern sich 21 Prozent (Skalenwert 5).

Es zeigt sich kein relevanter Unterschied zwischen den Geschlechtern, aber das Vertrauen steigt tendenziell mit dem Alter. Während nur 30 Prozent der 16- bis 24-Jährigen glauben, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, sind es bei den ältesten Befragten (ab 65 Jahren) 41 Prozent. Lediglich die 55- bis 64-Jährigen bewegen sich auf dem Niveau der jüngsten Zielgruppe.

Befragte mit (Fach-)Abitur vertrauen wesentlich häufiger anderen Menschen als Befragte ohne (Fach-)Abitur (49 % vs. 28 %).

Ganz allgemein gesprochen: Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?

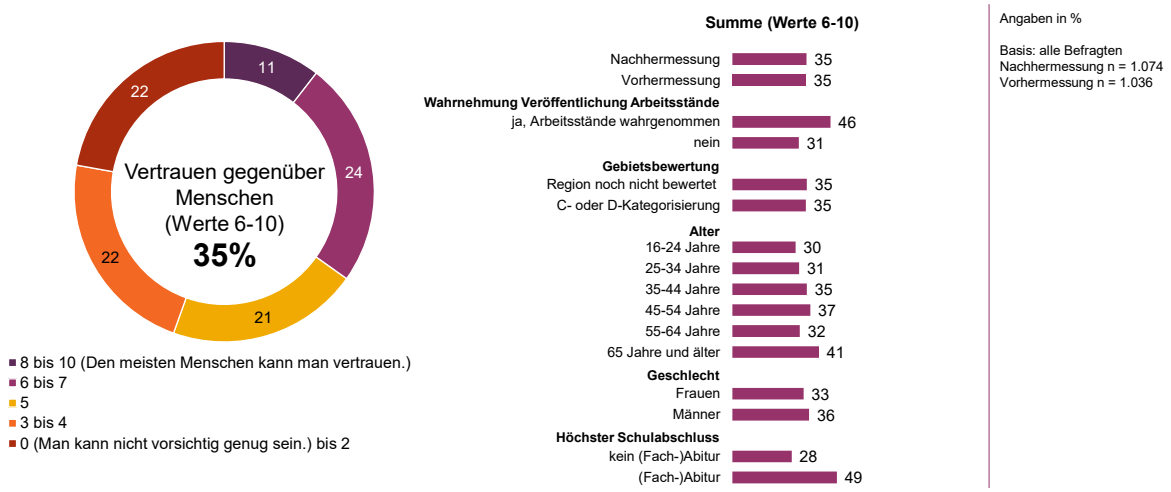


*Abbildung 8: Generalisiertes Vertrauen*

## 5.4.2 Vertrauen in Institutionen und Medien

Das Vertrauen in Institutionen aus verschiedenen Bereichen, die alle im Zusammenhang mit der Endlagersuche stehen, wurde mit Hilfe einer Skala von 0 (vertraue ich gar nicht) bis 10 (vertraue ich voll und ganz) erhoben (vgl. Abbildung 9). Die Abkürzungen der Institutionen wurden bei der Abfrage erläutert (z. B. BASE – Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung).

Insgesamt ist nur wenig Vertrauen erkennbar. Das unterstreicht den allgemeinen Trend zu mehr Misstrauen gegenüber politischen Institutionen oder Medien: Die Wissenschaft ist die einzige Institution, der eine absolute Mehrheit der Befragten vertraut (69 %: Werte 6-10). Knapp jede:r Fünfte vertraut der Forschung wenig (11 %: Werte 3-4) oder gar nicht (7 %: Werte: 0-2).

Bei den öffentlich-rechtlichen Medien (Fernsehen und Radio) liegt der Vertrauenswert nur bei 47 Prozent, während 39 Prozent ihnen wenig oder kein Vertrauen schenken. Noch misstrauischer stehen die Befragten den privaten Medien gegenüber: 30 Prozent vertrauen ihnen, die Hälfte der Befragten nicht.

In der Politik vertrauen die Befragten am ehesten den Kommunalpolitiker:innen und Bürgermeister:innen (45 % Vertrauen gegenüber 37 % Misstrauen). Ihrer jeweiligen Landesregierung sprechen 42 Prozent das Vertrauen aus. Hier ist bereits der Anteil derjenigen, die dieser Institution misstrauen (45 %), höher.

Ähnlich polarisiert das Vertrauen in das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV): Jeweils 40 Prozent vertrauen oder misstrauen ihm. Deutlich geringere Vertrauenswerte erhält die Bundesregierung: Ihr vertrauen kurz nach dem Zerfall der Ampel-Koalition am 6. November 2024 nur 29 Prozent, während sechs von zehn Befragten ihr misstrauen (60 %); 43 Prozent vergeben sogar einen der geringsten Skalenwerte zwischen 0 und 2.

Ähnlich gering ist das Vertrauen in die politischen Parteien: Nur 21 Prozent halten sie für vertrauenswürdig, 61 Prozent weniger bis gar nicht.

Ein Drittel der Befragten hält das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) für vertrauenswürdig (33 %), 39 Prozent vertrauen ihm nicht. Der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) vertrauen 27 Prozent, 42 Prozent tun das nicht. Anzumerken ist, dass beide Behörden vielen Befragten unbekannt sind, worauf der hohe Anteil an „weiß nicht“-Angaben hinweist.

Am kritischsten stehen Befragte den sozialen Medien gegenüber. Drei Viertel (77 %) vertrauen ihnen wenig bis gar nicht; fast die Hälfte vergibt sogar einen der niedrigsten Werte zwischen 0 und 2 (49 %). Nur 12 Prozent sprechen sozialen Medien ihr Vertrauen aus.

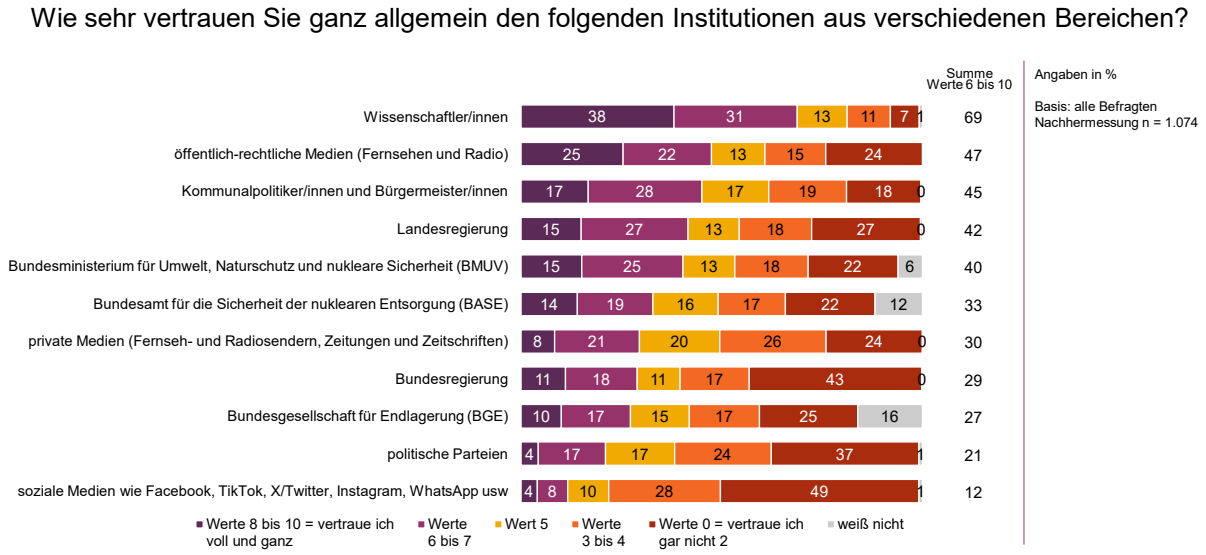


*Abbildung 9: Vertrauen in Institutionen und Medien*

Befragte, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben, äußern durchweg ein höheres Vertrauen in die Institutionen als die restlichen Befragten (vgl. Abbildung 10).

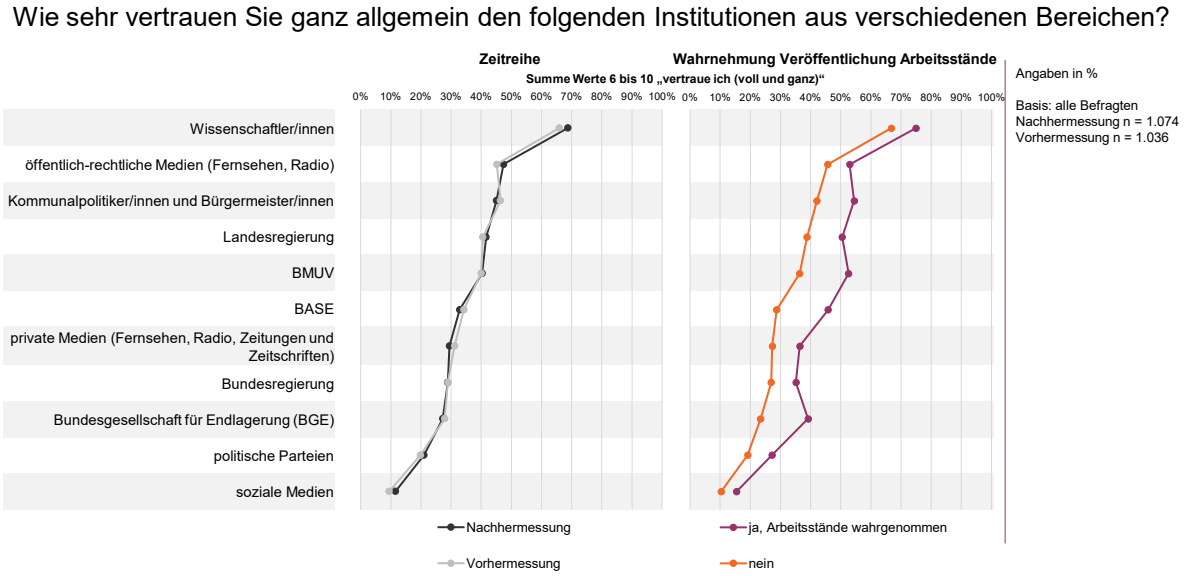


*Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen und Medien (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung Arbeitsstände)*

Am größten sind die Differenzen beim BASE (46 % vs. 29 %), beim BMUV (53 % vs. 36 %) und der BGE (39 % vs. 23 %).

Befragte aus Gebieten der C-/D-Kategorisierung vertrauen der Wissenschaft, den öffentlich-rechtlichen und privaten Medien, den Kommunalpolitiker:innen, der Bundesregierung und dem BMUV unterdurchschnittlich häufig (jeweils acht bis zehn Prozentpunkte Differenz; vgl. Abbildung 11).

Bei Befürworter:innen und Gegner:innen des Atomausstiegs gehen die Vertrauenswerte deutlich auseinander (vgl. Abbildung 11): Bei den Befragten, die den Atomausstieg für (eher) richtig halten, sind sie weit überdurchschnittlich, bei denjenigen, die ihn (eher) ablehnen, liegen sie meist unter dem Durchschnitt. Besonders hoch sind die Unterschiede beim Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien (70 % vs. 31 %), die Bundesregierung (50 % vs. 14 %) und das BMUV (60 % vs. 26 %), die Landesregierung (58 % vs. 30 %) und die Wissenschaft (84 % vs. 58 %). Die Unentschiedenen bewegen sich tendenziell leicht unter dem Durchschnitt.

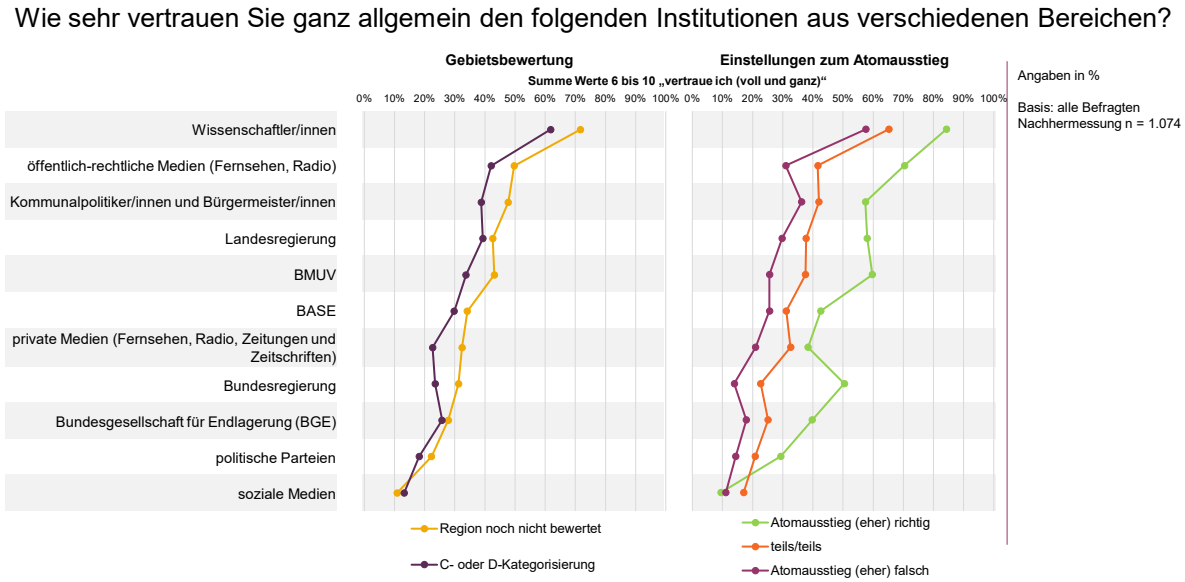


*Abbildung 11: Vertrauen in Institutionen und Medien (Gebietsbewertung/Einstellungen zum Atomausstieg)*

Im Altersvergleich zeigen die 16- bis 24-Jährigen das größte Vertrauen in die vorgelegten Institutionen, gefolgt von den über 64-Jährigen (vgl. Abbildung 12). Vor allem das BMUV genießt bei der jüngsten Altersgruppe deutlich mehr Vertrauen als bei den anderen Altersgruppen. Das tendenziell geringste Vertrauen äußern die 55- bis 64-Jährigen. In dieser Altersgruppe herrscht das geringste Vertrauen gegenüber der Wissenschaft (61 %), dem BMUV (33 %), dem BASE (26 %) und den Parteien (16 %). Die Vertrauenswerte der 35- bis 44-Jährigen liegen im Durchschnitt, die der 25- bis 34-Jährigen und der 45- bis 54-Jährigen tendenziell leicht darunter.

Das Vertrauen in Institutionen ist bei Männern ausgeprägter als bei Frauen (vgl. Abbildung 12). Am deutlichsten sind die Unterschiede bei der BGE (33 % vs. 22 %) und beim BASE (38 % vs. 28 %).

Wie sehr vertrauen Sie ganz allgemein den folgenden Institutionen aus verschiedenen Bereichen?

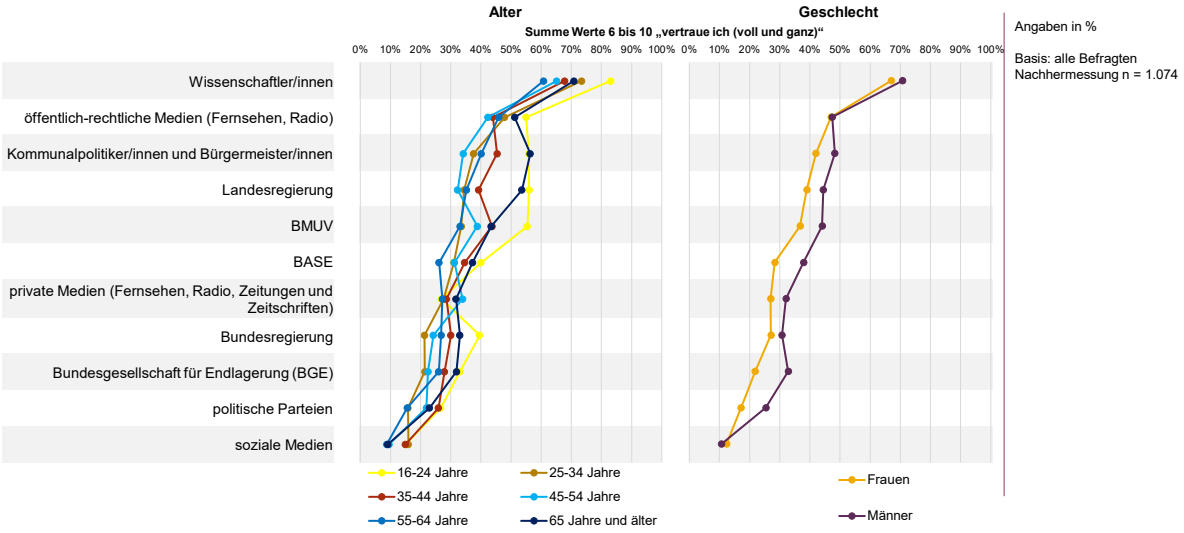


*Abbildung 12: Vertrauen in Institutionen und Medien (Alter/Geschlecht)*

Daneben zeigen sich große Unterschiede beim Faktor Schulabschluss (vgl. Abbildung 13): Die Vertrauenswerte der Befragten mit (Fach-)Abitur liegen meist deutlich über denen derjenigen ohne Abitur, bei den privaten und sozialen Medien sind sie nahezu gleich. Am weitesten auseinander gehen sie beim Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien (60 % vs. 41 %) und in die Wissenschaft (80 % vs. 63 %).

Befragte, die die Endlagersuche ablehnen, halten die erhobenen Institutionen fast durchweg seltener für vertrauenswürdig (vgl. Abbildung 13). Die Unterschiede zu den Befürworter:innen zeigen sich am deutlichsten beim Vertrauen in die Landesregierung (27 % vs. 45 %) und dem BASE (20 % vs. 38 %). Den sozialen Medien vertrauen die Ablehnenden etwas stärker als diejenigen, die die Endlagersuche (voll und ganz mit Einschränkungen) befürworten. Die beiden Befürwortenden-Gruppen (uneingeschränkt ja bzw. ja, wenn meine neuen radioaktiven Abfälle hinzukommen) liegen mit Ausnahme ihres Vertrauens in die öffentlich-rechtlichen Medien nahe beieinander (ja: 46 % vs. ja, wenn keine neuen radioaktiven Abfälle hinzukommen; 55 %).

Wie sehr vertrauen Sie ganz allgemein den folgenden Institutionen aus verschiedenen Bereichen?

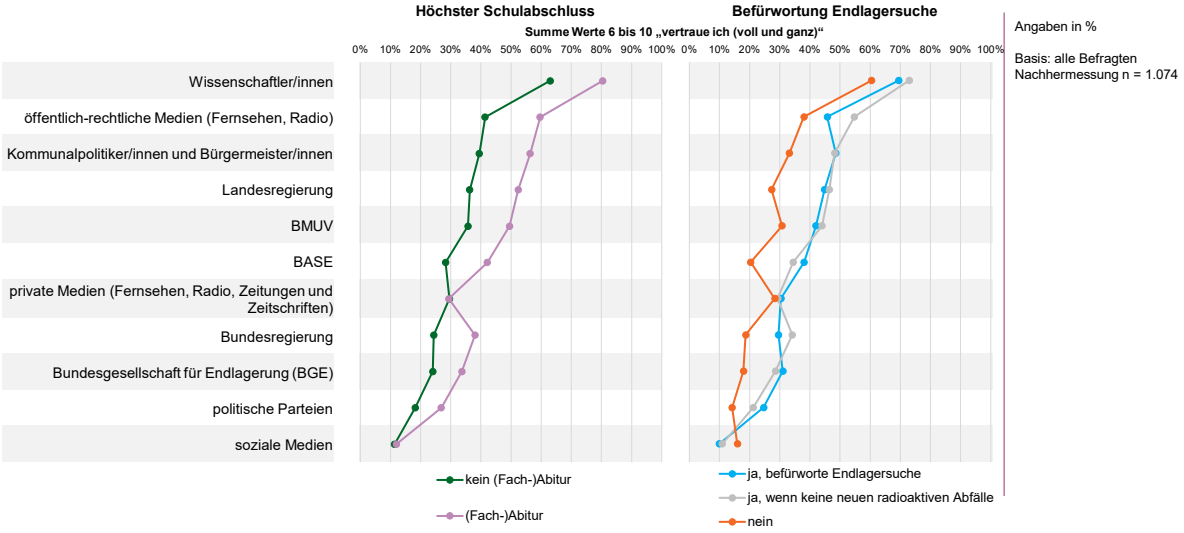


*Abbildung 13: Vertrauen in Institutionen und Medien (Höchster Schulabschluss/Befürwortung Endlagersuche)*

Wer seinen Wohnort als Endlagerort anerkennen würde, äußert ein fast durchweg höheres Vertrauen in Institutionen als die Ablehnenden und Unentschiedenen, die einzige Ausnahme stellen die sozialen Medien dar (ja: 9 % vs. nein: 14 %; vgl. Abbildung 14). Die größten Differenzen zeigen sich im höheren Vertrauen in öffentlich-rechtliche Medien (ja: 63 % vs. nein: 39 %, teils: 49 %), in die Landesregierung (56 % vs. 33 %, 44 %) und das BASE (47 % vs. 25 %, 34 %).

Befragte mit hoher subjektiver Informiertheit über das Thema Endlagerung äußern ein deutlich größeres Vertrauen in die Institutionen als diejenigen mit mittlerer und – insbesondere – geringer subjektiver Informiertheit (vgl. Abbildung 14). Stark überdurchschnittlich ist ihr Vertrauen in das BMUV (68 %) und das BASE (56 %).

Wie sehr vertrauen Sie ganz allgemein den folgenden Institutionen aus verschiedenen Bereichen?

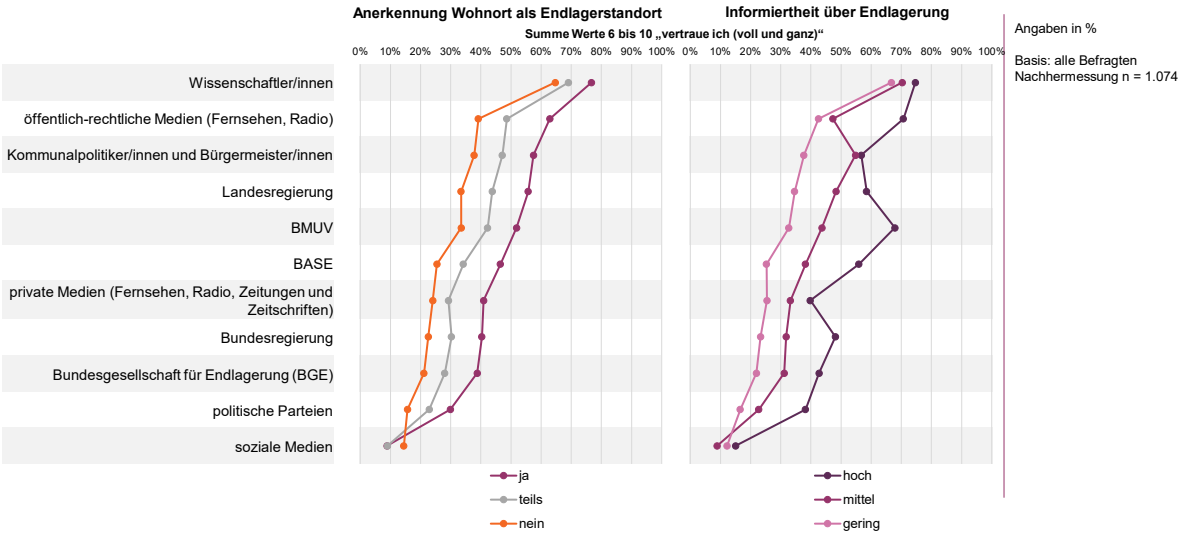


*Abbildung 14: Vertrauen in Institutionen und Medien (Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort/Informiertheit über Endlagerung)*

Ein Zusammenhang ist auch zwischen dem generalisierten Vertrauen und dem Wissensstand zur Endlagersuche erkennbar (vgl. Abbildung 15). Befragte mit (eher) hohem Wissensstand sprechen fast allen Institutionen häufiger ihr Vertrauen aus als Befragte mit (eher) geringem Wissensstand (Ausnahme: soziale Medien). Am deutlichsten wird das beim Vertrauen in Kommunalpolitiker:innen und Bürgermeister:innen (56 % vs. 41 %).

Ein Zusammenhang besteht zwischen dem Vertrauen in Institutionen und der Einschätzung der eigenen Fähigkeiten zu politischem Handeln (vgl. Abbildung 15). Wer diese hoch einschätzt, vertraut den ausgewählten Institutionen deutlich stärker als jene mit gering eingeschätzten Fähigkeiten. Die größten Differenzen zeigen sich beim Vertrauen in Kommunalpolitiker:innen (57 % vs. 32 %) und das BASE (45 % vs. 21 %).

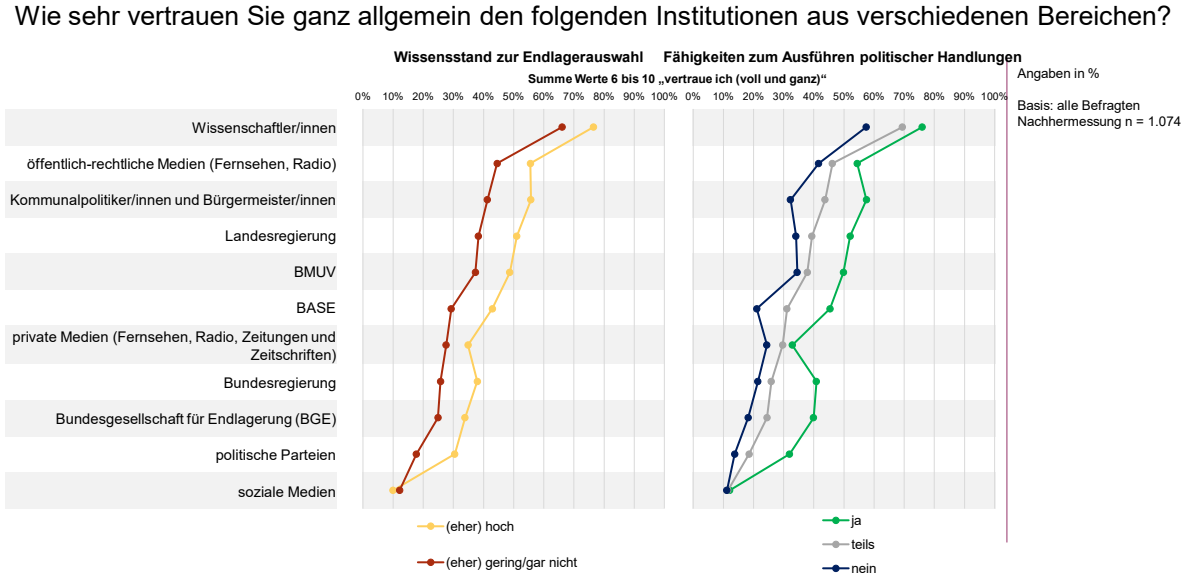


*Abbildung 15: Vertrauen in Institutionen und Medien (Wissensstand zur Endlagerauswahl/ Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen)*

## 5.5 Mediennutzung zu lokalen und regionalen Themen

Die drei am häufigsten genutzten Medien, um sich über lokale und regionale Themen zu informieren, sind das Radio, das öffentlich-rechtliche Fernsehen und Internetnachrichten-Websites/-Apps (vgl. Abbildung 16).

Drei Viertel der Befragten (73 %) informieren sich darüber, eigenen Angaben zufolge, mindestens einmal pro Woche, darunter 51 Prozent ein- oder mehrmals pro Woche und 23 % täglich im Radio. Knapp zwei Drittel (63 %) sehen mindestens einmal pro Woche Lokal- oder Regionalnachrichten in einem öffentlich-rechtlichen Fernsehsender, auch hier meist täglich (43 %). 58 Prozent nutzen mindestens wöchentlich Nachrichtenwebseiten und -Apps (täglich: 33 %).

Gut die Hälfe (52 %) erhält mindestens einmal pro Woche in den sozialen Medien Nachrichten aus der Region. Etwas seltener (48 %) informieren sich die Befragten dazu regelmäßig bei privaten Fernsehsendern. Jeweils 36 Prozent nutzen täglich bis wöchentlich gedruckte regionale Tageszeitungen oder Nachrichten-Blogs im Internet, die gedruckte Zeitung jedoch häufiger täglich (21 %). 35 Prozent lesen mindestens einmal pro Woche einen Newsletter zu lokalen und regionalen Themen. 23 Prozent geben an, sich dazu (auch) in überregionalen Print-Zeitungen und Zeitschriften zu informieren.

Wie häufig nutzen Sie die folgenden Medien, um sich über lokale und regionale Themen zu informieren?

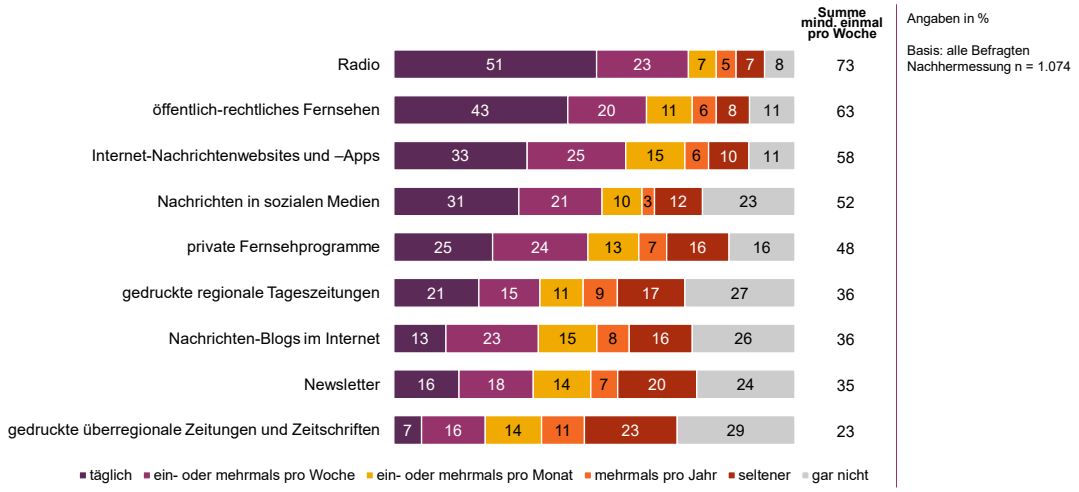


*Abbildung 16: Mediennutzung*

Wer die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen hat, informiert sich am häufigsten in den traditionellen Medien Radio (78 %), öffentlich-rechtliches Fernsehen (72 %) und Print-Zeitungen (regional: 54 %, überregional: 33 %) sowie über Nachrichten-Websites/-Apps (66 %) über lokale und regionale Themen. Soziale Medien und private Fernsehprogramme nutzen sie für diesen Zweck seltener als der Durchschnitt (vgl. Abbildung 17).

Wie häufig nutzen Sie die folgenden Medien, um sich über lokale und regionale Themen zu informieren?

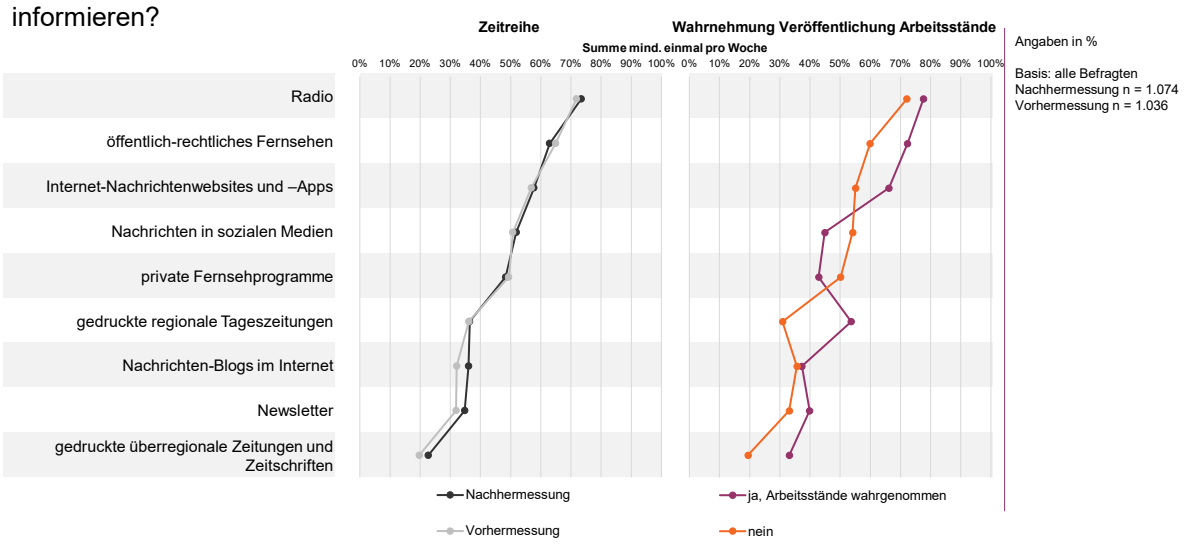


*Abbildung 17: Mediennutzung (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung Arbeitsstände)*

Keine relevanten Unterschiede gibt es zwischen Befragten aus Regionen mit C-/D-Kategorisierung und noch nicht bewerteten Gebieten (vgl. Abbildung 18).

Um regionale und lokale Nachrichten zu erhalten, nutzen Befragte, die den Atomausstieg für (eher) falsch halten, fast alle Medien – mit Ausnahme des öffentlich-rechtlichen Fernsehens (59 %) und Printmedien (regional: 38 %, überregional: 22 %) – leicht überdurchschnittlich häufig (vgl.

Abbildung 18). Wer den Atomausstieg für (eher) richtig hält, nutzt deutlich häufiger öffentlich-rechtliche Sender (72 %) und deutlich seltener soziale Medien (43 %) und Privatsender (37 %).

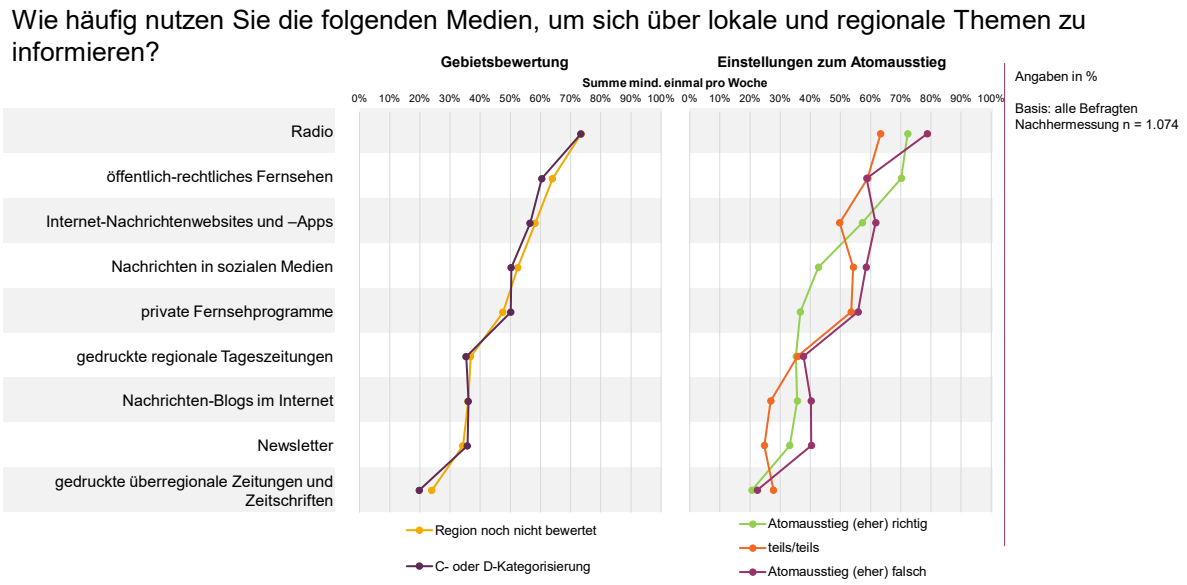


*Abbildung 18: Mediennutzung (Gebietsbewertung/Einstellungen zum Atomausstieg)*

Bei der Mediennutzung zu regionalen und lokalen Nachrichten zeigen sich erwartungsgemäß deutliche Altersunterschiede (vgl. Abbildung 19): 16- bis 24-Jährige nutzen mit Abstand am häufigsten die sozialen Medien (74 %). Bei allen anderen Medien liegt ihre Nutzung überwiegend deutlich unter dem Durchschnitt, insbesondere Radio (37 %), Fernsehen (öffentlich-rechtlich: 39 %, privat: 23 %) und Zeitungen (regional: 15 %, überregional: 6 %). Dasselbe gilt für die 25- bis 34-Jährigen, wenn auch auf etwas höherem Niveau. Bei ihnen liegt das Radio (63 %) hinter den sozialen Medien (67 %) auf Platz 2.

Das Radio ist hingegen bei Befragten im Alter von 35 bis 64 Jahren die wichtigste Quelle für lokale und regionale Nachrichten, seine Bedeutung nimmt mit dem Alter zu und ist in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen am größten (86 %).

Die 35- bis 44-Jährigen nennen daneben am häufigsten Nachrichten-Websites/-Apps (64 %) als Informationsquelle, die 45- bis 54-Jährigen das öffentlich-rechtliche Fernsehen (64 %).

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen ist vor allem für die über 54-jährigen Befragten ein wichtiger Informationskanal über Regionales (55-64 Jahre: 73 %, 65 Jahre und älter: 87 %), in der ältesten Gruppe ist es – noch vor dem Radio (79 %) – die mit Abstand am häufigsten genutzte Nachrichtenquelle. Auch Tageszeitungen, überregionale Printmedien und Newsletter nutzen die über 54-Jährigen überdurchschnittlich häufig.

Männer nutzen die meisten Informationsquellen zu lokalen und regionalen Nachrichten häufiger als Frauen (vgl. Abbildung 19) und nennen vor allem Radio (78 % vs. 70 %), Privatfernsehen (53 % vs. 44 %) und Newsletter (39 % vs. 31 %) häufiger. Frauen informieren sich etwas häufiger als Männer in den sozialen Medien (55 % vs. 49 %).

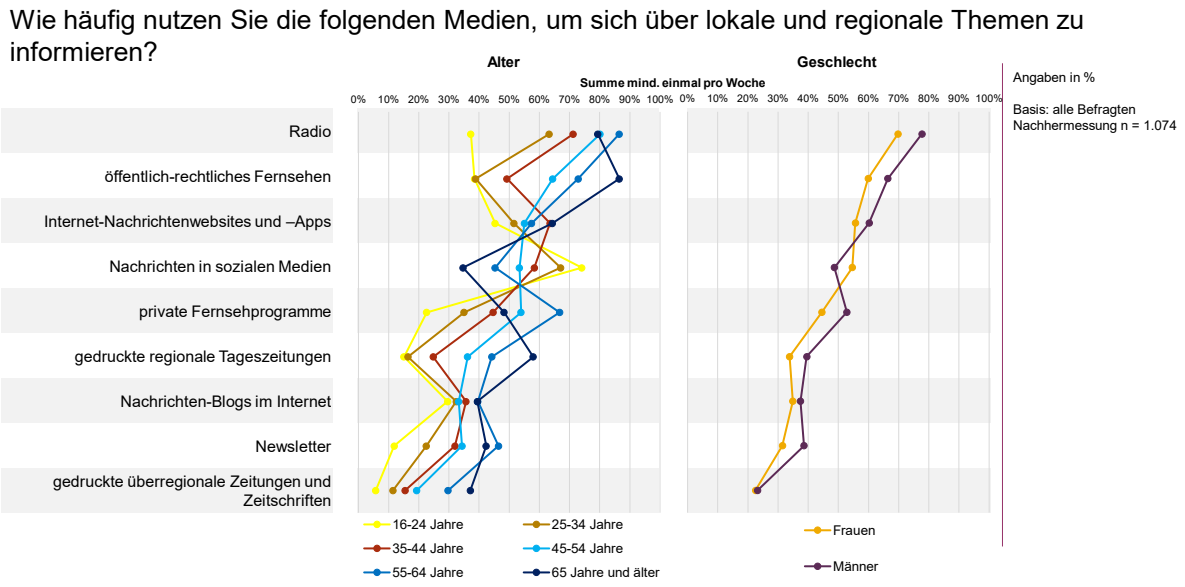


*Abbildung 19: Mediennutzung (Alter/Geschlecht)*

Hinsichtlich des Schulabschlusses zeigen sich bei drei Medien Unterschiede (vgl. Abbildung 20): Befragte ohne (Fach-)Abitur nutzen insbesondere Privatsender (55 % vs. 35 %) häufiger als Befragte mit Abitur als Informationskanal, daneben auch leicht häufiger das Radio (76 % vs. 69 %). Befragte mit Abitur nennen deutlich häufiger Nachrichtenseiten im Internet (67 % vs. 53 %) als Informationsquelle.

Befürworter:innen der Endlagersuche nennen mehr Informationsquellen zu lokalen und regionalen Themen als die Ablehnenden und nutzen am häufigsten Radio (78 %), öffentlich-rechtliche Sender (69 %) und Nachrichtenwebsites (67 %).

Ablehner:innen der Endlagersuche informieren sich außer im Radio (75 %) am häufigsten in den sozialen Medien (56 %) und bei privaten Fernsehsendern (54 %; vgl. Abbildung 20). Diejenigen, die die Endlagersuche befürworten, solange es keine neuen radioaktiven Abfälle gibt, liegen weitgehend leicht unter dem Durchschnitt und nennen am häufigsten das Radio (67 %) und das öffentlich-rechtliche Fernsehen (62 %).

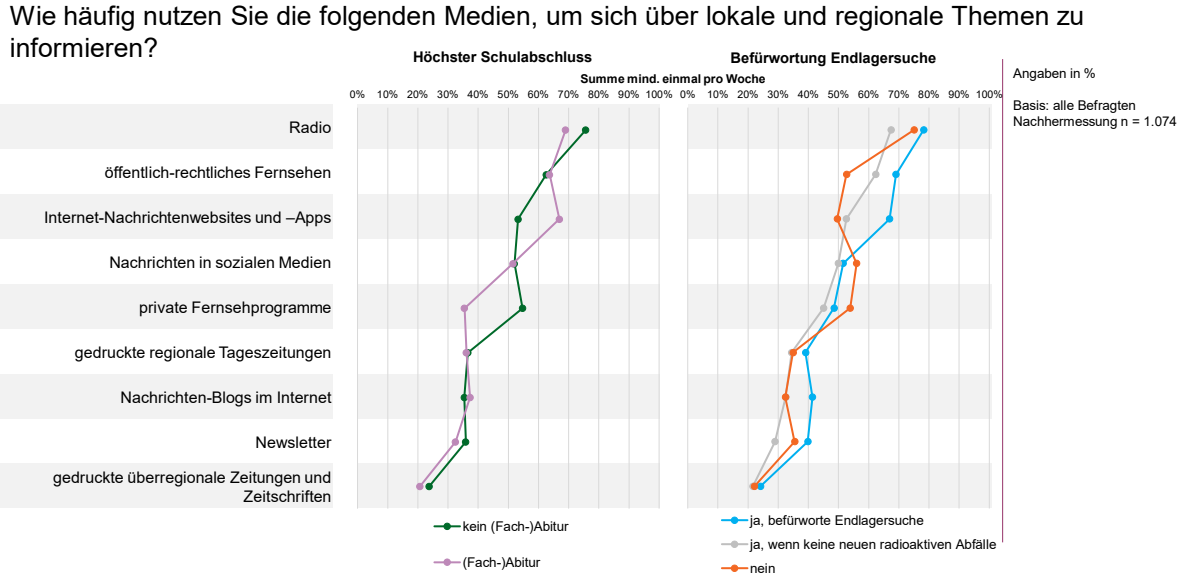


*Abbildung 20: Mediennutzung (Höchster Schulabschluss/Befürwortung Endlagersuche)*

Personen, die ihren Wohnort als Endlagerort anerkennen würden, liegen in ihrer Nutzung zu lokalen/regionalen Nachrichten weitgehend im Durchschnitt, nutzen jedoch deutlich häufiger das öffentlich-rechtliche Fernsehen (75 %) und etwas häufiger Nachrichten-Websites (62 %) und regionale Tageszeitungen (40 %; vgl. Abbildung 21).

Bei Ablehnenden liegen soziale Medien (59 %) über dem Durchschnitt, die öffentlich-rechtlichen Fernsehsender (56 %), Nachrichten-Websites (54 %) und regionale Tageszeitungen (33 %) darunter. Die Unentschiedenen informieren sich mit Abstand am häufigsten im Radio (78 %) und unterdurchschnittlich häufig in den sozialen Medien (43 %).

Befragte mit hoher subjektiver Informiertheit zum Thema Endlagerung nutzen fast alle Medien überdurchschnittlich häufig, um lokale und regionale Nachrichten zu erhalten (vgl. Abbildung 21); lediglich ihre Nutzung von sozialen Medien und privaten Fernsehsendern liegt unter dem Durchschnitt. Bei Befragten mit geringer subjektiver Informiertheit ist die Nutzung von Lokalzeitungen (28 %) und Nachrichten-Webseiten (54 %) leicht unterdurchschnittlich, die Nutzung von Privatsendern hingegen leicht überdurchschnittlich (53 %). Befragte mit mittlerer subjektiver Informiertheit liegen – außer bei Lokalzeitungen, die sie häufiger nutzen – im Durchschnitt.

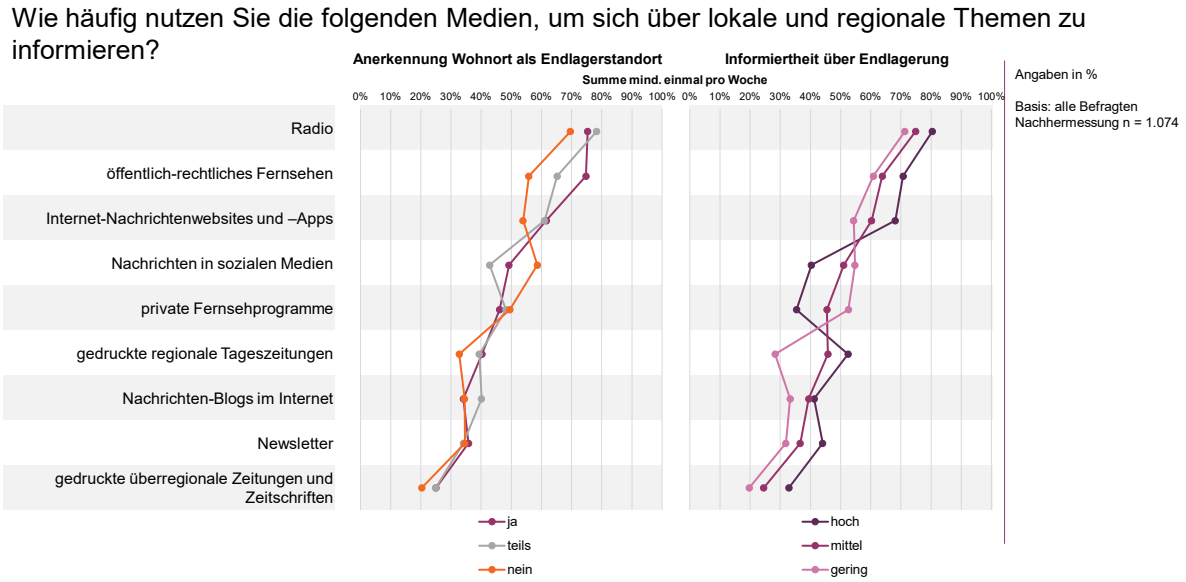


*Abbildung 21: Mediennutzung (Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort/Informiertheit über Endlagerung)*

Wer einen hohen Wissensstand zur Endlagersuche hat, nutzt überdurchschnittlich häufig die klassischen Medien Radio, öffentlich-rechtliches Fernsehen sowie regionale und überregionale Zeitungen (vgl. Abbildung 22). Für Personen mit niedrigem Wissensstand spielen fast alle Kanäle – mit Ausnahme von sozialen Medien und Privatfernsehen – eine geringere Rolle, ihre häufigste Informationsquelle ist das Radio (71 %).

Befragte, die ihre Fähigkeit zu politischem Handeln als hoch einschätzen, nutzen – mit Ausnahme der sozialen Medien und privaten Fernsehsender – alle Medien überdurch-schnittlich häufig, um sich über lokale und regionale Themen zu informieren (vgl. Abbildung 22). Umgekehrt ist es bei Befragten mit gering ausgeprägter Fähigkeit. Lediglich ihre Privatsender-Nutzung liegt knapp über dem Durchschnitt.

Wie häufig nutzen Sie die folgenden Medien, um sich über lokale und regionale Themen zu informieren?

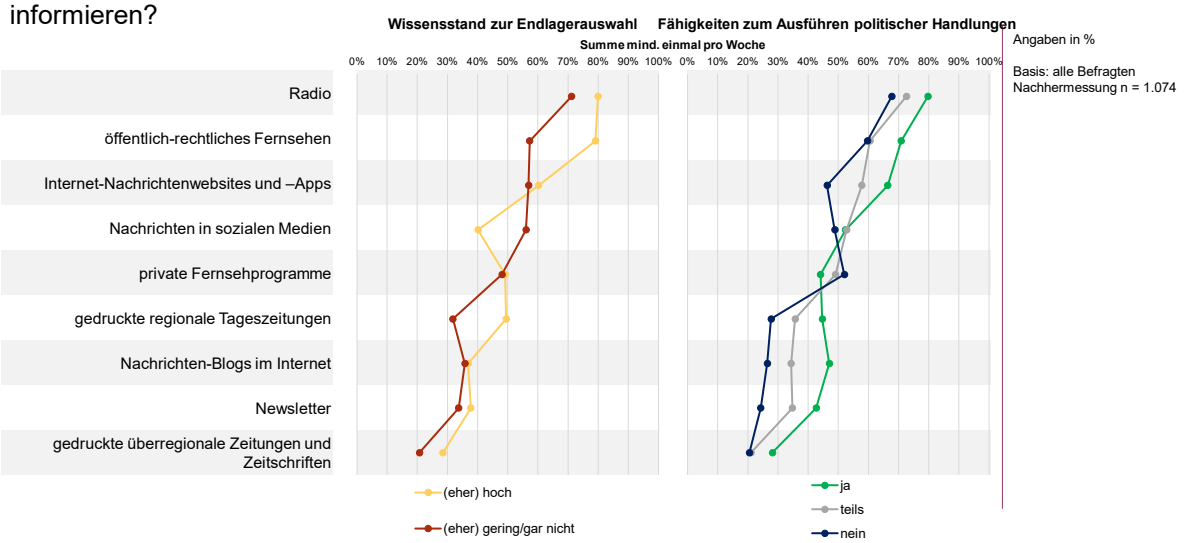


*Abbildung 22: Mediennutzung (Wissensstand zur Endlagersuche/Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen)*

## 5.6 Einstellungen zum Atomausstieg

Die Frage zum Atomausstieg polarisiert: 40 Prozent der Befragten halten den Atomausstieg voll und ganz (32 %: Werte 8-10 auf einer Skala von 0 bis 10) oder eher (8 %: Werte 6-7) für richtig. Jede:r Zweite hält die Entscheidung hingegen für (eher) falsch (39 %: Werte 0-2, 12 %: Werte 3-4). Unentschieden (Wert 5) sind in dieser Frage nur 9 Prozent (vgl. Abbildung 23).

Bei Frauen ist die Zustimmung zum Atomausstieg höher als bei Männern (46 % vs. 34 %) und bei Befragten mit (Fach-)Abitur höher als bei Befragten ohne (Fach-)Abitur (53 % vs. 34 %). Die Zustimmung sinkt mit dem Alter: Bei den 16- bis 24-Jährigen ist sie mit 56 Prozent am höchsten, am geringsten ist sie bei den 55- bis 64-Jährigen (32 %) und den über 64-Jährigen (36 %).

Befragte, die von der Veröffentlichung der Arbeitsstände wissen, begrüßen den Atomausstieg eher als diejenigen, die diese nicht wahrgenommen haben (46 % vs. 39 %).

Finden Sie, dass der Atomausstieg Deutschlands eine richtige oder eine falsche Entscheidung war?

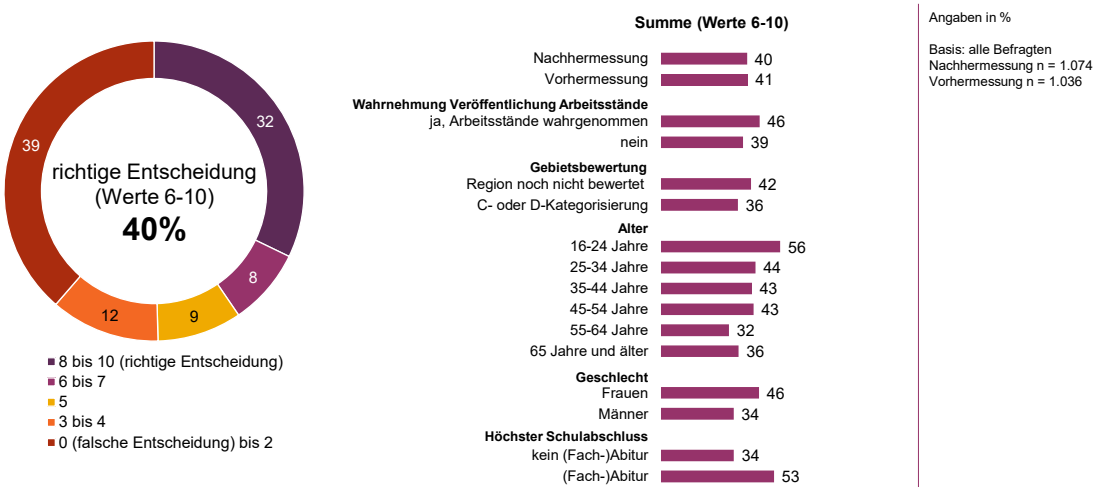


*Abbildung 23: Richtigkeit des Atomausstiegs I*

Zu den stärksten Befürworter:innen des Atomausstiegs gehören auch diejenigen, die eine Endlagersuche nur dann befürworten, wenn keine weiteren radioaktiven Abfälle hinzukommen (55 %). Hingegen halten nur 28 Prozent der Befragten, die die Endlagersuche gutheißen, den Atomausstieg für richtig, Ablehnende einer Endlagersuche liegen dazwischen (39 %; vgl. Abbildung 24).

Befragte mit subjektiv hohem Informationsgrad zum Thema Endlagerung stimmen dem Atomausstieg häufiger zu als subjektiv weniger gut bzw. schlecht Informierte (50 % vs. mittel: 40 % vs. gering: 39 %), insbesondere, wenn sie darüber hinaus die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (ohne Abbildung). Eine ähnliche Tendenz zeigt sich auch beim Wissensstand zur Endlagerauswahl (hoher Wissensstand: 46 % Zustimmung vs. geringer Wissensstand: 38 % Zustimmung).

Befragte, die potenziell von einem Endlagerstandort betroffen sind oder ihren Wohnort als Endlagerstandort anerkennen würden, sind im Vergleich häufiger mit dem Atomausstieg einverstanden (46 %; 44 %).

Unter denjenigen, die sich zu politischem Handeln in der Lage fühlen, finden sich mehr Befürworter:innen des Atomausstiegs als unter denjenigen, die dies seltener oder gar nicht von sich sagen (47 % vs. teils: 39 % vs. nein: 36 %).

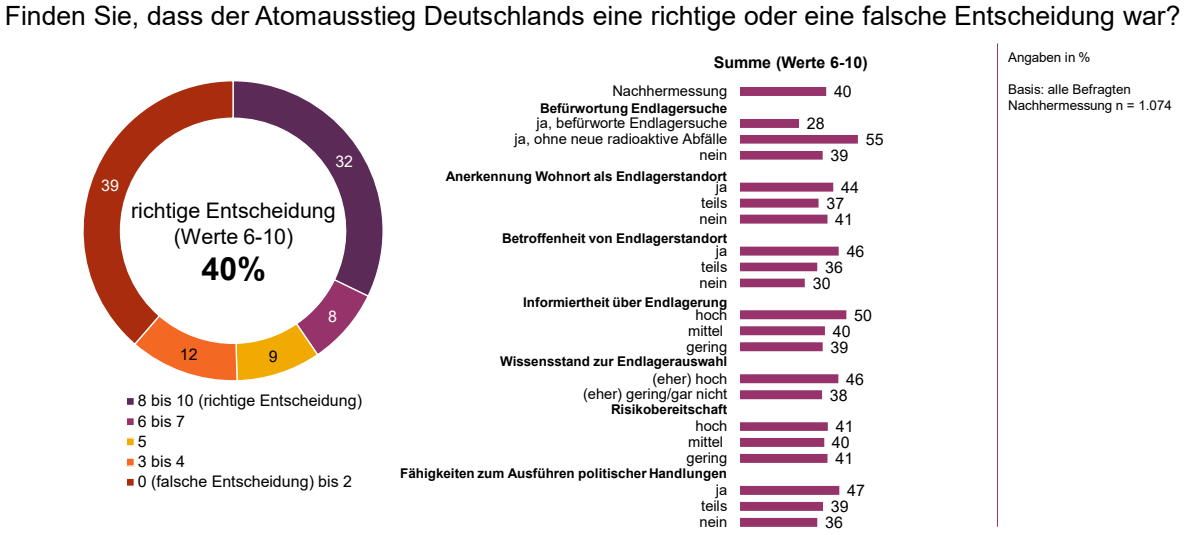


*Abbildung 24: Richtigkeit des Atomausstiegs II*

## 5.7 Wissensstand und Kenntnisse zum Thema Endlagerstandort

### 5.7.1 Objektive Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts

Die Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts wurden anhand von vier Aussagen - zwei korrekt und zwei falsch – abgefragt (vgl. Abbildung 25). Am häufigsten wird als „bekannt“ angegeben, dass in Deutschland in den letzten Jahren Gebiete benannt wurden, die für ein Endlager in Frage kommen und weiter im Verfahren betrachtet werden (67 %). Dass der Bundestag über den endgültigen Standort für das Endlager entscheiden wird, vermutet noch etwas weniger als die Hälfte (45 %). Dass Gemeinden sich nicht selbst im Zug des Verfahrens als Endlagerstandort bewerben können, halten hingegen nur noch 31 Prozent für richtig, nur 29 Prozent erkennen die Aussage „Es gibt bereits einen Vorschlag für einen Endlagerstandort, über den entschieden werden muss“ richtigerweise als falsch. Auffällig ist hier der sehr hohe Anteil an Befragten, die mit „weiß nicht“ antworten. Insgesamt deutet der hohe Anteil an

Befragten, die bei einem oder mehreren der vier Items mit „weiß nicht“ antworten, auf relativ geringe Kenntnisse über das Standortauswahlverfahren hin.

Geben Sie an, welche der nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle Ihrer Meinung nach zutreffend sind.

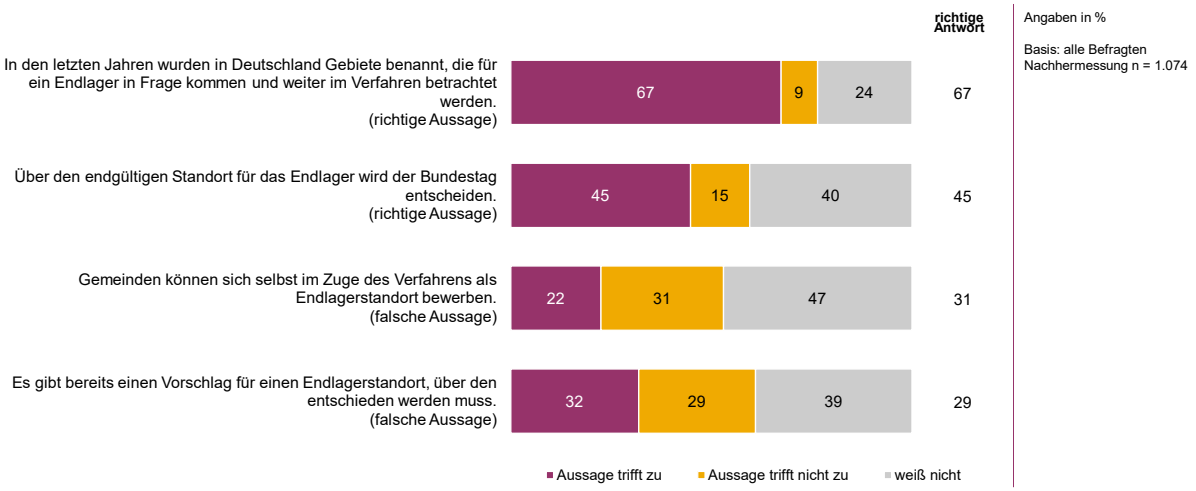


*Abbildung 25: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts*

Während die Differenzen zwischen der Vorher- und Nachhermessung nur gering sind, zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Befragten mit und ohne Wahrnehmung der Veröffentlichung der Arbeitsstände: Wer davon Kenntnis hat, antwortet überdurchschnittlich häufig richtig (vgl. Abbildung 26).

Geben Sie an, welche der nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle Ihrer Meinung nach zutreffend sind.

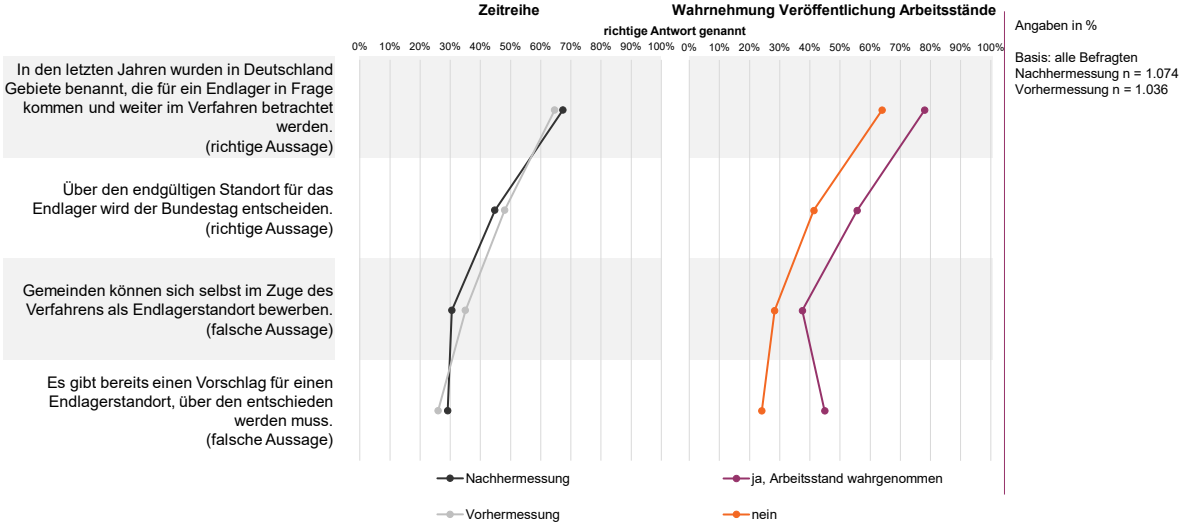


*Abbildung 26: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung der Arbeitsstände)*

Bei dieser Aussage liegen auch Befragte aus noch nicht ausgewerteten Regionen häufiger richtig als diejenigen aus C-/D-Regionen (47 % vs. 39 %; vgl. Abbildung 27).

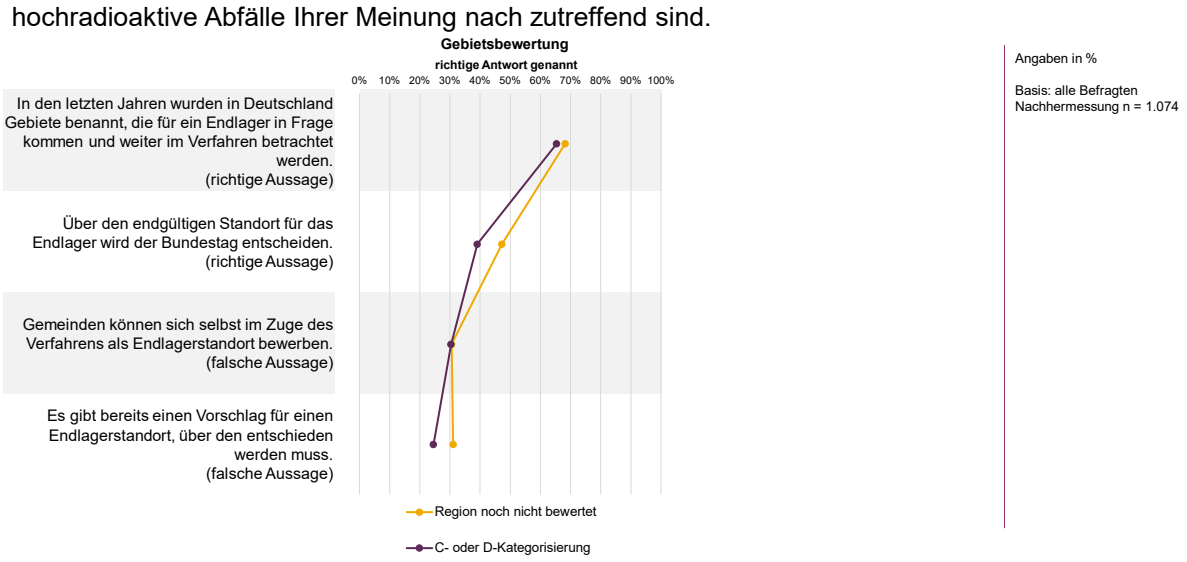


*Abbildung 27: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Gebietsbewertung)*

Wer den Atomausstieg für (eher) richtig hält, weiß häufiger, dass der Bundestag über den endgültigen Standort des Endlagers entscheiden wird (53 %) und verneint richtigerweise auch häufiger, dass es bereits einen Vorschlag dafür gibt (34 %; vgl. Abbildung 28).

Beim Altersvergleich (Abbildung 28) zeigt sich, dass der Kenntnisstand mit steigendem Alter wächst. Die jüngeren Altersgruppen von 16 bis 34 Jahren wählen zudem viel häufiger als die älteren die Antwort „weiß nicht“.

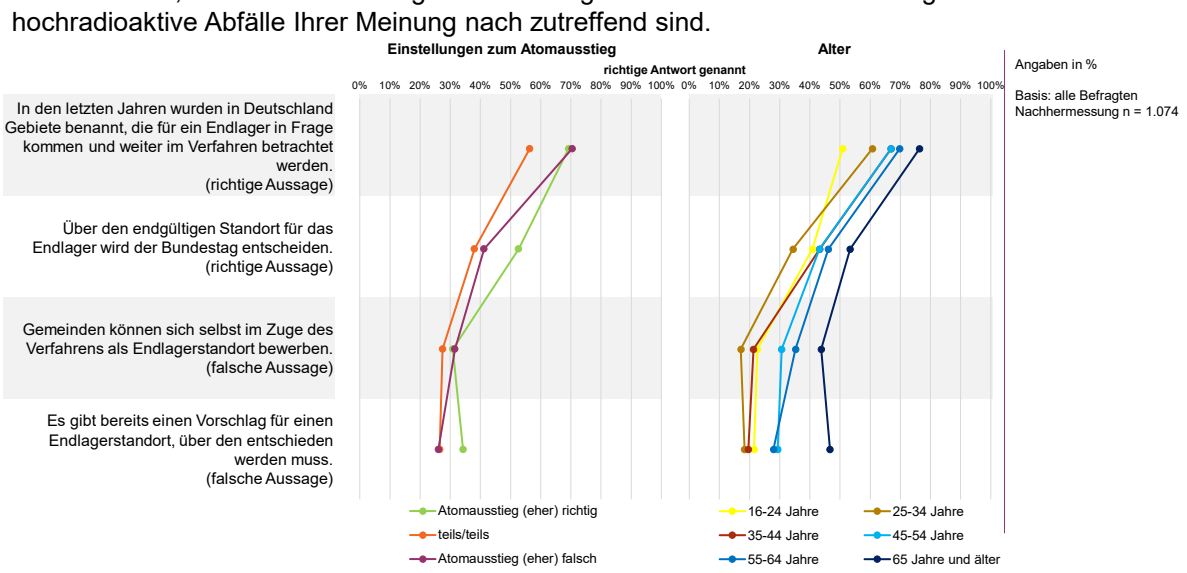


*Abbildung 28: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Einstellungen zum Atomausstieg/Alter)*

Auch Befürwortende der Endlagersuche können die Richtigkeit der Aussagen häufiger korrekt einschätzen. So vermuten sie überdurchschnittlich häufig, dass bereits in Frage kommende Gebiete benannt wurden (75 %), dass der Bundestag über den endgültigen Standort entscheiden wird (49 %), Gemeinden sich nicht selbst bewerben können (28 %) und es noch keinen Vorschlag für ein Endlager gibt (34 %; vgl. Abbildung 29).

Wer seinen Wohnort als Endlagerstandort anerkennen würde, ordnet die beiden korrekten Aussagen ebenfalls häufiger richtig zu (78 %; 54 %) und ordnet auch die Aussage, dass es bereits einen Vorschlag für einen Standort gebe, deutlich häufiger richtigerweise als falsch ein als es die Ablehnenden tun (42 % vs. 21 %; vgl. Abbildung 29).

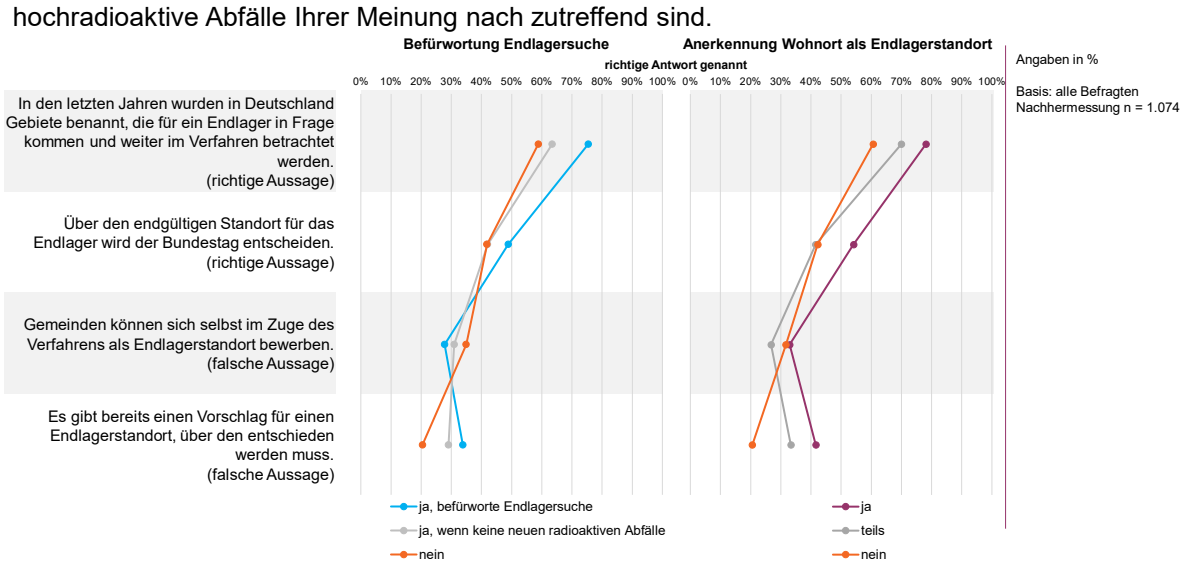


*Abbildung 29: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Befürwortung Endlagersuche/Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort)*

## 5.7.2 Wissensstand zur Wahl des Endlagerorts

Der Wissensstand zur Wahl des Endlagerstandorts kann insgesamt als gering bezeichnet werden (vgl. Abbildung 30). Nur ein Viertel (26 %) ordnet mindestens drei der in Kap. 5.7.1 dargestellten vier Aussagen richtig ein.

Den höchsten Wissensstand zeigen Befragte mit hoher subjektiver Informiertheit über Endlagerung (44 %) und über 64-Jährige (43 %; vgl. Abbildung 31). Über dem Durchschnitt liegt der Wissensstand auch bei Befragten, die ihren Wohnort als Endlagerstandort anerkennen würden (39 %), die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (38 %), sich als mittelmäßig über die Endlagerung informiert einstufen (32 %), sich zu politischem Handeln in der Lage fühlen (32 %) und die Endlagersuche befürworten (31 %; vgl. Abbildung 31).

Bei Männern ist der Wissensstand höher als bei Frauen (34 % vs. 18 %). Am geringsten ist er bei Befragten unter 45 Jahren (16-24 Jahre: 16 %, 25-34 Jahre: 13 %, 35-44 Jahre: 17 %) sowie bei Befragten, die ihre Fähigkeiten zur politischen Teilhabe als gering einschätzen (17 %; vgl. Abbildungen 30 und 31).

Bitte geben Sie an, welche der nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle Ihrer Meinung nach zutreffend sind.

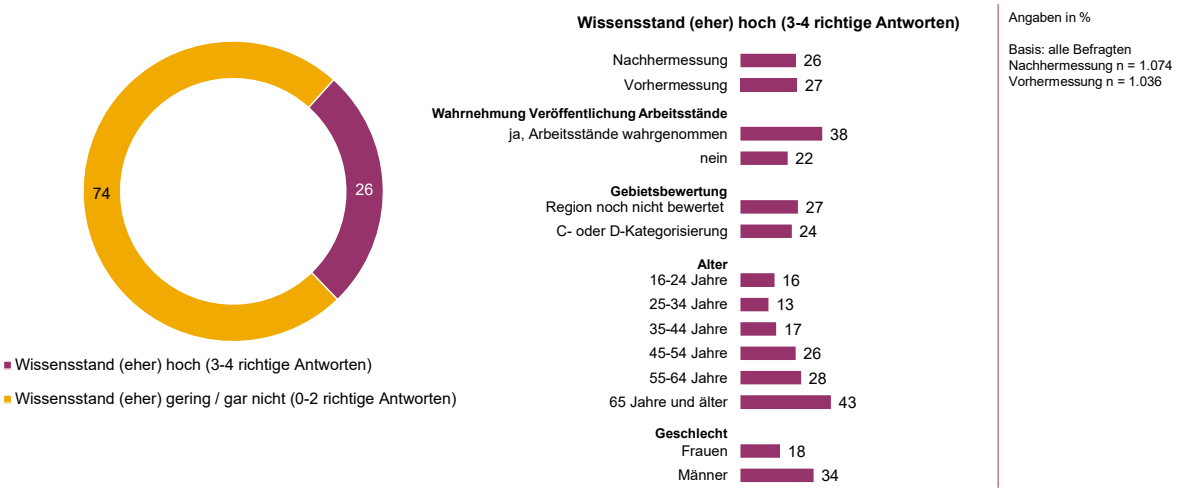


*Abbildung 30: Wissensstand zur Wahl des Endlagerorts I*

Bitte geben Sie an, welche der nachfolgenden Aussagen zur Auswahl eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle Ihrer Meinung nach zutreffend sind.

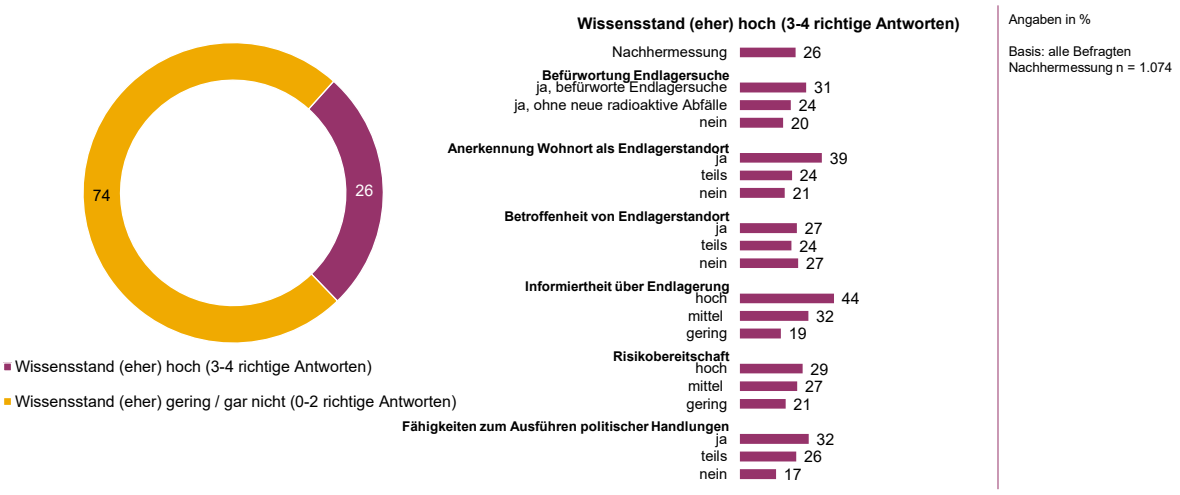


*Abbildung 31: Wissensstand zur Wahl des Endlagerorts II*

## 5.7.3 Subjektive Informiertheit zur Endlagersuche

Die meisten Befragten – rund zwei Drittel (67 %) – fühlen sich nicht gut über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert (vgl. Abbildung 32). Nur 18 Prozent geben auf einer Skala von 0 (gar nicht informiert) bis 10 (sehr gut informiert) an, sich gut bis sehr gut informiert zu fühlen (Werte 6-10), weitere 14 Prozent ordnen sich dem Skalenwert 5 zu, 26 Prozent den Skalenwerten 3 bis 4 und 41 Prozent den geringsten Werten 0 bis 2.

Am besten informiert fühlen sich Befragte, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (36 %: Werte 6-10), die ihren Wohnort als Endlagerstandort anerkennen würden (35 %), einen (eher) hohen Wissensstand zur Endlagerauswahl haben (31 % und 45 % bei gleichzeitiger Wahrnehmung der Veröffentlichung der Arbeitsstände; ohne Abbildung) oder nicht von einem Endlagerstandort betroffen sind (28 %; vgl. Abbildungen 32 und 33).

Die älteste Altersgruppe (65 Jahre und älter) fühlt sich häufiger gut informiert (28 %) als die jüngeren Befragten, insbesondere die 16- bis 24-Jährigen (10 %), gefolgt von den 25- bis 35-Jährigen, aber auch den 55- bis 64-Jährigen (jeweils 14 %).

Männer geben häufiger als Frauen an, subjektiv (sehr) gut informiert zu sein (23 % vs. 14 %), Personen mit (Fach-)Abitur häufiger als Personen ohne (Fach-)Abitur (23 % vs. 16 %), Befürworter:innen des Atomausstiegs (24 %) häufiger als Unentschiedene (14 %) oder Ablehnende (15 %) und Befürworter:innen der Endlagersuche (25 %) häufiger als Befragte, die mit Einschränkungen dafür sind (15 %) oder sie ablehnen (12 %).

Befragte mit Fähigkeiten zu politischem Handeln (26 %) und stark Risikoaffine (23 %) halten sich häufiger für gut informiert als Befragte mit geringer politischer Selbstwirksamkeit (12 %) oder mit geringer Risikobereitschaft (15 %).

Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert?

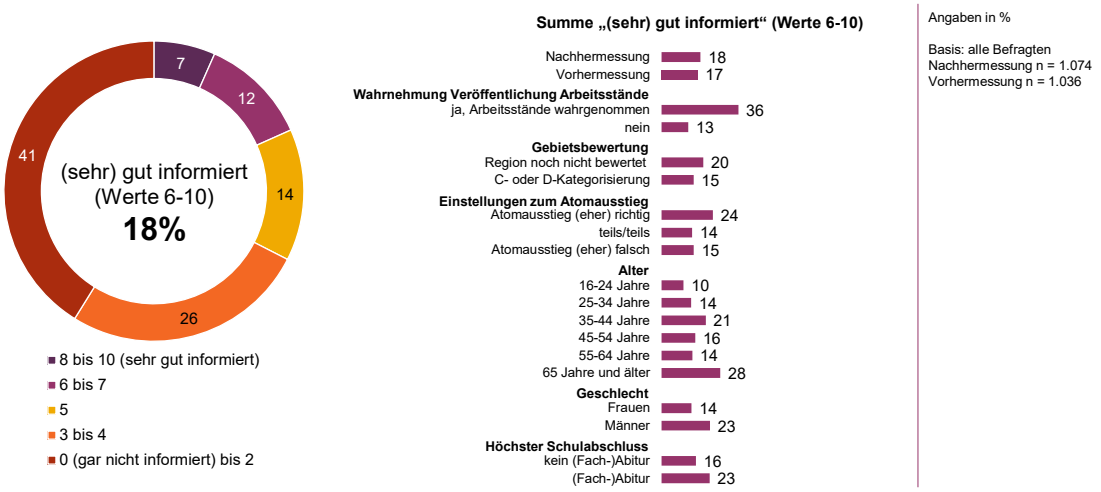


*Abbildung 32: Subjektive Informiertheit zur Endlagersuche I*

Wie gut fühlen Sie sich insgesamt über die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle informiert?

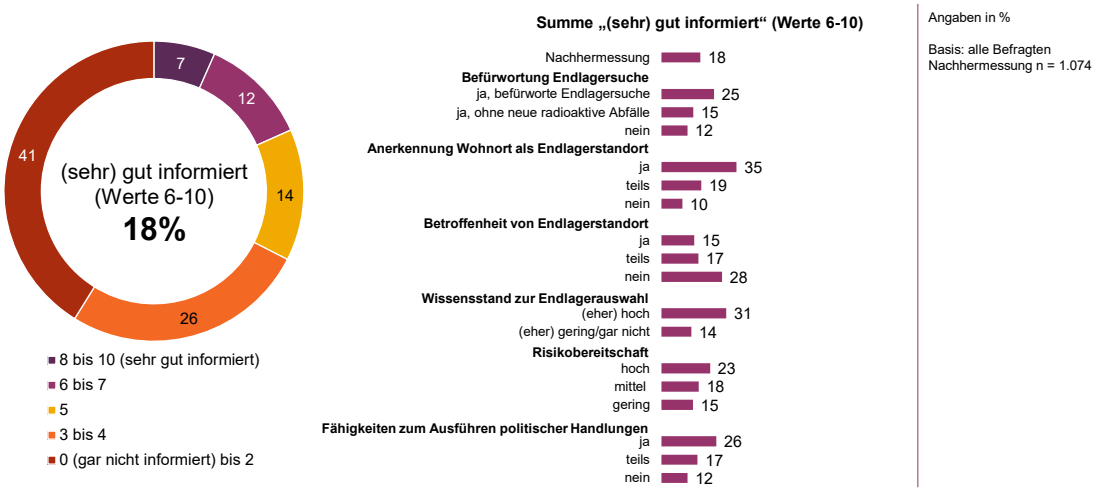


*Abbildung 33: Subjektive Informiertheit zur Endlagersuche II*

## 5.8 Befürwortung der Endlagersuche

Gut drei Viertel der Befragten (78 %) befürworten die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven Abfall, insgesamt 37 Prozent jedoch nur, wenn keine neuen radioaktiven Abfälle hinzukommen (vgl. Abbildung 34).

Am höchsten ist die Zustimmung bei denjenigen, die ihren Wohnort als Endlagerstandort anerkennen würden (ja: 96 %; teils: 95 %), die nicht (90 %) oder nur teils (89 %) von einem Standort betroffen sind, die sich gut (85 %) oder teils (89 %) über die Endlagersuche informiert fühlen, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (85 %) und sich zu politischen Handlungen in der Lage fühlen (85 %) sowie bei den 16- bis 24-Jährigen (84 %). Männer sind deutlich häufiger Befürworter der Endlagersuche als Frauen (86 % vs. 71 %; vgl. Abbildungen 34 und 35).

Die geringste Zustimmung zur Endlagersuche findet sich bei Befragten, die ihren Wohnort als Standort ablehnen (60 %), die sich keine Fähigkeiten zu politischem Handeln zuschreiben (67 %) und die sich betroffen fühlen würden, wenn ihr Wohnort Endlagerstandort wäre (68 %; vgl. Abbildung 35).

Es fällt zudem auf, dass die Endlagersuche mit deutlicher Mehrheit von den Befragten befürwortet wird, die einen hohen Wissensstand haben oder sich subjektiv gut über das Thema informiert fühlen und gleichzeitig die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (jeweils 89 % gegenüber jeweils 80 % ohne Wahrnehmung der Veröffentlichung der Arbeitsstände; ohne Abbildung).

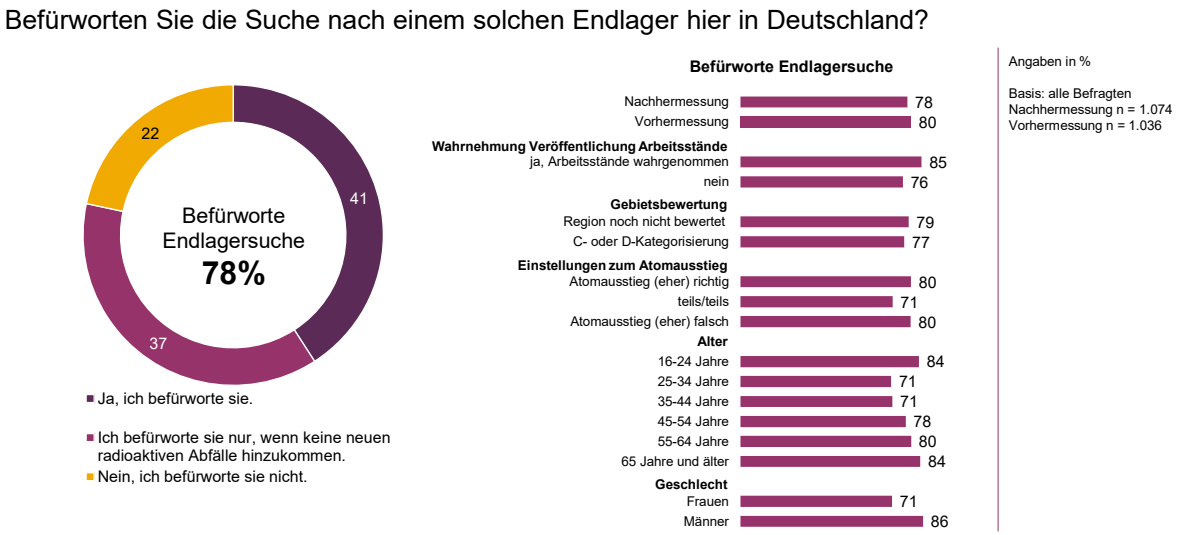


*Abbildung 34: Befürwortung der Endlagersuche I*

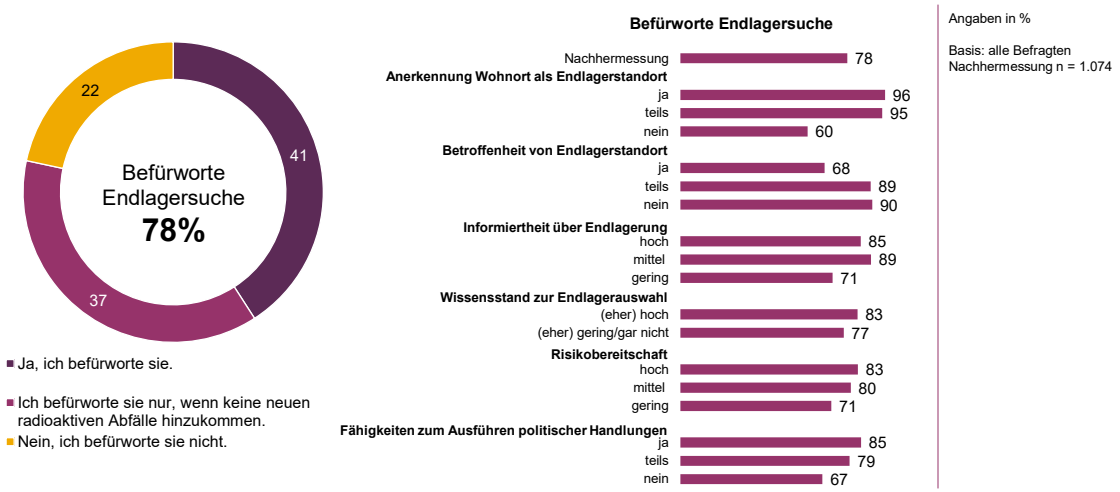


*Abbildung 35: Befürwortung der Endlagersuche II*

## 5.9 Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche

Bei der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle haben für die Befragten vier Aspekte aus einer vorgelegten Auswahl von sieben Kriterien die höchste Relevanz (vgl. Abbildung 36): Am wichtigsten sind ihnen die langfristig sichere Aufbewahrung der Abfälle (sehr wichtig: 87 %), sichere Transportwege (79 %), ein Standort fern von Wohngebieten (74 %) sowie eine transparente Standortentscheidung (68 %). Die Mitgestaltung der Bürger:innen in den betroffenen Regionen ist gut der Hälfte der Befragten sehr wichtig (53 %). Eine geringere Rolle spielen Schnelligkeit und Kosten: Nur jeweils 22 Prozent halten diese Aspekte für sehr wichtig.

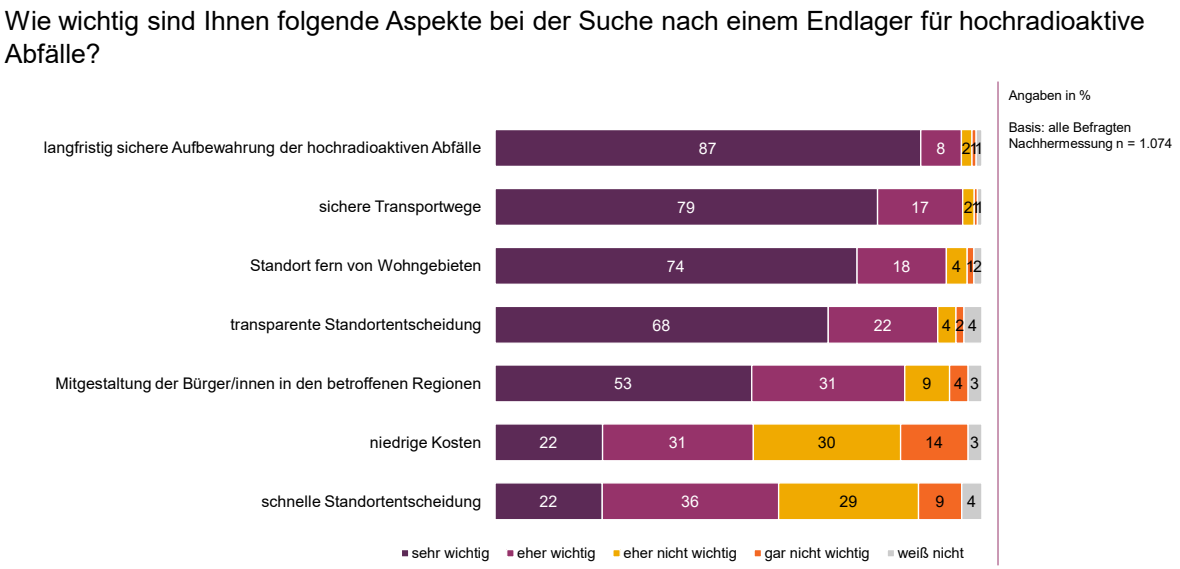


*Abbildung 36: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche*

In der Vorher- und Nachhermessung fallen die Antworten nahezu gleich aus (vgl. Abbildung 37).

Befragte mit und ohne Kenntnis der Veröffentlichung der Arbeitsstände unterscheiden sich im Wesentlichen darin, dass letzteren ein Standort fernab von Wohngebieten häufiger sehr wichtig ist (ja, Arbeitsstände wahrgenommen: 68 %, nein: 76 %; vgl. Abbildung 37).

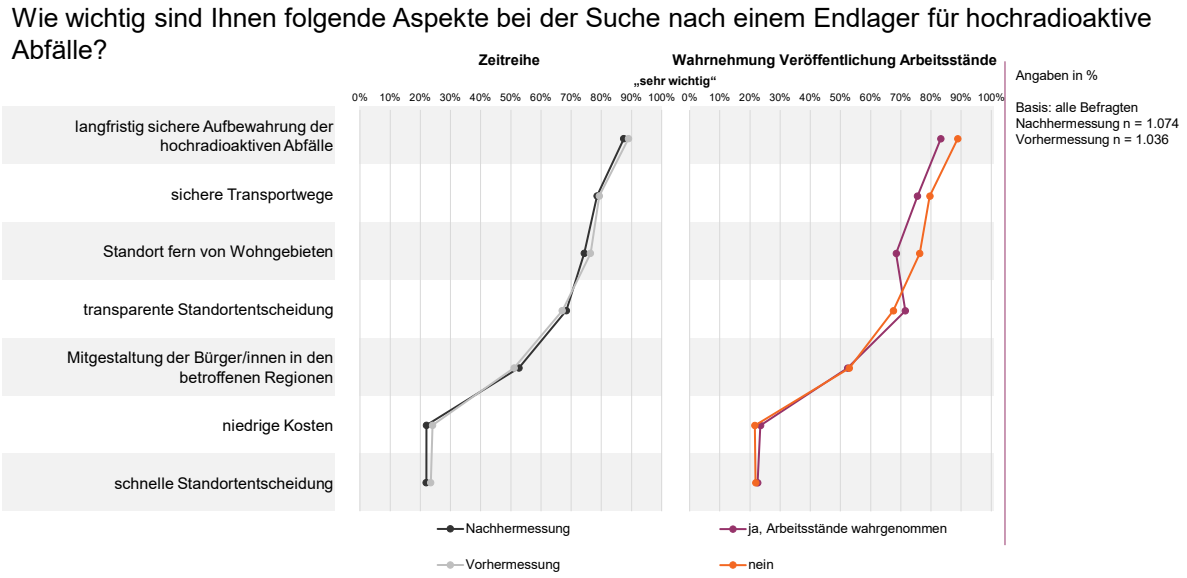


*Abbildung 37: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung Arbeitsstände)*

Auch zwischen den C-/D-Regionen und den noch nicht bewerteten Regionen zeigen sich keine relevanten Unterschiede; ersteren sind lediglich etwas häufiger niedrige Kosten sehr wichtig (26 % vs. 21 %; vgl. Abbildung 38).

Befragte, die den Atomausstieg befürworten, finden häufiger als die Ablehnenden und Unentschiedenen eine langfristig sichere Aufbewahrung (92 %), sichere Transportwege (83 %) und die Transparenz bei der Standortsuche (75 %) sehr wichtig (vgl. Abbildung 38). Die Werte der

Gegner:innen des Atomausstiegs liegen meist im Durchschnitt, lediglich die Kosten (29 %) und die Schnelligkeit der Standortentscheidung (27 %) sind ihnen überdurchschnittlich häufig sehr wichtig.

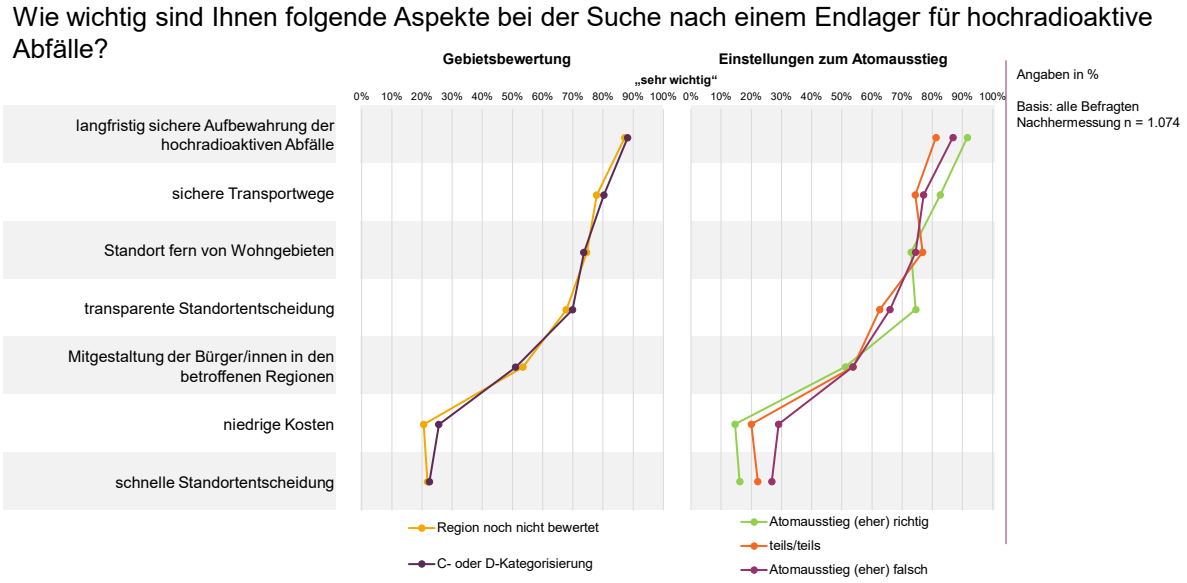


*Abbildung 38: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Gebietsbewertung/Einstellungen zum Atomausstieg)*

Die Einschätzung der Wichtigkeit der vorgelegten Aspekte steigt mit dem Alter (vgl. Abbildung 39): Die 16- bis 24-Jährigen liegen durchweg erheblich unter dem Durchschnitt. Die über 55-Jährigen stellen die größten Anforderungen – ihnen sind die Kriterien am häufigsten sehr wichtig. Die Werte der Altersgruppen zwischen 25 und 54 Jahren liegen weitgehend im Durchschnitt. Den 25- bis 34-Jährigen sind lediglich die langfristig sichere Aufbewahrung (81 %) und geringe Kosten (16 %) etwas weniger wichtig, für die 35- bis 44-Jährigen liegt ein Standort fern von Wohngebieten (78 %) auf Platz 2 der relevantesten Aspekte.

Ablehner:innen der Endlagersuche halten es überdurchschnittlich häufig für sehr wichtig, einen Standort fern von Wohngebieten zu finden (88 %), die Bürger:innen in den betroffenen Regionen mitgestalten zu lassen (62 %) und die Kosten gering zu halten (32 %; vgl. Abbildung 39). Die Werte der Unentschiedenen liegen im Durchschnitt; dies trifft weitgehend auch auf die Befürworter:innen zu, die etwas seltener einen Standort jenseits von Wohngebieten für sehr wichtig halten (69 %) und tendenziell häufiger eine schnelle Entscheidung fordern (26 %).

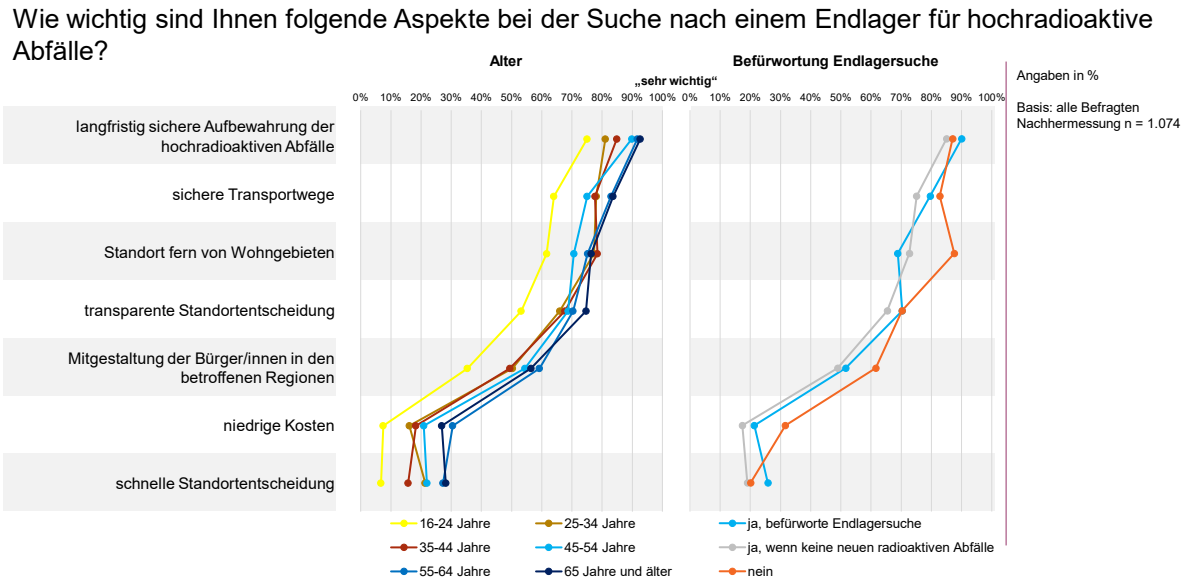


*Abbildung 39: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Alter/Befürwortung Endlagersuche)*

Befragte, die ihren Wohnort als Endlagerstandort anerkennen würden, favorisieren am häufigsten eine langfristig sicheren Aufbewahrung (93 %; vgl. Abbildung 40). Eine unterdurchschnittliche Relevanz haben für sie ein Standort fern von Wohngebieten (58 %), die Mitsprache der Bürger:innen (40 %) und niedrige Kosten (16 %). Wer seinen Wohnort nicht als Endlagerstandort anerkennen würde, fordert neben der sicheren Aufbewahrung (88 %) vor allem einen Standort außerhalb von Wohngebieten (87 %), daneben auch etwas häufiger ein Mitgestaltungsrecht (58 %) und niedrige Kosten (28 %). Bei Unentschiedenen liegt die Wichtigkeit von sicheren Transportwegen (74 %) und einem Standort fern von Wohngebieten (67 %) leicht unter dem Durchschnitt.

Befragte mit geringer subjektiver Informiertheit zur Endlagersuche geben leicht überdurchschnittlich häufig an, dass ihnen ein Standort außerhalb von Wohnvierteln sehr wichtig sei (79 %; vgl. Abbildung 40). Ihre weiteren Werte liegen im Durchschnitt, während sie bei den Befragten mit mittlerer subjektiver Informiertheit tendenziell leicht darunter liegen; lediglich die langfristig sichere Lagerung ist ihnen ebenso wichtig wie den anderen Teilgruppen. Bei subjektiv gut Informierten haben sichere Transportwege (72 %) und insbesondere ein Standort fern von Wohngebieten (61 %) eine geringere Relevanz, dafür ist ihnen eine schnelle Standortentscheidung häufiger sehr wichtig (28 %).

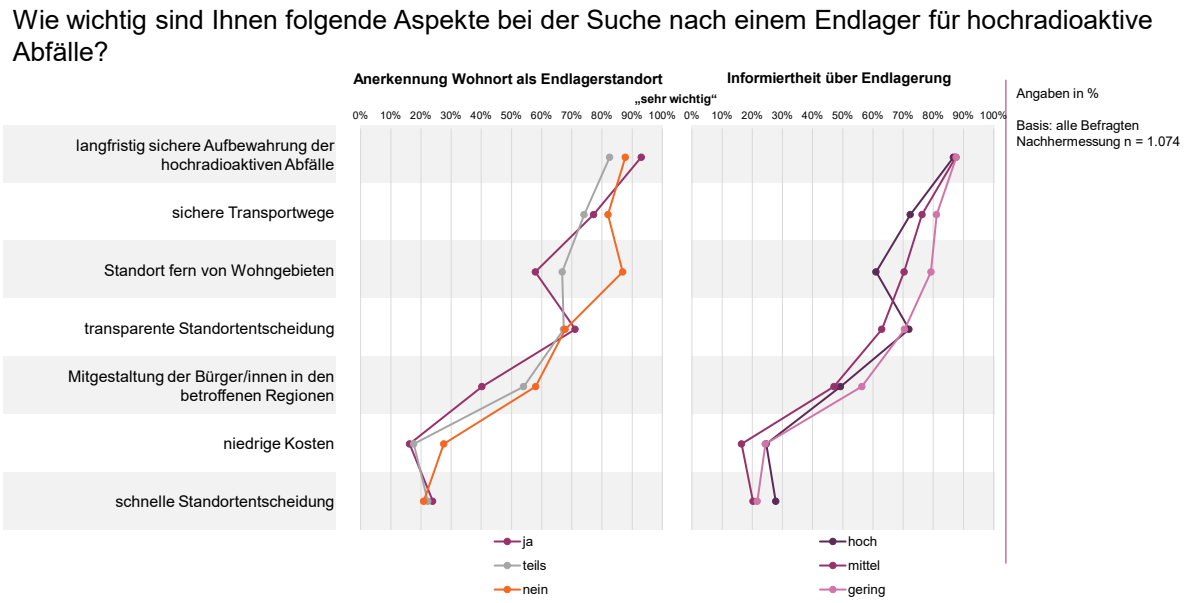


*Abbildung 40: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort/ Informiertheit über Endlagerung)*

# 5.10 Endlager am Wohnort

## 5.10.1 Anerkennung des Wohnorts als Endlagerstandort

29 Prozent der Befragten würden ihren Wohnort als Endlagerstandort anerkennen (Werte 6 bis 10 auf einer Skala von 0 „würde ich überhaupt nicht anerkennen“ bis 10 „würde ich vollständig anerkennen“; vgl. Abbildung 41). Gut die Hälfte (53 %) würde dies (eher) nicht tun (Werte 0 bis 4), 40 Prozent wählen hier einen der geringsten Skalenwerte 0 bis 2. Indifferent (Skalenwert 5) sind knapp ein Fünftel (18 %).

Am höchsten ist die Anerkennung des eigenen Wohnorts als Endlagerstandort bei Befragten mit hoher subjektiver Informiertheit über Endlagerung (60 %), Personen, die angeben, dass ein Endlagerstandort sie am Wohnort nicht beträfe (55 %) und Befürworter:innen der Endlagersuche (47 %; vgl. Abbildung 42).

Besonders gering ist die Zustimmung bei Ablehnenden der Endlagersuche (7 %), bei Personen, die angeben, dass ein Endlagerstandort sie am Wohnort beträfe (15 %), subjektiv schlecht Informierten zum Thema Endlagerung (18 %), Befragten ohne klare Haltung zum Atomausstieg (17 %) und den 16- bis 24-Jährigen (15 %), während die über 65-Jährigen im Altersvergleich die Standortentscheidung am häufigsten anerkennen würden (35 %; vgl. Abbildungen 41 und 42).

Männer würden die Entscheidung für ihren Wohnort deutlich häufiger anerkennen als Frauen (36 % vs. 21 %) und Personen mit (Fach-)Abitur eher als solche ohne Abitur (37 % vs. 24 %; vgl. Abbildung 41).

Es gibt keine aussagekräftigen Unterschiede zwischen Vorher- und Nachhermessung, der Wahrnehmung der veröffentlichten Arbeitsstände sowie bei den Regionen mit C-/D-Kategorisierung (25 %, jeweils Werte 6-10; vgl. Abbildungen 41 und 42).

Wenn Ihr Wohnort als Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle in Frage käme, würden Sie das anerkennen oder nicht anerkennen?

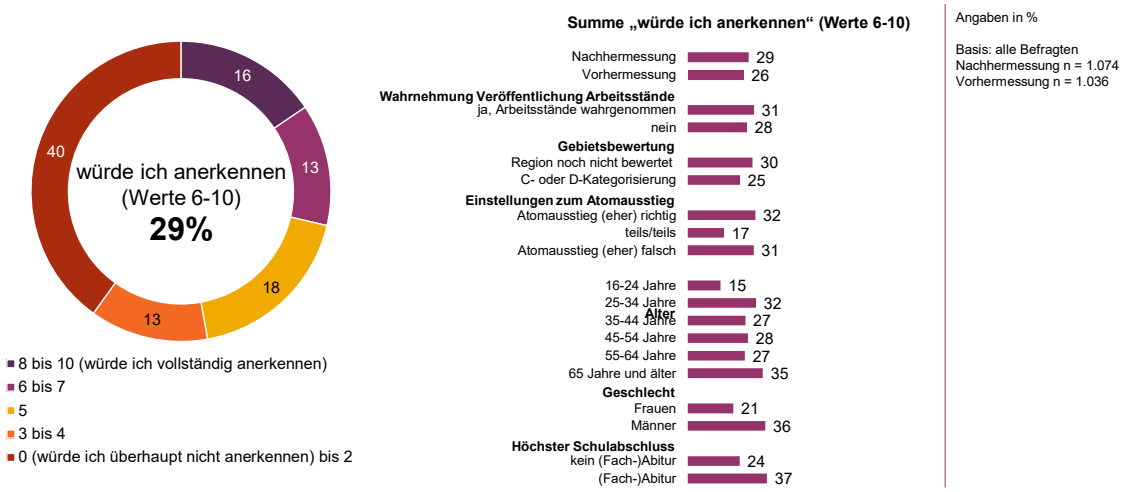


*Abbildung 41: Anerkennung des Wohnortes als Endlagerstandort I*

Wenn Ihr Wohnort als Endlagerstandort für hochradioaktive Abfälle in Frage käme, würden Sie das anerkennen oder nicht anerkennen?

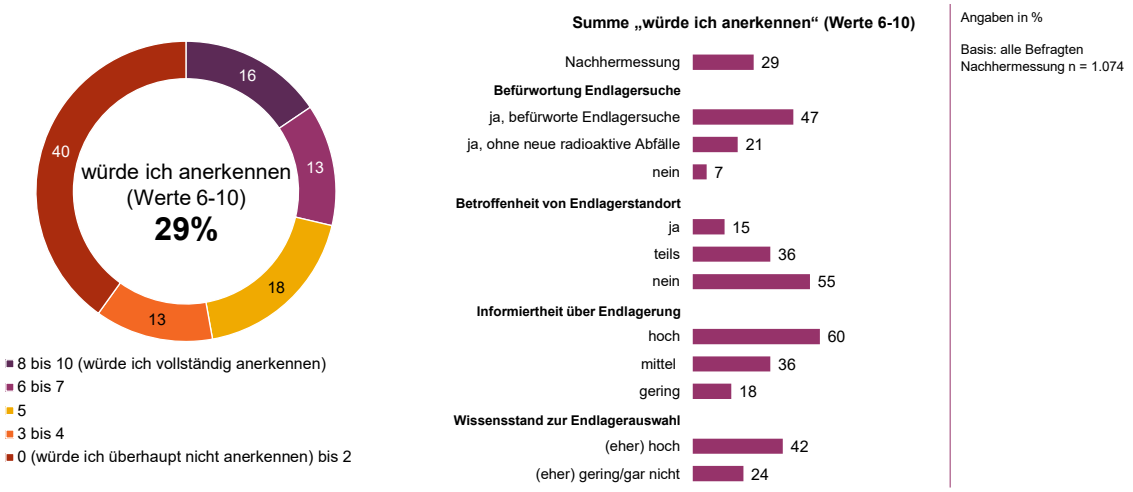


*Abbildung 42: Anerkennung des Wohnortes als Endlagerstandort II*

## 5.10.2 Infragekommen des Wohnorts als Endlagerstandort

Sowohl in der Erhebung vor Veröffentlichung der Arbeitsstände, als die Wohnorte aller Befragten als Standort in Frage kamen, als auch in der Erhebung nach der Veröffentlichung der Arbeitsstände, als einzelne Gebiete als gering oder ungeeignete Gebiete vorerst ausgeschlossen wurden, vermuten nur 5 Prozent der Befragten, dass ihr Wohnort als Endlagerstandort tatsächlich in Frage kommt, ganz sicher ist sich bei dieser Frage jedoch niemand. Über die Hälfte (54 %) geht davon aus, dass ihr Wohnort ganz sicher nicht in Frage kommt, weitere 41 Prozent glauben das „eher nicht“ (vgl. Abbildung 43).

Dass ihr Wohnort eher als Endlagerstandort in Frage kommt, vermuten am häufigsten Befragte mit hoher subjektiver Informiertheit über Endlagerung (12 %) und Befragte, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (11 %). Befragte aus Gebieten mit C- oder D-Klassifizierung gehen in der Nachhermessung tendenziell etwas seltener davon aus, dass ihr Wohnort als Standort in Frage kommt, als Befragte aus den übrigen Gebieten (4 % vs. 6 %; vgl. Abbildungen 43 und 44).

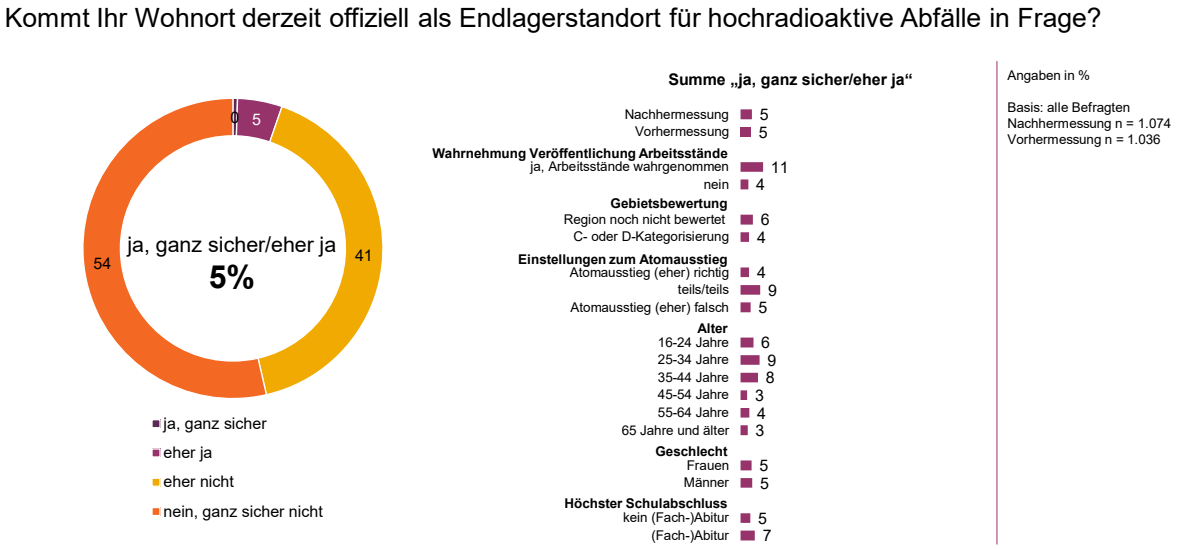


*Abbildung 43: Infragekommen des Wohnorts als Endlagerstandort I*

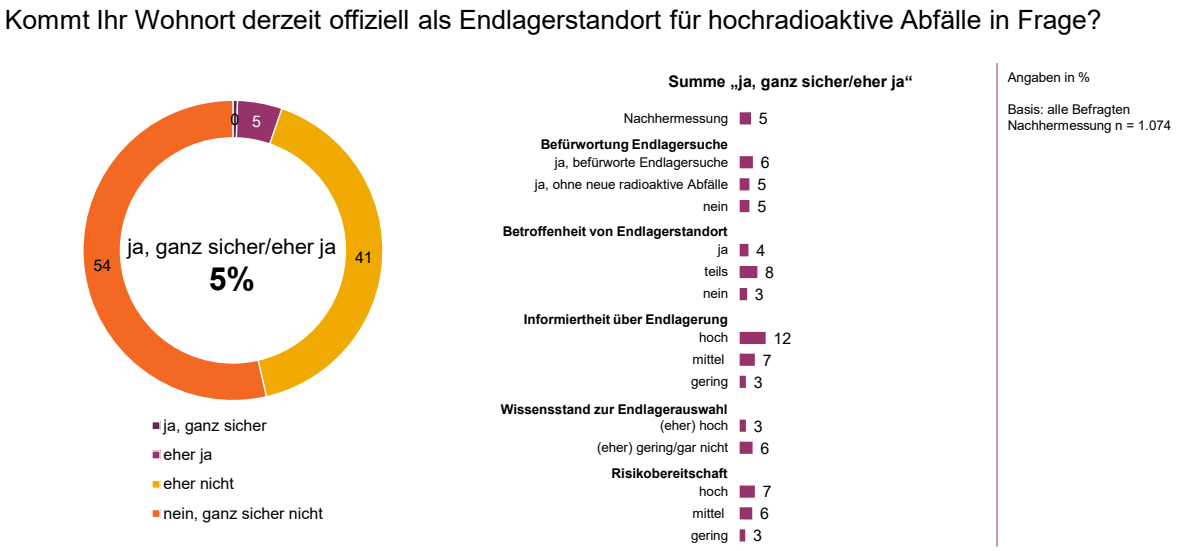


*Abbildung 44: Infragekommen des Wohnorts als Endlagerstandort II*

## 5.10.3 Persönliche Betroffenheit durch ein Endlager am Wohnort

59 Prozent der Befragten würden sich von einem Endlager an ihrem Wohnort persönlich betroffen fühlen: Auf einer Skala zwischen 0 (würde mich überhaupt nicht betreffen) und 10 (würde mich stark betreffen) wären 41 Prozent „stark betroffen“ (Skalenwert 8-10), weitere 18 Prozent wählen den

Skalenwert 6 oder 7. Ein Viertel (23 %) würde sich nicht betroffen fühlen (Werte 0-4), 18 Prozent äußern sich neutral (Wert 5; vgl. Abbildung 45).

Die Einstellung zum Atomausstieg hat einen Einfluss auf das Betroffenheitsgefühl: Wer diesen voll und ganz oder teilweise für richtig hält, würde sich eher von einem Endlager am Wohnort betroffen fühlen (68 %; 65 %: Werte 6-10) als diejenigen, die ihn für falsch halten (50 %).

Einen größeren Einfluss auf das Gefühl der Betroffenheit haben die Befürwortung der Endlagersuche und die Anerkennung des Wohnorts als Endlagerstandort: 80 Prozent der Gegner:innen der Endlagersuche und 75 Prozent derjenigen, die ihren Wohnort nicht als Standort anerkennen würden, würden sich betroffen fühlen. Bei denjenigen, die die Endlagersuche befürworten bzw. den Wohnort als Standort anerkennen würden, sind es nur 44 Prozent bzw. 30 Prozent. Die Unentschiedenen liegen jeweils dazwischen.

Frauen würden sich deutlich häufiger betroffen fühlen als Männer (66 % vs. 51 %).

Daneben zeigt sich ein Zusammenhang zur subjektiven Informiertheit über Endlagerung: Je besser die Befragten sich informiert fühlen, desto geringer ist das Betroffenheitsgefühl (hoch: 44 %, mittel: 58 %, gering: 63 %). Keinen nennenswerten Einfluss hat der Wissensstand zur Endlagerung.

Stellen Sie sich einmal vor, dass Ihr Wohnort Endlagerstandort wird. Wie sehr würde Sie ein Endlager an Ihrem Wohnort betreffen?

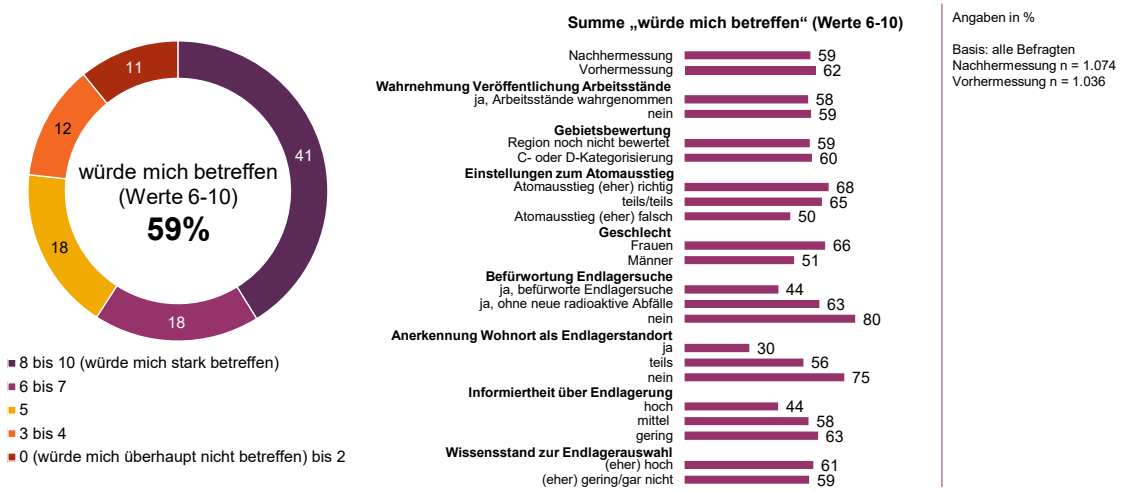


*Abbildung 45: Relevanz/Betroffenheit*

## 5.10.4 Auswirkungen auf den Wohnort

Auf die offen gestellte Frage nach Auswirkungen eines Endlagers auf den Wohnort fällt der Großteil der Nennungen negativ aus (Vorhermessung: 89 %, Nachhermessung: 90 %; Mehrfachnennungen waren möglich; vgl. Abbildung 46).

Dabei werden in beiden Messungen dieselben Befürchtungen in vergleichbarer Häufigkeit geäußert. An erster Stelle steht für die Befragten ein allgemeines Gefühl von Unsicherheit und Angst (Vorhermessung: 23 %, Nachhermessung: 20 %), gefolgt von Gesundheitsrisiken (14 %; 15 %) und der Sorge vor Strahlenbelastung/Radioaktivität (jeweils 11 %). Befürchtet werden auch sinkende Immobilienpreise oder Mieteinnahmen bzw. Schwierigkeiten beim Immobilienverkauf (11 %; 9 %), Verunreinigungen von Boden, (Trink-)Wasser oder Luft (9 %; 8 %) sowie Proteste, Demonstrationen und Polizeieinsätze vor Ort (7 %; 8 %). Sorgen machen sich die Befragten auch um den Verkehr oder Störungen durch Bauarbeiten (jeweils 6 %) und eine verminderte Attraktivität der Region bzw.

Abwanderung (jeweils 5 %). 4 Prozent der Befragten denken darüber nach, in diesem Fall selbst wegzuziehen (Vorhermessung: 5 %). In der Nachhermessung wird zusätzlich die allgemeine Sorge vor Unruhe und Unzufriedenheit der Bevölkerung vor Ort genannt (7 %).

Nur jede:r Zehnte nennt auch positive Auswirkungen eines Endlagers am Wohnort, am ehesten durch die Schaffung von Arbeitsplätzen (4 %).

Welche Auswirkungen, egal ob positiv oder negativ, hätte ein Endlager an Ihrem Wohnort?

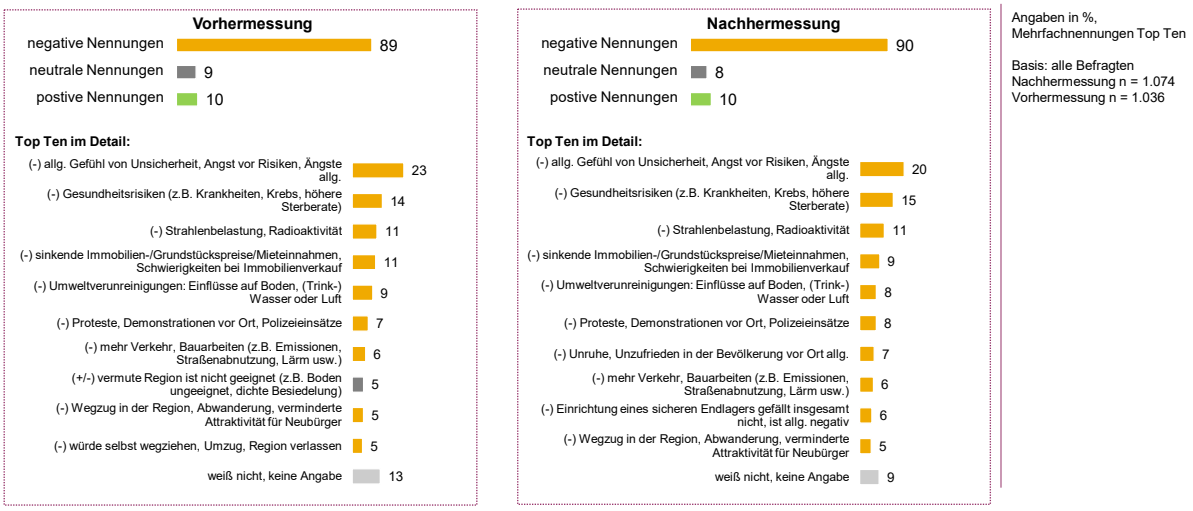


*Abbildung 46: Auswirkungen eines Endlagers am Wohnort*

Wer die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen hat, äußert etwas häufiger die Sorge vor Radioaktivität (16 % vs. 10 % in der Gruppe derer, die die Veröffentlichung nicht wahrgenommen haben) und etwas seltener die vor Gesundheitsrisiken (9 % vs.17 %).

Frauen machen sich deutlich mehr Sorgen um die Risiken als Männer: 27 Prozent äußern allgemeine Ängste (Männer: 14 %), 22 Prozent befürchten Krankheiten und eine höhere Sterberate (Männer: 8 %). Männer denken tendenziell eher als Frauen an sinkende Immobilienpreise und Abwanderung und Proteste vor Ort.

Im Altersvergleich machen sich über 55-Jährige die geringsten Sorgen um Gesundheitsrisiken (55-64 Jahre: 10 %, 65 Jahre und älter: 9 %). Die größten Bedenken äußern hier die 25- bis 34-Jährigen (28 %), gefolgt von den 16- bis 24-Jährigen und 45- bis 54-Jährigen (jeweils 19 %). Die jüngste Altersgruppe macht sich daneben auch mehr Sorgen um die Strahlen- (17 %) und Umweltbelastung (13 %) als die älteren Befragten, während drohende Proteste sie weniger beunruhigen (3 %). Die größte Sorge vor einem Wertverlust im Wohnungsmarkt machen sich die 35- bis 44-Jährigen (13 %) und die 55- bis 64-Jährigen (14 %).

Subjektiv schlecht zum Thema Endlagerung Informierte äußern häufiger als subjektiv gut Informierte allgemeine Sorgen (23 % vs. 13 %) und Sorgen vor Gesundheitsrisiken (20 % vs. 6 %).

Mehr Sorgen und Ängste vor Gesundheits- und Umweltrisiken durch Radioaktivität äußern Befragte, die den Atomausstieg für richtig halten, gegen die Endlagersuche sind, ihren Wohnort nicht als Endlagerstandort anerkennen würden oder sich von einem Endlagerstandort betroffen fühlen würden.

Keinen nennenswerten Einfluss auf die geäußerten Befürchtungen haben der Wissensstand zur Endlagerauswahl, die Risikobereitschaft und die Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen. (ohne Abbildung)

## 5.10.5 Präferierter Zeitraum für die Endlagersuche

71 Prozent der Befragten halten für die Auswahl eines Endlagerstandorts einen Zeitraum bis 2040 für akzeptabel, die Mehrheit wünscht sich schon früher Klarheit (bis 2030: 44 %). Einen Zeitraum nach 2040 und bis 2080 halten nur noch 12 Prozent für akzeptabel (vgl. Abbildung 47).

Für eine vergleichsweise rasche Entscheidung bis 2040 votieren überdurchschnittlich häufig Befragte, die die Endlagersuche uneingeschränkt befürworten (78 %), und leicht überdurchschnittlich auch diejenigen, die sie mit Einschränkungen befürworten oder die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (jeweils 75 %). Die geringste Zustimmung erhält die Suche bis 2040 bei den Gegner:innen der Endlagersuche (51 %).

Welche Zeitdauer bis zur Auswahl eines Standorts für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle finden Sie persönlich akzeptabel?

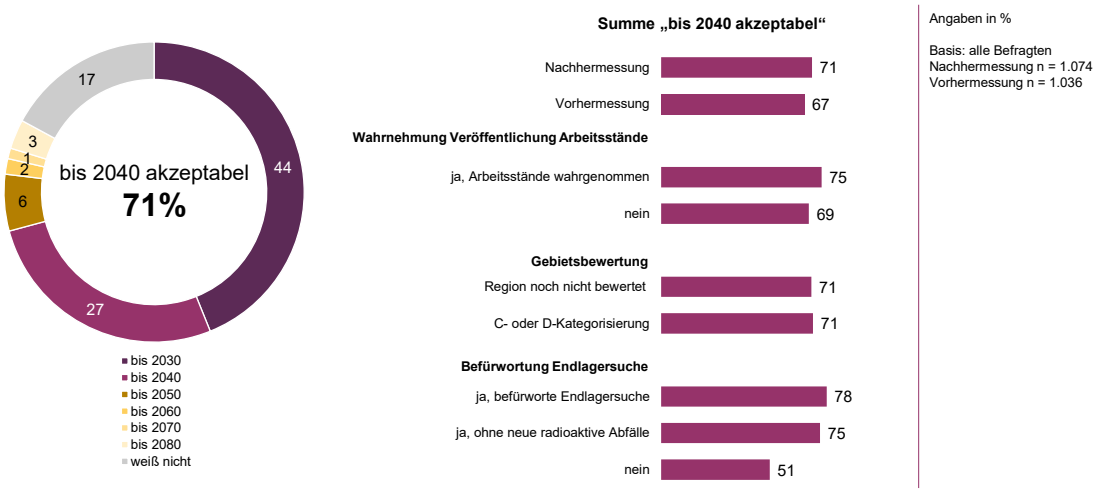


*Abbildung 47: Akzeptierter Zeitraum für Endlagersuche*

## 5.10.6 Beteiligungsabsicht

Ein Fünftel der Befragten hält es für (sehr) wahrscheinlich, sich persönlich am Entscheidungsprozess für ein Endlager zu beteiligen (Werte 6-10 auf einer Skala von 0=sehr unwahrscheinlich bis 10=sehr wahrscheinlich; vgl. Abbildung 48).

55 Prozent schließen das für sich aus (Werte 0-2), ein weiteres Viertel ordnet sich den Werten 3 bis 4 (eher unwahrscheinlich; 11 %) oder 5 (indifferent; 14 %) zu.

Die höchste persönliche Beteiligungsabsicht äußern subjektiv sehr gut Informierte zum Thema Endlagerung (34 %), Befragte mit hohen Fähigkeiten zur Ausführung politischer Handlungen (32 %) und Risikoaffine (26 %).

Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie sich persönlich am Entscheidungsprozess für ein Endlager in irgendeiner Form beteiligen?

*Abbildung 48: Beteiligungsabsicht*

## 5.10.7 Einfluss von Kompensationsleistungen auf die Einstellung zum Endlager

Ein gutes Viertel der Befragten (27 %: Werte 6-10 auf einer Skala von 0 bis 10) würde die Einrichtung eines Endlagers am Wohnort stärker befürworten, wenn es zum Ausgleich bestimmte Vorteile, Unterstützungen oder finanzielle Zuwendungen für die Region gäbe. 43 Prozent würden unter diesen Umständen die Einrichtung eines Endlagers jedoch eher ablehnen (Werte 0-4), 30 Prozent würden sich in ihrer Haltung hingegen nicht beeinflussen lassen (Wert 5; vgl. Abbildung 49).

Eine stärkere Befürwortung im Falle von Kompensationsleistungen äußern deutlich häufiger Männer als Frauen (35 % vs. 19 %) und Befragte mit (Fach-)Abitur als Befragte ohne Abitur (36 % vs. 23 %).

Am stärksten steigt die Befürwortung bei Befragten, die der Endlagersuche ohnehin positiv gegenüberstehen: Bei denjenigen, die ihren Wohnort als Standort anerkennen würden, sind es 49 Prozent, bei den Befürworter:innen der Standortsuche sind es 37 Prozent.

Befragte, die die Endlagersuche grundsätzlich ablehnen (12 %), ihren Wohnort nicht als Standort anerkennen würden (13 %), sich von einem Endlager am Wohnort betroffen fühlen würden (19 %), sich keine Fähigkeiten zu politischem Handeln zuschreiben (20 %) oder subjektiv wenig zum Thema Endlagerung informiert sind (22 %), würden die Einrichtung eines Endlagers am eigenen Wohnort nur selten mehr befürworten, wenn vor Ort Kompensationsleistungen erbracht würden.

Stellen Sie sich vor, dass die endgültige Endlagerregion zum Ausgleich möglicher Belastungen bestimmte Vorteile, Unterstützungen oder finanzielle Zuwendungen erhalten würde. Wie würde sich das auf Ihre persönliche Einstellung zu einem Endlager an Ihrem Wohnort auswirken?

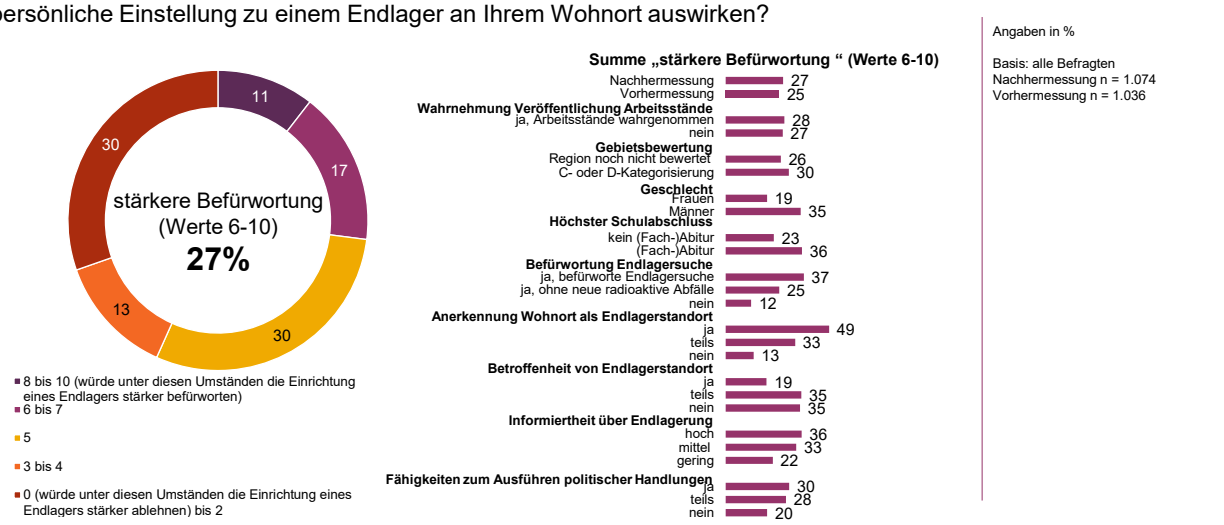


*Abbildung 49: Einfluss von Kompensationsleistungen auf persönliche Einstellung zum Endlager*

Unabhängig von der Haltung zu Kompensationsleistungen bzw. den Auswirkungen auf die stärkere Befürwortung oder Ablehnung zu einem Endlager am eigenen Wohnort wünschen sich die Befragten am häufigsten finanzielle Ausgleichszahlungen für alle betroffenen Haushalte (Vorhermessung: 54 %, Nachhermessung: 59 %), gefolgt von der Förderung der regionalen Infrastruktur (47 %; 48 %). Die Förderung von regionalen Entwicklungsprojekten stößt bei 37 Prozent (Vorhermessung) bzw. 41 Prozent (Nachhermessung) der Befragten auf Zustimmung. Für eine finanzielle Ausgleichszahlung an die Wohngemeinde votieren in der Vorhermessung 35 Prozent und in der Nachhermessung 42 Prozent (Mehrfachnennungen waren möglich; vgl. Abbildung 50).

Welche konkreten Ausgleichsleistungen würden Sie sich denn am ehesten wünschen?

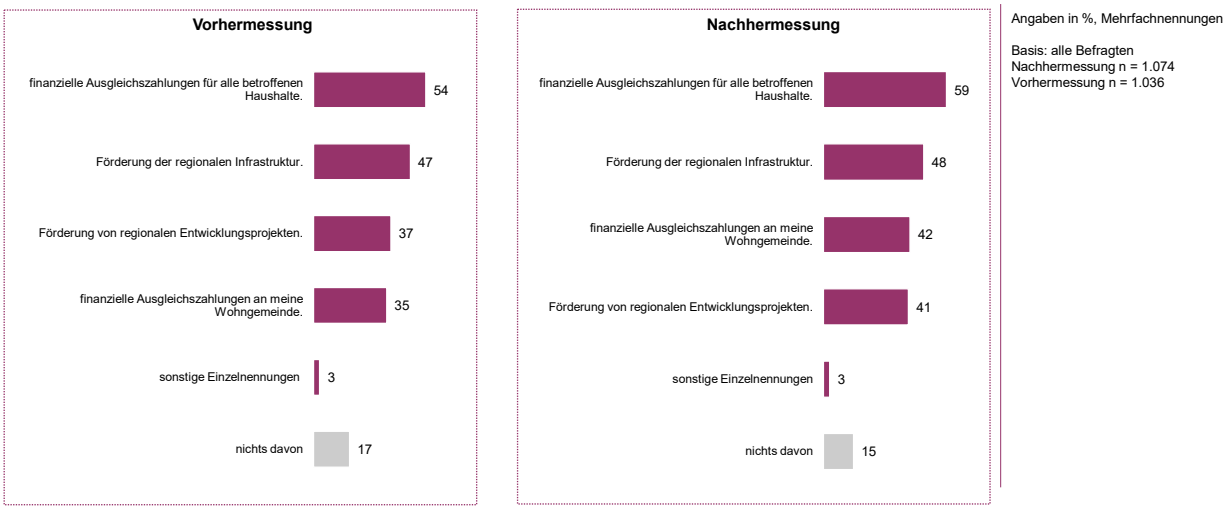


*Abbildung 50: Gewünschte konkrete Ausgleichsleistungen*

Befragte, die von der Veröffentlichung der Arbeitsstände Kenntnis genommen haben, stimmen den Vorschlägen – mit Ausnahme der Zahlungen an die betroffenen Haushalte (jeweils 59 %) – häufiger zu als diejenigen, die sie nicht wahrgenommen haben.

Die Zustimmung zu allen Ausgleichsleistungen sinkt mit dem Alter. Dies gilt insbesondere für finanzielle Zahlungen an die betroffenen Haushalte: Während dies für die große Mehrheit der Jüngeren attraktiv ist (16-24 Jahre: 71 %, 25-34 Jahre: 75 %), liegt sie bei den über 64-Jährigen nur bei 43 Prozent – diese Altersgruppe würde eine Förderung der Infrastruktur (47 %) individuellen Zahlungen vorziehen.

Frauen sprechen sich häufiger als Männer für Zahlungen an betroffene Haushalte als für eine finanzielle Unterstützung ihrer Region/Gemeinde aus (63 % vs. 55 %). Befragte mit (Fach-)Abitur stimmen häufiger für regionale/lokale Zahlungen als Befragte ohne Abitur (46 % vs. 40 %), möchten aber genauso wenig auf finanzielle Zuwendungen an die betroffenen Haushalte verzichten (61 % vs. 59 %).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass Befragte, die die Endlagersuche ablehnen oder den eigenen Wohnort nicht als Endlagerstandort anerkennen würden, sich deutlich häufiger für individuelle Zahlungen als für Investitionen ins Gemeinwohl aussprechen. Befragte mit schlechter subjektiver Informiertheit zur Endlagerung würden Zuwendungen an die Haushalte klar favorisieren – bei den subjektiv gut Informierten stehen sie hingegen auf dem letzten Platz (ohne Abbildung).

## 5.11 Beteiligung bei der Endlagersuche

### 5.11.1 Berücksichtigung persönlicher Interessen bei der Standortsuche

Die Befragten haben eher nicht das Gefühl, dass bei der Endlagersuche ausreichend Rücksicht auf ihre persönlichen Interessen genommen wird (vgl. Abbildung 51): Nur 13 Prozent sind (auf jeden Fall/eher) dieser Meinung. 63 Prozent glauben dies (eher) nicht, jedoch kann ein Viertel (24 %) diese Frage auch nicht beantworten.

Die mit Abstand höchste Berücksichtigung persönlicher Interessen nehmen Befragte wahr (auf jeden Fall/eher) mit hoher subjektiver Informiertheit über die Endlagerung (38 %), gefolgt von Befragten, die ihren Wohnort als Endlagerort anerkennen würden (27 %), die Veröffentlichung des Wissensstands wahrgenommen haben (24 %) oder sich zu politischem Handeln in der Lage sehen (22 %; vgl. Abbildungen 51 und 52). Befragte mit hoher subjektiver Informiertheit über die Endlagerung halten ihre Interessen häufiger für berücksichtigt, wenn sie die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (48 %) als wenn sie diese nicht wahrgenommen haben (37 %; ohne Abbildung).

Männer glauben dies eher als Frauen (16 % vs. 9 %) und Befragte mit (Fach-)Abitur häufiger als Befragte ohne Abitur (19 % vs. 10 %). Im Altersvergleich geht die jüngste Altersgruppe (16-24 Jahre) am häufigsten davon aus, dass ihre Interessen Berücksichtigung finden (19 %; Abbildung 51).

Die geringste Überzeugung, dass ihre Interessen Berücksichtigung finden, äußern Befragte, die die Endlagersuche ablehnen (5 %), subjektiv schlecht über die Endlagerung informiert sind (5 %), sich keine Fähigkeiten zu politischem Handeln zuschreiben (5 %) oder ihren Wohnort nicht als Endlagerstandort anerkennen würden (7 %; Abbildungen 51 und 52).

Denken Sie einmal an den aktuellen Prozess der Standortsuche für ein Endlager: Haben Sie das Gefühl, dass Ihre persönlichen Interessen dabei ausreichend berücksichtigt bzw. beachtet werden?

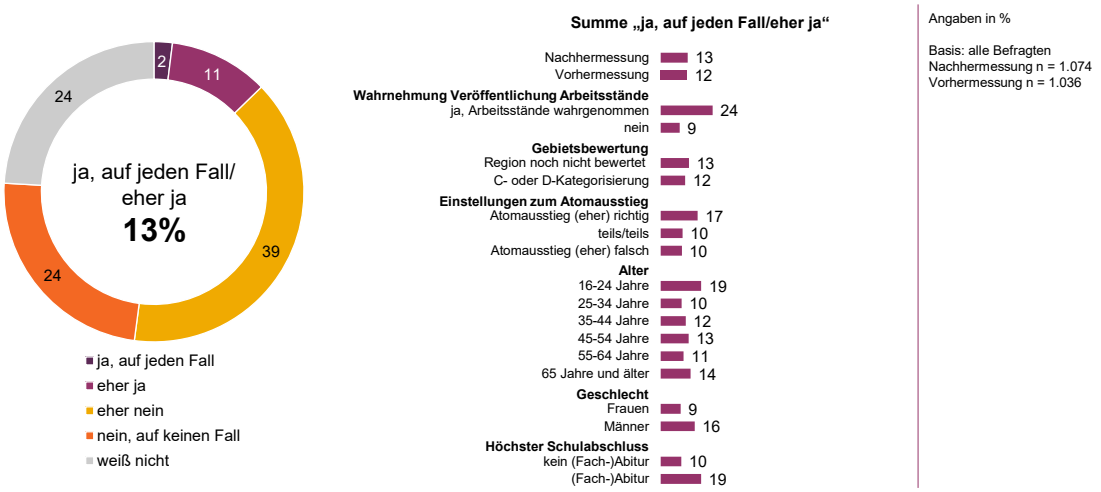


*Abbildung 51: Berücksichtigung persönlicher Interessen bei der Endlagersuche I*

Denken Sie einmal an den aktuellen Prozess der Standortsuche für ein Endlager: Haben Sie das Gefühl, dass Ihre persönlichen Interessen dabei ausreichend berücksichtigt bzw. beachtet werden?

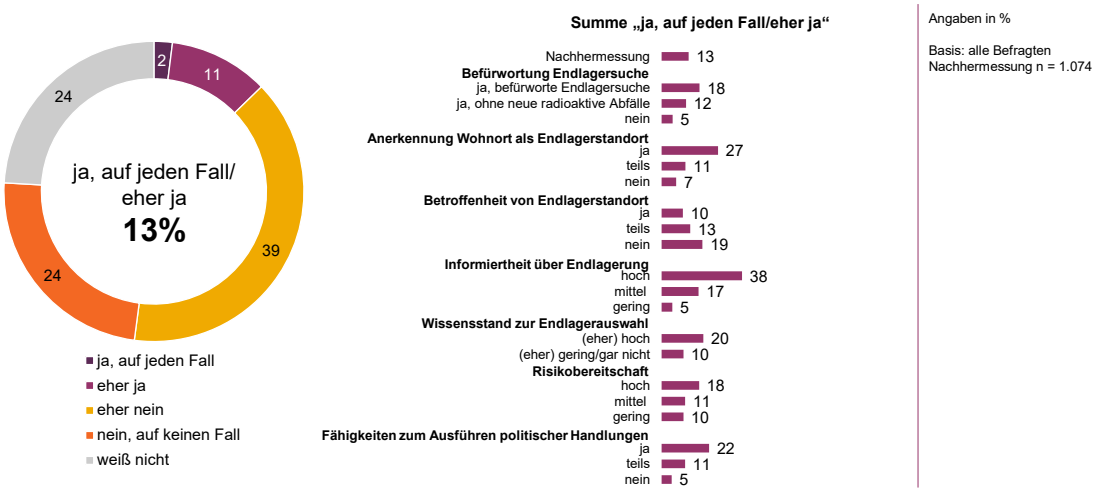


*Abbildung 52: Berücksichtigung persönlicher Interessen bei der Endlagersuche II*

Die Befragten, die ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt sehen, wurden in einer offenen Frage gebeten, ihre Meinung zu begründen (vgl. Abbildung 53). Nach Kategorisierung der Antworten zeigt sich, dass sie mit Abstand am häufigsten kritisieren, dass sie sich nicht involviert fühlen, etwa durch fehlende Bürgerentscheide (Vorhermessung: 26 %, Nachhermessung: 31 %). Daneben sind das Fehlen von Informationen und Aufklärung (Vorher: 14 %, Nachher: 11 %) und die allgemeine Überzeugung, dass die Regierung bzw. die Politik „sowieso macht, was sie will“ (Vorher: 16 %, Nachher: 11 %), die häufigsten Kritikpunkte.

Dass es beim Standortentscheid nicht um persönliche Interessen, sondern um das Gemeinwohl gehe, wird nur vereinzelt anerkannt (Vorher: 4 %, Nachher: 6 %).

Können Sie Ihre Meinung bitte kurz begründen?

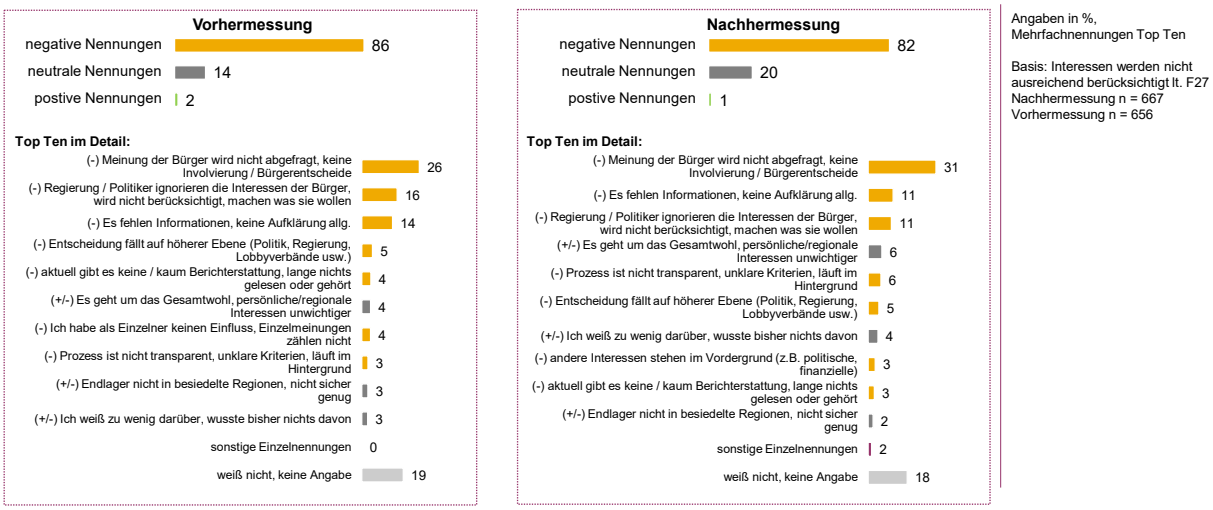


*Abbildung 53: Gründe für Nichtberücksichtigung persönlicher Interessen*

Dass die Bürger:innen zu wenig involviert werden, äußern vor allem mit der Interessensvertretung unzufriedene Befragte der Altersgruppe 45-54 Jahre (46 %), Befragte, die sich von einem Endlagerstandort vor Ort nicht betroffen fühlen würden (44 %), die ihre Fähigkeiten zur politischen Teilhabe als gering einschätzen (41 %) oder die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (36 %). Unterdurchschnittlich häufig äußern die 16- bis 24-Jährigen (15 %) diese Kritik.

Das Fehlen von Informationen und Aufklärung bemängeln am stärksten 55- bis 64-Jährige (19 %), am seltensten die 16- bis 24-Jährigen (3 %) und die subjektiv sehr gut Informierten zum Thema Endlagerung (1 %).

Dass die Regierung bzw. die Politik die Interessen der Bürger:innen grundsätzlich ignoriere, äußern am häufigsten die Ablehner:innen der Endlagersuche (18 %) und die 45- bis 54-Jährigen (16 %). Am seltensten sagen dies Befragte mit (Fach-)Abitur (5 %) und Befragte, die unentschieden sind, ob sie ihren Wohnort als Standort anerkennen würden (5 %).

Mangelnde Transparenz kritisieren vergleichsweise am häufigsten 35- bis 44-Jährige, Befürworter:innen der Endlagersuche und Befragte, die ihren Wohnort als Standort anerkennen würden (10 % bis 11 %) (ohne Abbildung).

## 5.11.2 Gewünschte Beteiligungs- und Informationsformate

Die am häufigsten gewünschten Beteiligungs- und Informationsformate im Zusammenhang mit der Standortsuche für hochradioaktive Abfälle sind Bürgerversammlungen vor Ort (Vorhermessung: 60 %, Nachhermessung: 63 %) und schriftliche Informationen per Broschüren, Newsletter oder Online (Vorher: 56 %, Nachher: 59 %; vgl. Abbildung 54).

Die weiteren vorgelegten Formate finden bei weniger als 30 Prozent Anklang. Vergleichsweise größer ist das Interesse an Konferenzen auf regionaler Ebene (Nachhermessung: 29 %) und Diskussionsbeiträgen in Sozialen Medien (27 %). Die Teilnahme an Demonstrationen oder die Mitgliedschaft in einem Bürgerrat kann sich rund jede:r Fünfte vorstellen (20 %). Auf das geringste Interesse stößt die Einrichtung einer Telefon-Hotline (12 %).

Welche der folgenden Möglichkeiten der Beteiligung oder Information würden Sie im Zusammenhang mit der Standortsuche für hochradioaktive Abfälle am ehesten nutzen?

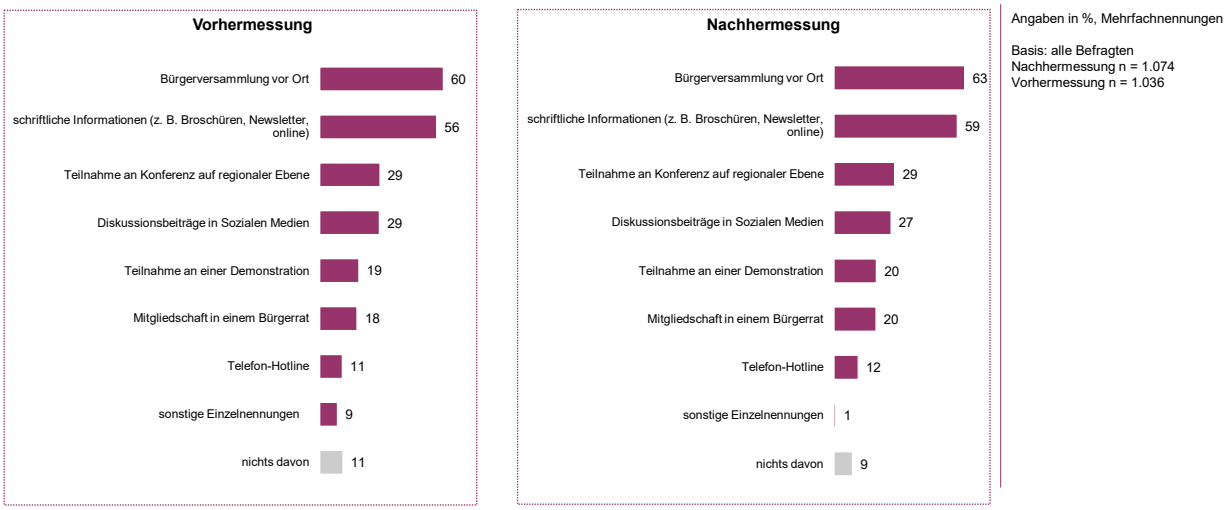


*Abbildung 54: Gewünschte Beteiligungs- und Informationsformate*

Das Interesse an Bürgerversammlungen vor Ort steigt mit dem Alter: Während 35 Prozent der 16- bis 24-Jährigen dieses Format nutzen würden, sagen dies 71 Prozent der über 64-Jährigen.

Am interessiertesten an Bürgerversammlungen sind auch Befragte mit hohem Wissensstand zur Endlagersuche (76 %), Befragte, die sich zu politischen Handlungen in der Lage fühlen (73 %), eine hohe subjektive Informiertheit zum Thema Endlagerung aufweisen (71 %) oder die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben (68 %) sowie Befragte, die der Endlagersuche positiv gegenüber stehen: Sie wünschen sich deutlich häufiger Bürgerversammlungen (Befürwortung der Endlagersuche: 70 %, Anerkennung des Wohnorts als Standort: 73 %) als diejenigen, die das nicht tun (Ablehnung der Endlagersuche: 54 %, Nichtanerkennung des Wohnorts als Standort: 55 %).

Eine Teilnahme an einer Demonstration können sich am ehesten auch Befürworter:innen des Atomausstiegs (28 %) und Befragte mit Fähigkeiten zu politischem Handeln (26 %) vorstellen sowie jeweils ein Viertel der Ablehner:innen der Endlagersuche oder des eigenen Wohnorts als Standort sowie Befragte mit (Fach-)Abitur.

Für regionale Konferenzen zeigen sich vor allem subjektiv gut Informierte und Befragte mit (Fach-)Abitur offen. An Diskussionen in den sozialen Medien sind vor allem 16- bis 24-Jährige (46 %) interessiert und Frauen eher als Männer (31 % vs. 23 %).

An einem Bürgerrat würden sich eher Befürworter:innen der Endlagersuche (24 %), subjektiv gut Informierte (Endlagerung: 28 %, Endlagerauswahl: 24 %) und eher Männer als Frauen beteiligen (24 % vs. 17 %). (ohne Abbildung)

## 5.12 Veröffentlichung „Arbeitsstände“ der BGE

### 5.12.1 Informiertheit zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024

Ein Viertel der Befragten (24 %), die im November – wenige Tage nach der Veröffentlichung – befragt wurden, hat von der Veröffentlichung der Arbeitsstände durch die BGE gelesen oder gehört. 9 Prozent haben sich zumindest ein wenig damit beschäftigt, 15 Prozent haben das Thema lediglich wahrgenommen (vgl. Abbildung 55).

Die Veröffentlichung wurde vor allem von subjektiv gut Informierten wahrgenommen, nämlich von 54 Prozent der Befragten mit hoher subjektiver Informiertheit über Endlagerung und 36 Prozent derer mit hohem Wissensstand zu den Standortauswahlverfahren. Zudem ist die Veröffentlichung überdurchschnittlich häufig bei über 65-Jährigen (35 %) und Befragten, die sich zu politischem Handeln in der Lage sehen (32 %), bekannt (vgl. Abbildungen 55 und 56).

Befragte, die nicht von einem Endlagerstandort betroffen sind (30 %), die in Regionen der C-/D-Kategorisierung leben, die Endlagersuche befürworten, sowie Männer (jeweils 29 %) haben leicht überdurchschnittlich häufig von der Veröffentlichung gehört oder gelesen.

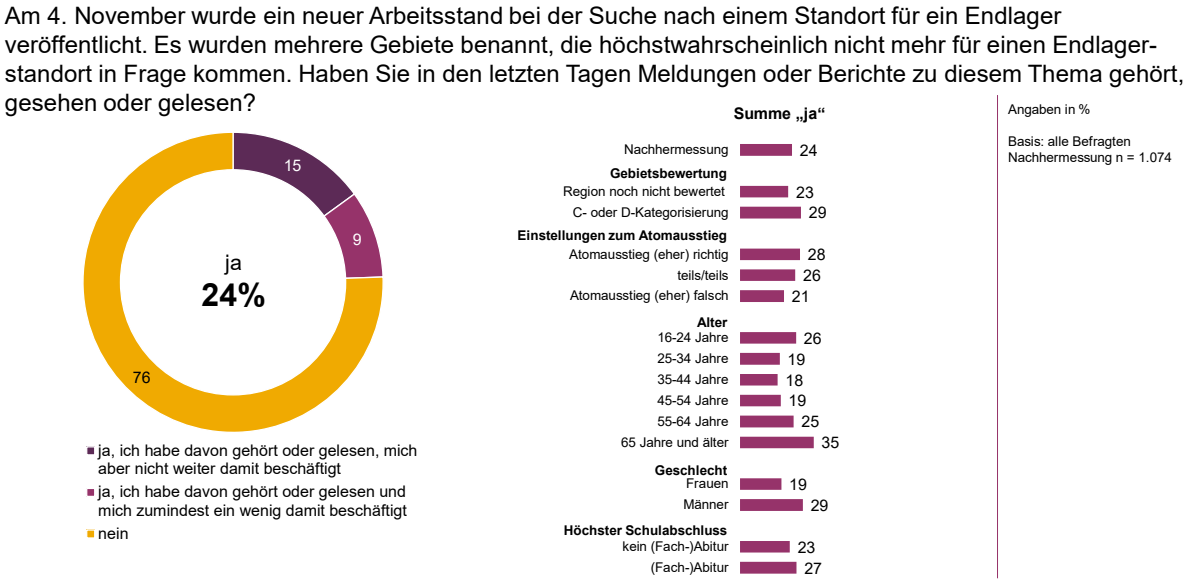


*Abbildung 55: Informiertheit zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024 I*

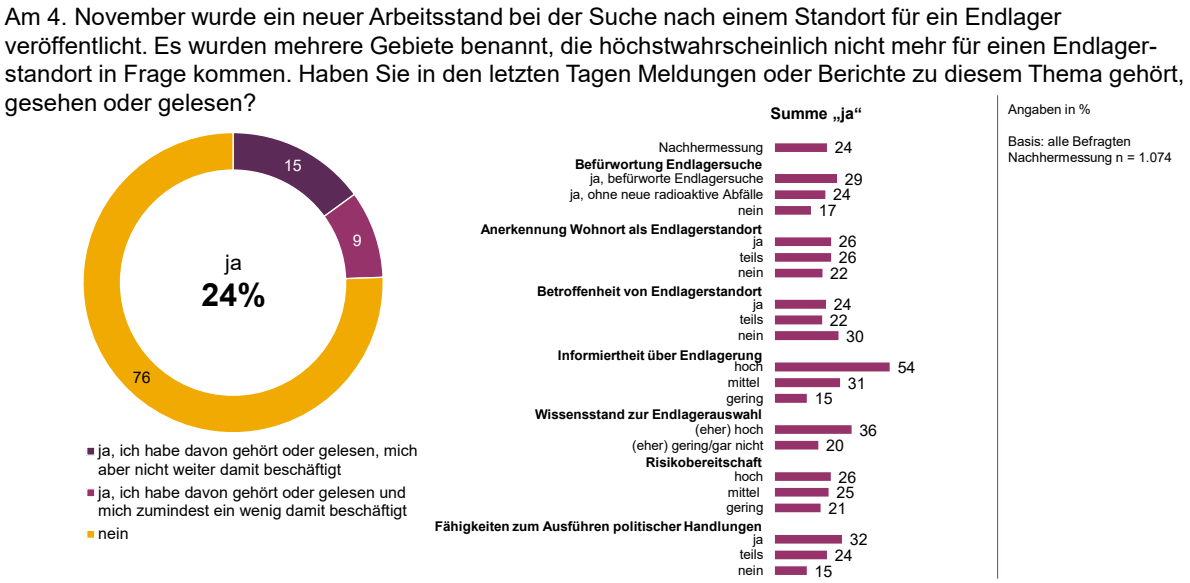


*Abbildung 56: Informiertheit zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024 II*

Hinzuweisen ist an dieser Stelle mit Blick auf die Fragestellung (Auswirkungen der Veröffentlichung der Arbeitsstände auf Einstellungen zur Endlagersuche), dass Selektionseffekte nicht auszuschließen sind.

Eine Korrelation zwischen Themeninteresse sowie Vorwissen und der Wahrnehmung einer Publikation bzw. Kommunikationsmaßnahme ist sehr wahrscheinlich. Dies ist in Umfragen immer wieder und unabhängig vom Thema zu beobachten. Insofern ist das Zurückführen von unterschiedlichen Werten bei Befragten auf die Wahrnehmung der Arbeitsstände erschwert, aber insbesondere bei Betrachtung von Teilgruppen nicht unmöglich, wenn man z. B. die Merkmale Wissensstand oder Informiertheit mit der Wahrnehmung der Veröffentlichung der Arbeitsstände kombiniert.

Ausgeschlossen werden können hingegen Selektionseffekte bei der Umfrageteilnahme, da die Teilnehmenden vor Beginn der Umfrage keine Kenntnis über das genaue Thema der Umfrage hatten und auch nicht nach Themeninteresse vorselektiert wurden. Ebenso wurde die soziale Erwünschtheit von Antworten dadurch vermieden, dass die Fragen neutral formuliert wurden. Im Rahmen von Online-Umfragen fällt der Effekt der sozialen Erwünschtheit zudem noch einmal niedriger aus, da die Fragen am Bildschirm und nicht einer interviewenden Person beantwortet werden.

In den folgenden Kapiteln ist die deutlich geringere Fallzahl zu beachten, da nur noch die Befragten betrachtet werden, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben. Die geringere Fallzahl führt zu einer höheren statistischen Schwankungsbreite der Ergebnisse (vgl. dazu auch Kapitel 8.6.3).

### 5.12.2 Informationskanäle zur Arbeitsstände-Veröffentlichung

Von der Veröffentlichung der Arbeitsstände haben die Befragten mit Abstand am häufigsten aus dem Fernsehen, dem Radio oder Zeitungen erfahren: Zwei Drittel (66 %) nennen diese Quellen. Insbesondere Befragte mit hohem Wissensstand zur Endlagerauswahl haben sich dort informiert (83 %; vgl. Abbildung 57).

Jede:r Vierte fand auf Nachrichtenseiten im Internet Informationen zu den Arbeitsständen, am häufigsten waren dies Befragte mit hoher subjektiver Informiertheit zum Thema Endlagerung (36 %), mit (eher) geringem Wissensstand zur Endlagersuche (31 %), aus Regionen der C-/D-Kategorisierung (30 %) sowie Ablehner:innen der Endlagersuche (30 %).

16 Prozent erfuhren in den sozialen Medien davon, 12 Prozent von Freund:innen/Bekannten.

6 Prozent bekamen Informationen von Umweltverbänden oder anderen Vereinen/Initiativen, 5 Prozent von öffentlichen Stellen vor Ort, jeweils 4 Prozent informierten sich auf den Webseiten von BGE und BASE, 2 Prozent auf der Webseite endlagersuche-infoplattform.de.

Wo genau haben Sie etwas von diesem Zwischenbericht „Arbeitsstände Teilgebiete“ gehört oder gelesen?

| | | Gebietsbewertung | | Befürwortung Endlagersuche | | | Informiertheit über Endlagerung | | | Wissensstand zur Endlagerauswahl | | Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | Region noch nicht bewertet | C- oder D-Kategorisierung | ja, befürworte Endlagersuche | ja, wenn keine neuen radioaktiven Abfälle | nein | hoch | mittel | gering | (eher) hoch | (eher) gering/gar nicht | ja | teils | nein |
| aus der Zeitung, dem Radio oder dem Fernsehen | 66 | 68 | 62 | 67 | 66 | 61 | 67 | 75 | 56 | 83 | 56 | 65 | 66 | 66 |
| von Nachrichtenseiten im Internet | 25 | 23 | 30 | 23 | 27 | 30 | 36 | 18 | 25 | 16 | 31 | 21 | 28 | 25 |
| aus den sozialen Medien | 16 | 16 | 14 | 14 | 19 | 13 | 10 | 19 | 16 | 10 | 19 | 18 | 16 | 7 |
| von Freunden oder Bekannten | 12 | 16 | 5 | 10 | 15 | 12 | 7 | 10 | 18 | 6 | 16 | 10 | 12 | 16 |
| von Umweltverbänden oder anderen Vereinen und Initiativen | 6 | 5 | 6 | 3 | 8 | 7 | 7 | 8 | 2 | 2 | 8 | 5 | 7 | 0 |
| von öffentlichen Stellen bei mir vor Ort (z. B. Kommune, Landesbehörden) | 5 | 6 | 4 | 7 | 3 | 5 | 3 | 6 | 6 | 2 | 7 | 6 | 4 | 8 |
| auf der Internetseite der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) | 4 | 4 | 3 | 4 | 4 | 0 | 8 | 3 | 1 | 0 | 5 | 2 | 5 | 0 |
| auf der Internetseite des Bundesamtes für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) | 4 | 3 | 4 | 6 | 1 | 2 | 5 | 3 | 3 | 2 | 5 | 2 | 5 | 2 |
| auf der Seite endlagersuche-infoplattform.de | 2 | 3 | 0 | 3 | 1 | 0 | 1 | 4 | 1 | 0 | 3 | 3 | 1 | 6 |
| Sonstiges | 1 | 2 | 0 | 3 | 0 | 0 | 4 | 0 | 0 | 3 | 0 | 2 | 1 | 0 |
| Weiß nicht / keine Angabe | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 | 0 |

Angaben in %, Mehrfachnennungen

Basis: Meldungen oder Berichte gehört, gesehen oder gelesen) Nachhermessung n = 285

*Abbildung 57: Informationskanäle zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024*

## 5.12.3 Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen

59 Prozent der Befragten, die Informationen zu den Arbeitsständen aus den Medien oder von öffentlichen Einrichtungen/Vereinen erhielten, beurteilen diese als informativ (voll und ganz: 18 %, eher: 41 %). Gut die Hälfte hält die Informationen für seriös (voll und ganz/eher: 54 %), glaubwürdig (53 %) und leicht verständlich (52 %; vgl. Abbildung 58).

Jeweils 40 Prozent haben einen guten Einblick in die Endlagersuche bekommen und erkennen angesichts der Veröffentlichung an, dass das Auswahlverfahren für ein Endlager transparent ist. 38 Prozent sind der Meinung, dass die Zuständigkeiten der institutionellen Akteure verständlich dargestellt wurden.

Ein Viertel der Befragten (25 %) sieht ihr Vertrauen in den Prozess der Endlagersuche gestärkt – ungefähr ebenso viele geben an, dass das Gegenteil der Fall sei (27 %), fast die Hälfte (47 %) äußert sich unentschieden.

Wie sehr treffen die folgenden Eigenschaften Ihrem Empfinden nach auf diese Informationen zu den Arbeitsständen zu oder nicht zu?

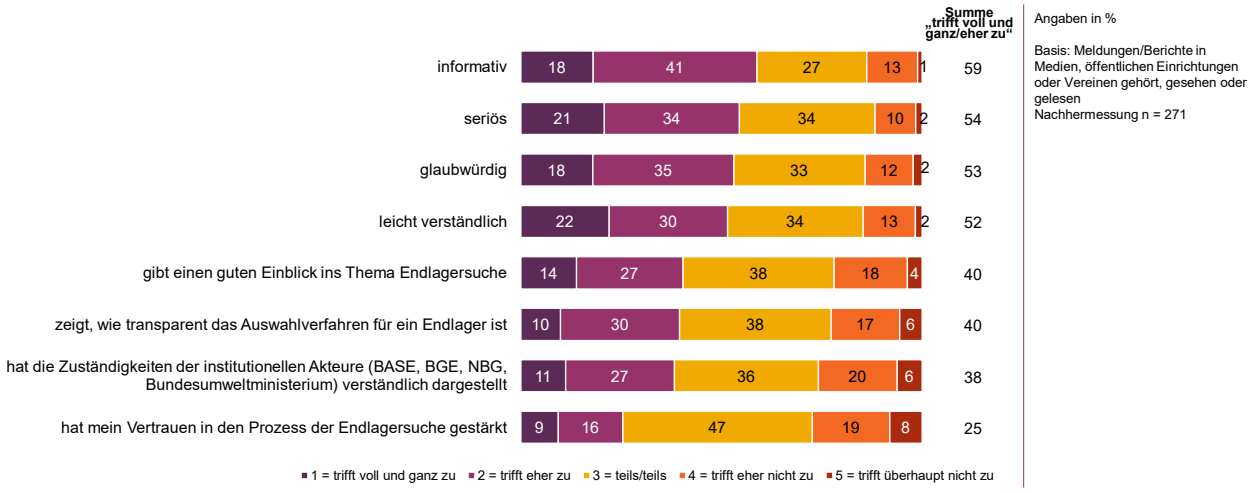


*Abbildung 58: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen*

Die Werte der Befragten aus Regionen der C-/D-Kategorien und noch nicht bewerteten Regionen liegen nahe beieinander (vgl. Abbildung 59); die größten Differenzen zeigen sich tendenziell bei den Aspekten „guter Einblick ins Thema Endlagersuche“ (C-/D-Kategorie: 34 % vs. noch nicht bewertet: 44 %) und „zeigt, wie transparent das Auswahlverfahren ist“ (35 % vs. 42 %).

Wie sehr treffen die folgenden Eigenschaften Ihrem Empfinden nach auf diese Informationen zu den Arbeitsständen zu oder nicht zu?

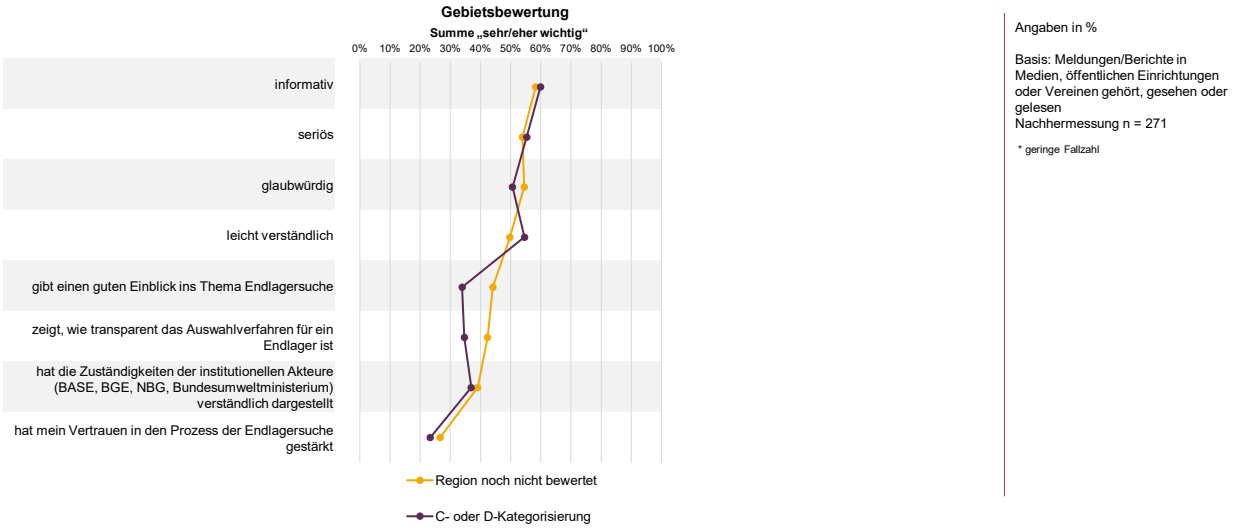


*Abbildung 59: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Gebietsbewertung)*

Befragte, die den Atomausstieg für richtig halten, beurteilen die Informationen durchweg besser als die Ablehner:innen des Atomausstiegs (vgl. Abbildung 60), insbesondere was ihre Seriosität (64 % vs. 44 %) und Glaubwürdigkeit (63 % vs. 44 %) angeht. Die Befragten, die hinsichtlich des Atomausstiegs unentschieden sind, liegen mit ihrer Beurteilung meist dazwischen, bewerten aber die Verständlichkeit

(58 %), den guten Einblick (47 %) und die Darstellung der Zuständigkeiten (46 %) in diesem Vergleich am positivsten.

Im Altersvergleich (vgl. Abbildung 60) schätzen die 35- bis 44-Jährigen die erhaltenen Informationen am positivsten ein, insbesondere den Aspekt „informativ“ (79 %). Überwiegend (leicht) unterdurchschnittliche Werte zeigen sich tendenziell bei den 25- bis 34-Jährigen sowie den 45- bis 64-Jährigen – mit zwei Ausnahmen: die 45- bis 54-Jährigen vergeben die in diesem Vergleich beste Bewertung für die Eigenschaft „glaubwürdig“ (62 %); für die 16- bis 24-Jährigen hat sich überdurchschnittlich häufig ihr Vertrauen in den Prozess der Endlagersuche erhöht (38 %) – im Gegensatz zu den 45- bis 55- und 55- bis 64-Jährigen, von denen das nur 10 Prozent bzw. 14 Prozent sagen.

Die jüngste Altersgruppe (16-24 Jahre) bewertet die Aspekte „informativ“ (73 %) und „guter Einblick“ (53 %) deutlich über dem Durchschnitt. Am schlechtesten schneiden bei ihnen im Altersvergleich die Glaubwürdigkeit (41 %) und insbesondere die Verständlichkeit (32 %) ab.

Die Antworten der über 64-Jährigen liegen im oder (leicht) über dem Durchschnitt, am besten bewerten sie die Eigenschaften „seriös“ (60 %) und „leicht verständlich“ (62 %).

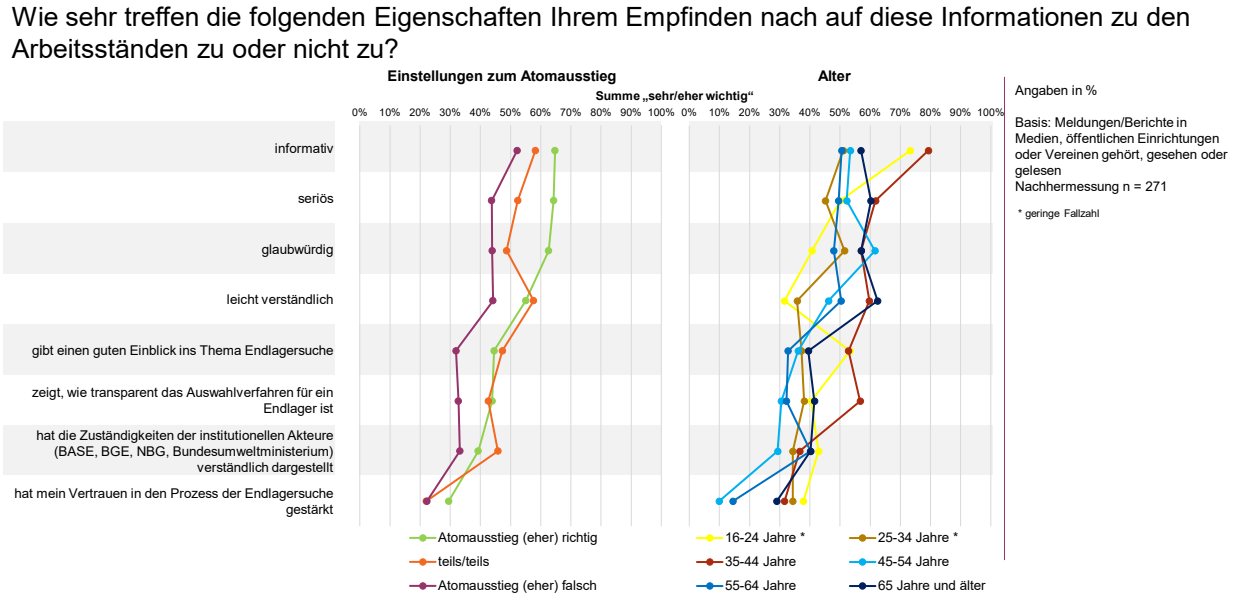


*Abbildung 60: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Einstellungen zum Atomausstieg/Alter)*

Im Geschlechtsvergleich liegen die Antworten bei vier Aspekten auseinander, denen Männer tendenziell etwas häufiger zustimmen (vgl. Abbildung 61): „guter Einblick ins Thema Endlagersuche“ (Männer: 44 % vs. Frauen 37 %), „zeigt, wie transparent das Auswahlverfahren ist“ (43 % vs. 35 %), „hat die Zuständigkeiten verständlich dargestellt“ (42 % vs. 33 %) und „hat mein Vertrauen in den Prozess der Endlagersuche gestärkt“ (29 % vs. 21 %).

Befragte mit (Fach-)Abitur beurteilen die Seriosität (63 %) und Glaubwürdigkeit (59 %) tendenziell positiver als Befragte ohne höheren Schulabschluss (jeweils 50 %), die hingegen mit dem guten Einblick (45 %) und der Transparenz (44 %) häufiger zufrieden sind als Befragte mit (Fach-)Abitur (32 %, 33 %; vgl. Abbildung 61).

Wie sehr treffen die folgenden Eigenschaften Ihrem Empfinden nach auf diese Informationen zu den Arbeitsständen zu oder nicht zu?

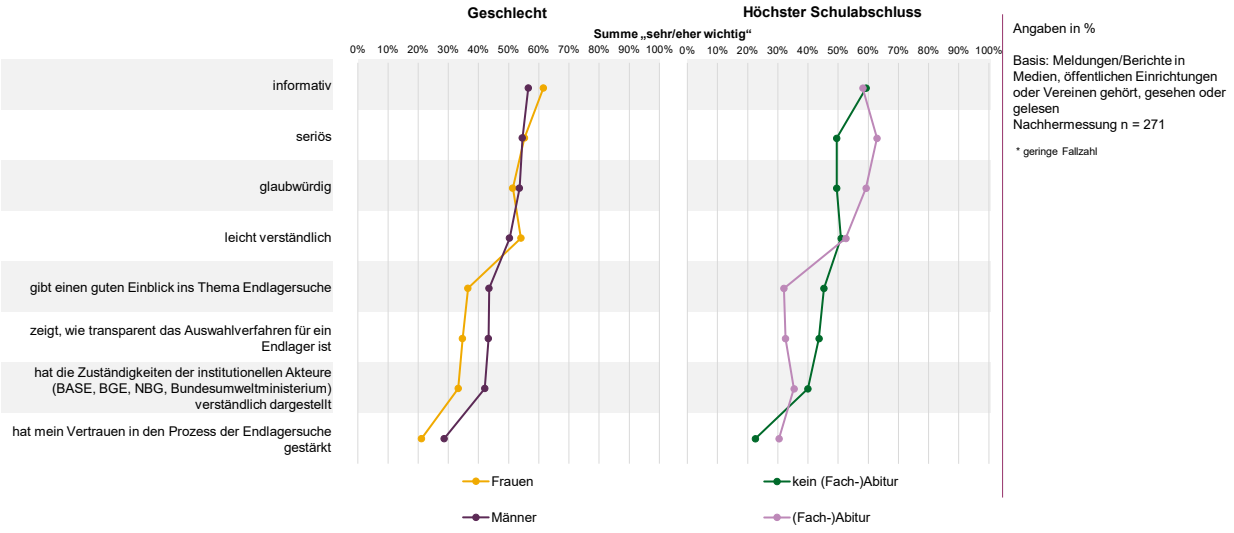


*Abbildung 61: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Geschlecht/Höchster Schulabschluss)*

Ablehner:innen der Endlagersuche beurteilen die erhaltenen Informationen erheblich seltener positiv als die – überwiegend im Durchschnitt liegenden – Unentschiedenen und die überdurchschnittlich zufriedenen Befürworter:innen (vgl. Abbildung 62). Am stärksten zeigt sich ihre kritische Einstellung bei ihrer Einschätzung der Glaubwürdigkeit (29 %), Seriosität (24 %), Verständlichkeit (23 %) und der Nachvollziehbarkeit der Zuständigkeiten (12 %).

Der Grad der subjektiven Informiertheit zum Thema Endlagerung hat einen hohen Einfluss auf die Beurteilung der erhaltenen Informationen zu den Arbeitsständen (vgl. Abbildung 62): Befragte mit hoher subjektiver Informiertheit vergeben fast durchweg weit überdurchschnittliche Werte, lediglich ihre Einschätzung der Glaubwürdigkeit liegt im Durchschnitt. Die Werte der Befragten mit mittlerer subjektiver Informiertheit bewegen sich im oder über dem Durchschnitt, mit Ausnahme der Nachvollziehbarkeit der Zuständigkeiten, die leicht darunter liegt (33 %). Die geringsten Zustimmungswerte vergeben Befragte mit geringem Vorwissen, am stärksten unter dem Durchschnitt liegen ihre Bewertungen der Eigenschaften „transparent“ (22 %) und „informativ“ (45 %).

Wie sehr treffen die folgenden Eigenschaften Ihrem Empfinden nach auf diese Informationen zu den Arbeitsständen zu oder nicht zu?

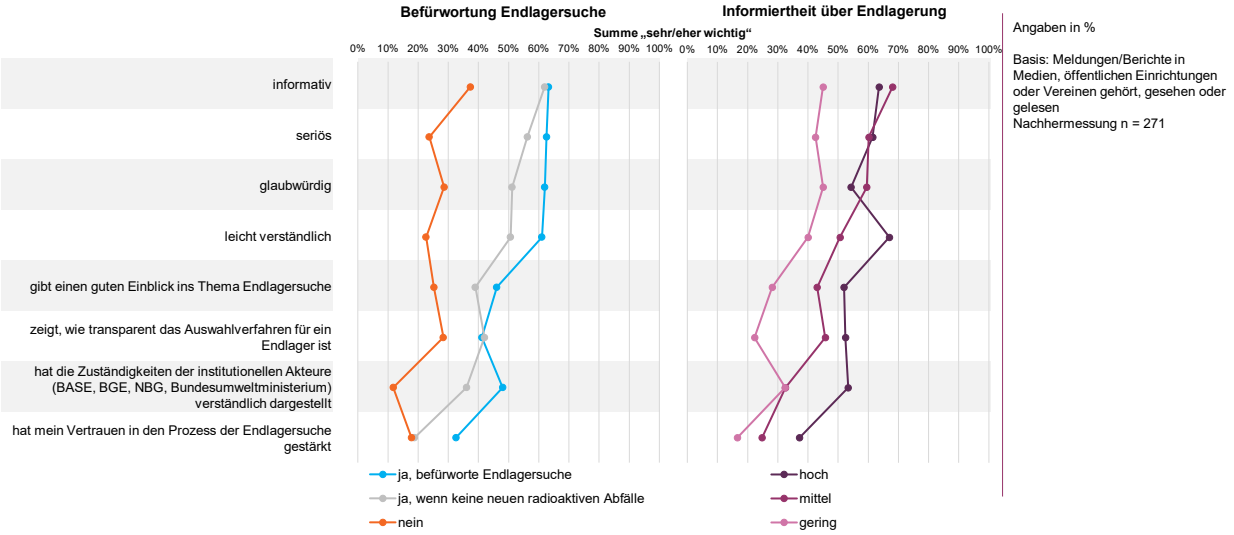


*Abbildung 62: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Befürwortung Endlagersuche/Informiertheit über Endlagerung)*

Auch der Wissensstand zur Endlagersuche hat einen Einfluss auf die Bewertung (vgl. Abbildung 63). Befragte mit (eher) hohem Wissensstand stimmen fast allen Aussagen zu den erhaltenen Informationen zu den Arbeitsständen überdurchschnittlich häufig zu, bei denjenigen mit (eher) geringem Wissensstand liegen die Werte unter dem Durchschnitt. Die größten Differenzen zeigen sich bei der Einschätzung der Seriosität (Wissensstand hoch: 72 % vs. gering: 43 %) und Glaubwürdigkeit (69 % vs. 43 %). Lediglich bei der Bewertung des Aspekts „gibt einen guten Einblick“ liegen beide Teilgruppen gleichauf.

Ein ähnlicher Zusammenhang zeigt sich bei der Einschätzung der politischen Selbstwirksamkeit (vgl. Abbildung 63): Befragte, die sich hohe Fähigkeiten zum Ausführen von politischen Handlungen zuschreiben, schätzen alle vorgelegten Eigenschaften überdurchschnittlich positiv ein, insbesondere die Glaubwürdigkeit (72 %), Seriosität (71 %) und Transparenz (54 %). Diejenigen, die nicht über diese Fähigkeiten verfügen, beurteilen die Informationen unterdurchschnittlich häufig positiv, am stärksten bei den Eigenschaften „seriös“ (38 %), „glaubwürdig“ (37 %) und „leicht verständlich“ (36 %). Die Werte der Befragten, deren Selbsteinschätzung dazwischen liegt, bewegen sich entweder im Durchschnitt oder darunter, vor allem bei den Eigenschaften „glaubwürdig“ (45 %) und „transparent“ (34 %).

Wie sehr treffen die folgenden Eigenschaften Ihrem Empfinden nach auf diese Informationen zu den Arbeitsständen zu oder nicht zu?

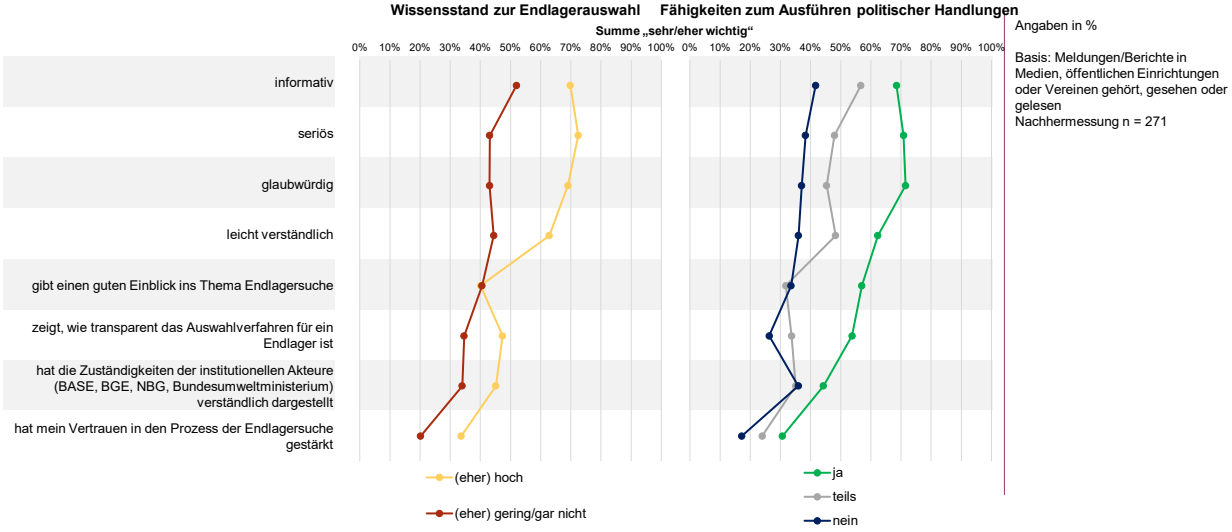


*Abbildung 63: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Wissensstand zur Endlagerauswahl/Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen)*

Nach (weiteren) gewünschten Informationen gefragt, nennen die Befragten, die aus Medienberichten oder von öffentlichen Einrichtungen/Vereinen von der Veröffentlichung der Arbeitsstände gehört haben, am häufigsten allgemein mehr bzw. konkretere Informationen und eine größere Transparenz (21 %; vgl. Abbildung 64).

Die häufigsten weiteren Antworten auf diese offene Frage sind: Eine Übersicht über alle möglichen Standorte und die Betroffenheit des eigenen Standorts (7 %), Informationen über den Entscheidungsprozess/Kriterien der Standortbestimmung (6 %) und Informationen über das Vorgehen bei Transport und Endlagerung (4 %). Gewünscht werden außerdem Informationen zu Risiken, zur Sicherheit und zu potenziellen Folgen für die Region und Infrastruktur und eine Vorstellung des Zeitplans und weiteren Vorgehens.

Welche (weiteren) Informationen hätten Sie sich zu dieser Veröffentlichung gewünscht?

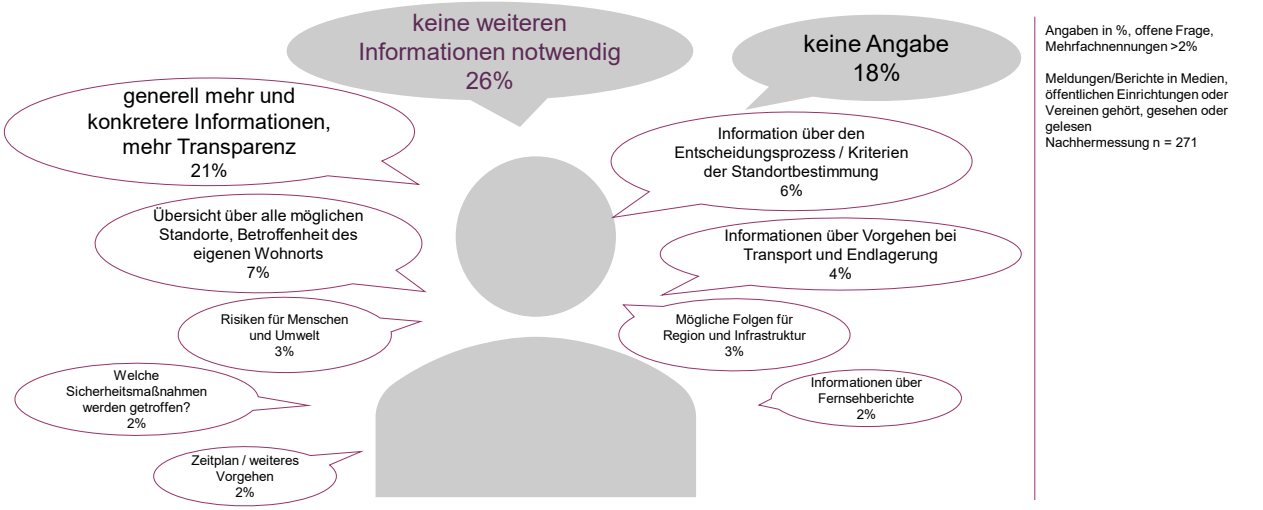


*Abbildung 64: Gewünschte (weitere) Informationen*

# 6 Fazit

Die BGE-Veröffentlichung der Arbeitsstände hat im Vorher-Nachher-Vergleich der Gesamtstichproben insgesamt bei den Befragten nur geringfügige Wirkung im Hinblick auf Einstellungen und Akzeptanz gezeigt, was aber auch an dem geringen Anteil (unter 10 %) derer liegt, die sich mit der Berichterstattung näher beschäftigt haben. Befragte, die die Berichterstattung wahrgenommen haben, halten sich jedoch im Hinblick auf die Endlagersuche überdurchschnittlich häufig für gut informiert und befürworten den Prozess der Endlagersuche eher.

So verfügen Befragte, die die Berichterstattung zur Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben, tendenziell über einen höheren Wissensstand zum Thema Endlagersuche und können damit realistischer die Möglichkeit einschätzen, ob der eigene Wohnort als Endlagerstandort in Frage kommt.

Dies lässt vermuten, dass regelmäßige Einblicke in den Prozess der Standortsuche auch die Anerkennung des eigenen Wohnorts als Endlagerstandort fördern könnten, da Befragte mit hoher Themenkenntnis eher anerkennen, wenn ihr Wohnort als Endlagerstandort ausgewählt würde - und ebendiese Befragten auch die Veröffentlichung von Arbeitsständen häufiger zur Kenntnis nehmen.

Das Gefühl, dass bei der Standortauswahl die eigenen Interessen berücksichtigt werden, wird bei Kenntnis der Berichterstattung verstärkt. Hingegen steht die Wahrnehmung der Berichterstattung über die Arbeitsstände bei Befragten in den Gebieten mit C- / D-Kategorisierung, deren Wohnort also voraussichtlich als Standort nicht mehr in Frage kommt, nur selten in Zusammenhang mit Einstellungen zum Thema Endlagerstandort und Standortwahl. Dies dürfte vor allem auch darauf zurückzuführen sein, dass die Befragten oftmals keine Kenntnis davon erhalten haben, dass ihr Wohnort vorerst für die Standortsuche nicht weiter untersucht wird.

Eine große Mehrheit der Befragten hält eine Dauer für die Standortentscheidung nur bis zum Jahr 2040 für akzeptabel. Viele äußern spontan das Gefühl, dass sie zu wenig informiert werden und das Verfahren intransparent sei. Insofern scheinen die Bewohner:innen in den potenziellen Standortregionen teils verunsichert zu sein und auf eine Entscheidung zu warten. Einige Befragte könnten das Verfahren als eine „Blackbox“ empfinden, aus der gelegentlich (z. B. in Form der BGE-Veröffentlichung) Informationen gegeben werden. Für die Verfahrensakteure bietet es sich daher an, ihre Präsenz vor Ort vor dem Hintergrund der kommenden regionalen Eingrenzung auf dem Weg zu den Regionalkonferenzen zu verstärken. Dies trägt auch dazu bei, ein Verständnis dafür zu gewinnen, welche Maßnahmen dazu beitragen, dass die Bevölkerung vor Ort ihre Interessen stärker berücksichtigt sieht. Darüber hinaus können insbesondere schriftliche Informationen den Bürger:innen den komplexen Prozess der Endlagersuche näherbringen. Die Maßnahmen könnten Sorgen und Ängste vor befürchteten Risiken abbauen und das Vertrauen der Bürger:innen in das Verfahren und seine Akteure erhöhen.

Zu offensives Inaussichtstellen eines Ausgleichs in Form von Vorteilen, Unterstützungen oder finanziellen Zuwendungen für Belastungen im Fall, dass die eigene Region Endlagerstandort wird, könnte möglicherweise zu Reaktanz und einem Gefühl der „Käuflichkeit“ von Zustimmung bzw. Akzeptanz führen, und zwar vor allem bei denen, die eine Endlagersuche grundsätzlich ablehnen, aber auch bei denen, die sie nur begrüßen, wenn keine neuen radioaktiven Abfälle mehr hinzukommen. Damit kommt einer partizipativ gestalteten Regionalentwicklung im Rahmen der Regionalkonferenzen eine große Bedeutung zu.

Sofern die Berichterstattung zu den Arbeitsständen wahrgenommen wird, wird sie weitgehend positiv aufgenommen. Dennoch lässt sich aus den vorliegenden Daten ein Bedürfnis nach niederschwelligen Beteiligungsangeboten und umfassender, transparenter Information ableiten. Diese kann die Bevölkerung am besten dort erreichen, wo sie sich zu lokalen und überregionalen Themen informiert: im Radio, im öffentlich-rechtlichen Fernsehen sowie auf Internet-Nachrichtenwebsites und in sozialen Medien.

# 7 Soziodemografie

## 7.1 Nachhermessung

Die Befragten in der Nachhermessung (vgl. Abbildungen 65 und 66) sind jeweils etwa zur Hälfte weiblich (51 %) und männlich (49 %; divers: 0,4 Prozent) und verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf die Altersgruppen 16-39 Jahre (32 %), 40-59 Jahre (33 %) und 60 Jahre und älter (35 %).

Den Schulabschluss (Fach-)Abitur haben 33 Prozent, 54 Prozent haben die Mittlere Reife/POS/10.Klasse, 13 Prozent haben einen Hauptschulabschluss bzw. besuchten bis zur 8. oder 9. Klasse die Schule.

Etwa die Hälfte (49 %) arbeitet als (Fach-)Arbeiter:in, 33 Prozent haben einen Studienabschluss oder eine Promotion, 7 Prozent einen Abschluss als Meister und 11 Prozent (noch) nichts davon.

57 Prozent der Befragten sind berufstätig, 28 Prozent in Rente/Pension, 8 Prozent sind aktuell nicht berufstätig, erwerbslos oder in der Elternpause und 7 Prozent befinden sich in der Ausbildung, im Studium oder gehen noch zur Schule.

Rund drei Viertel (73 %) leben in den alten Bundesländern oder in den westlichen Bezirken Berlins, 27 Prozent in den neuen Bundesländern und im früheren Ost-Berlin.

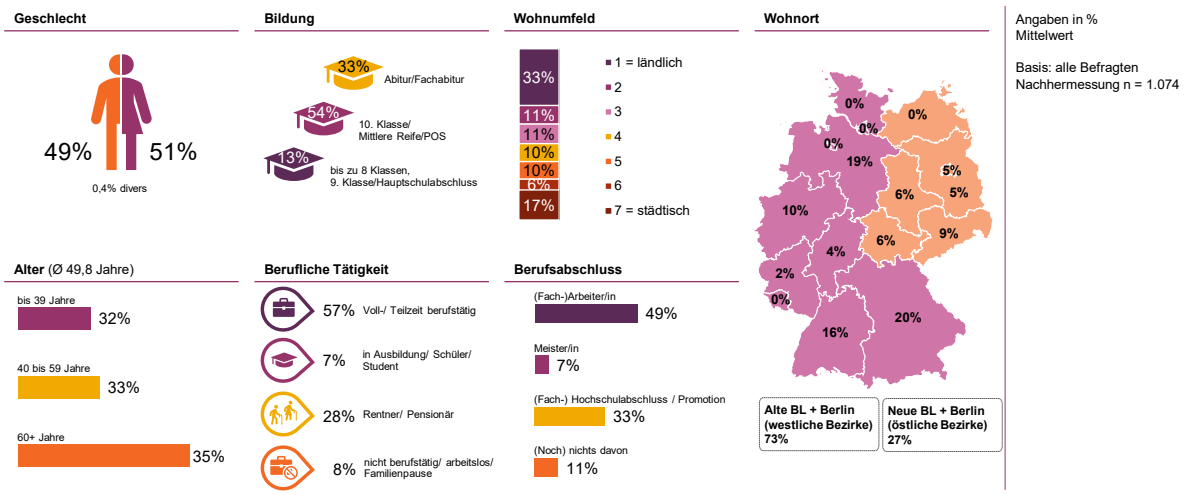


*Abbildung 65: Soziodemografie Nachhermessung I*

61 Prozent der Befragten leben mit Partner:in im Haushalt (verheiratet: 44 %, unverheiratet: 15 %, geschieden/getrennt lebend/verwitwet: 3 %). 39 Prozent leben ohne Partner:in im Haushalt, davon 25 Prozent ledig und 14 Prozent geschieden/getrennt/verwitwet.

Ein Viertel lebt alleine, zu zweit leben 40 Prozent, in 35 Prozent der Haushalte wohnen drei oder mehr Personen. In etwa jedem vierten Haushalt (23 %) lebt mindestens ein Kind unter 16 Jahren.

Eine Migrationsgeschichte haben 9 Prozent der Befragten.

Das Haushaltsnettoeinkommen liegt bei 46 Prozent der Befragten zwischen 2.000 Euro und unter 4.000 Euro, bei 26 Prozent liegt es darunter, bei 28 Prozent darüber.

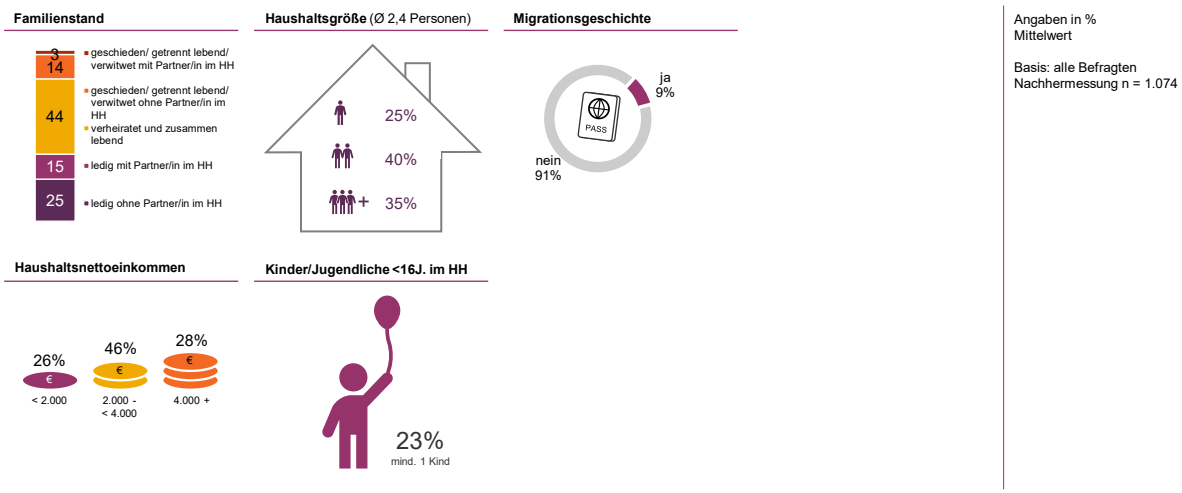


*Abbildung 66: Soziodemografie Nachhermessung II*

## 7.2 Vorhermessung

In der Vorhermessung (vgl. Abbildungen 67 und 68) sind die Befragten jeweils etwa zur Hälfte weiblich (51 %) und männlich (49 %; divers: 0,2 Prozent) und verteilen sich zu etwa gleichen Teilen auf die Altersgruppen 16-39 Jahre (32 %), 40-59 Jahre (33 %) und 60 Jahre und älter (35 %).

Den Schulabschluss (Fach-)Abitur haben 33 Prozent, 49 Prozent haben die Mittlere Reife/POS/10.Klasse, 18 Prozent haben einen Hauptschulabschluss bzw. besuchten bis zur 8. oder 9. Klasse die Schule.

Knapp die Hälfte (48 %) arbeitet als (Fach-)Arbeiterin, 34 Prozent haben einen Studienabschluss oder eine Promotion, 9 Prozent einen Meisterabschluss und 8 Prozent (noch) nichts davon.

Voll oder teilweise berufstätig sind 56 Prozent der Befragten, 29 Prozent sind in Rente/Pension, 9 Prozent sind aktuell nicht berufstätig, erwerbslos oder in Elternpause und 7 Prozent gehen zur Schule oder befinden sich in der Ausbildung/im Studium.

In den alten Bundesländern und den westlichen Bezirken Berlins leben drei Viertel (74 %), in den neuen Bundesländern und den Bezirken des früheren Ost-Berlins leben 26 Prozent der Befragten.

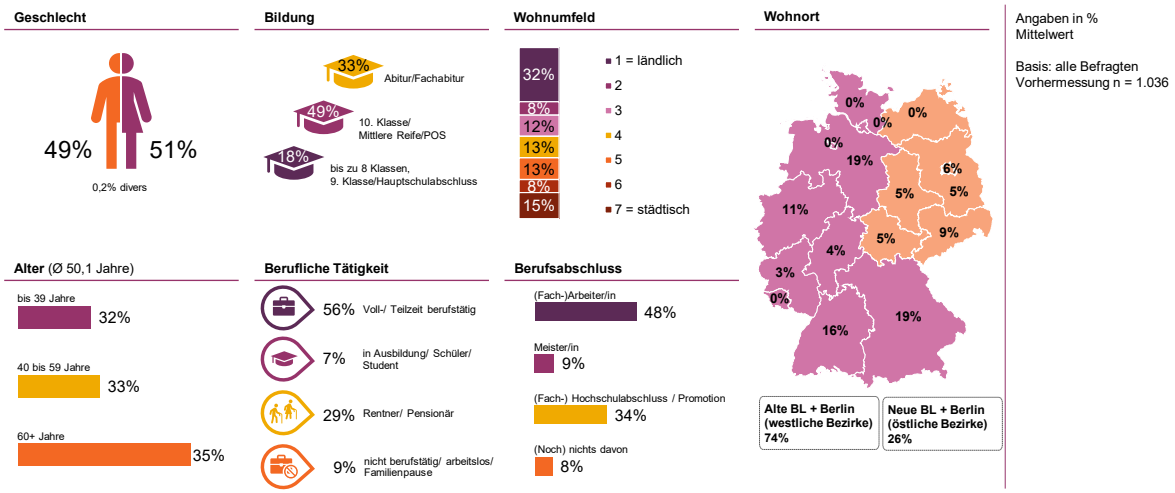


*Abbildung 67: Soziodemografie Vorhermessung I*

Mit Partner:in im Haushalt leben 62 Prozent der Befragten (verheiratet: 45 %, ledig: 14 %, geschieden/getrennt lebend/verwitwet: 3 %). Ohne Partner:in im Haushalt leben 38 Prozent, davon 25 Prozent ledig und 13 Prozent geschieden/getrennt/verwitwet.

29 Prozent leben alleine, 39 Prozent zu zweit, in 31 Prozent der Haushalte wohnen drei oder mehr Personen. In 21 Prozent der Haushalte lebt mindestens ein Kind unter 16 Jahren.

Eine Migrationsgeschichte haben 8 Prozent der Befragten.

Das Haushaltsnettoeinkommen liegt bei 47 Prozent der Befragten zwischen 2.000 Euro und unter 4.000 Euro, bei 26 Prozent liegt es darunter, bei 27 Prozent darüber.

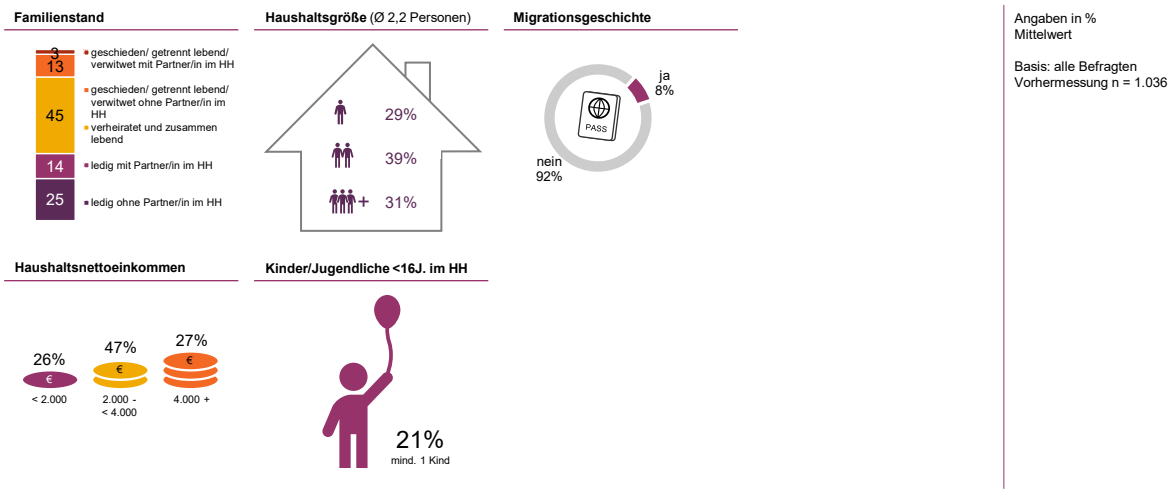


*Abbildung 68: Soziodemografie Vorhermessung II*

# 8 Feld- und Methodenbericht

## 8.1 Untersuchungsanlage

Die repräsentative Bevölkerungsbefragung wurde als Querschnittsuntersuchung mit zwei Untersuchungszeiträumen als Vorher-/Nachhermessung angelegt. Es wurde eine Stichprobe unmittelbar vor Veröffentlichung der Arbeitsstände durch die BGE am 04.11.2024 befragt, während eine zweite Stichprobe nach dieser Veröffentlichung und einigen Tagen Berichterstattung dazu befragt wurde.

Die Befragung wurde im Mixed-Mode-Design als CATI-Befragung (CATI = Computer Assisted Telephone Interviewing) im Dual-Frame-Ansatz (Festnetz und Mobilfunk) und als CAWI-Befragung (CAWI = Computer Assisted Web Interviewing) realisiert. Der CATI-Anteil lag bei rund 30 Prozent.

Für die Durchführung sämtlicher webbasierter Erhebungsvarianten verwendete die INFO GmbH die Befragungssoftware „keyingress“. Mittels dieser lassen sich neben der automatisierten Anwahl von Telefonnummern auch die Abläufe der Befragungen inklusive der Filterführung steuern. Zudem können die Antwortvorgaben von einzelnen Fragen, z. B. bei Listen von Aussagen oder Themen, rotierend oder zufällig vorgelegt werden. Befragungsfehler und Reihenfolgeeffekte können auf diese Weise weitgehend ausgeschlossen werden.

## 8.2 Entwicklung des Erhebungsinstruments

Grundlage für die Befragung war ein von der INFO GmbH in Abstimmung mit dem Auftraggeber entwickelter und finalisierter Fragenkatalog.

Der abgestimmte und freigegebene Fragebogen wurde mit der Software keyingress programmiert und ausgiebig getestet. Nach der Freigabe der Programmierung erfolgte ein Pretest, bei dem insgesamt n = 10 CATI-Interviews und n = 50 CAWI-Interviews realisiert wurden.

Im Rahmen dieses Pretests wurde untersucht, ob die Antworten der Proband:innen den Inhalt der gestellten Fragen abbilden, ob es Verständnisprobleme bei einzelnen Fragen gibt, ob die Reihenfolge der Fragen optimal ist, ob der Fragebogen noch Mängel und Störfaktoren aufweist und ob die angenommene Interviewdauer eingehalten wird.

Für die CATI-Interviews wurden die beteiligten Interviewenden im Vorfeld besonders darauf geschult, verzögerte Antwortreaktionen der Befragten und Missverständnisse zu erkennen und zu erfassen. Nach Abschluss der Pretestinterviews wurde mit den beteiligten Interviewenden ein Workshop realisiert, in dem diese ihre konkreten Erfahrungen mit dem Fragebogen insgesamt sowie mit jeder Einzelfrage berichten und Änderungsvorschläge unterbreiten konnten, um den Fragebogen erforderlichenfalls im Hinblick auf die Realisierung der Interviews zu optimieren.

Den Proband:innen der CAWI-Erhebung wurde nach einzelnen Frageblöcken eine offene Frage gestellt, in der sie Anmerkungen zur Verständlichkeit der Fragen eingeben konnten.

Auf Grundlage des Pretests wurden Empfehlungen zur Optimierung entwickelt und umgesetzt. Darüber hinaus wurden Vorschläge für die notwendige Kürzung des Fragebogens erarbeitet und mit dem Auftraggeber abgestimmt. Die Hauptfeldarbeit wurde nach der Freigabe der überarbeiteten Programmierung begonnen.

Nach den ersten 100 Interviews (CATI: n=64) stellte sich heraus, dass weiterer Kürzungsbedarf besteht. Der Fragebogen wurde somit nochmals in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber gekürzt. Die bereits realisierten Interviews konnten für die Auswertung jedoch verwendet werden, da ausschließlich Kürzungen und keine weiteren Anpassungen vorgenommen wurden.

# 8.3 Grundgesamtheit und Stichprobenziehung

## 8.3.1 Grundgesamtheit und Stichprobenanlage

Grundgesamtheit für die CATI-Erhebung war die deutschsprachige Wohnbevölkerung in den vom Auftraggeber nach Postleitzahl und amtlichem Gemeindeschlüssel definierten Teilgebieten des Zwischenberichts Arbeitsstände der BGE ab 16 Jahren in Privathaushalten mit Festnetz-Telefonanschluss (vgl. BGE Endlagersuche Navigator).

Grundgesamtheit für die CAWI-Erhebung waren alle in einem Online-Access-Panel angemeldeten deutschsprachigen Personen ab 16 Jahren in ebendiesen Gebieten.

Die Gebiete umfassten alle im Zwischenbericht Teilgebiete aus dem Jahr 2020 identifizierten möglichen Endlagerstandorte (vgl. Abbildung 69). Graue Flächen zeigen die identifizierten 90 Teilgebiete, die generell günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle erwarten lassen. Farbig hinterlegt sind die C-/D-Regionen, d. h. die Gebiete, die nach der ersten Veröffentlichung der Arbeitsstände im November 2024 vorläufig als für einen Endlagerstandort ungeeignet oder gering geeignet eingestuft wurden. Personen mit Wohnsitz in den weiß hinterlegten Regionen waren nicht Zielgruppe der Befragung, da diese Gebiete bereits 2020 im Zwischenbericht Teilgebiete vom weiteren Verfahren ausgeschlossen wurden. Ebenso wurde die Befragung nicht in den nördlichen Bundesländern Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Bremen durchgeführt.

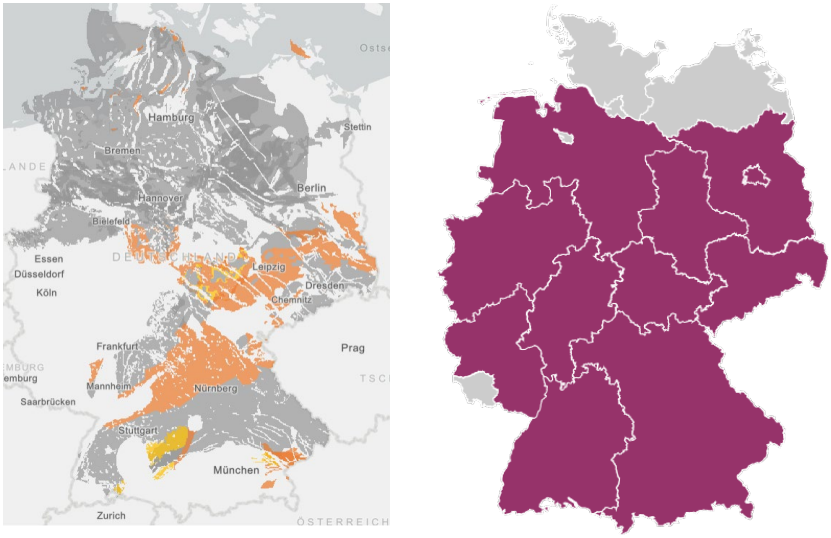


*Abbildung 69: C-/D-Regionen (links, Quelle: BGE Endlagersuche Navigator) und Stichprobengebiet (rechts)*

Zusätzlich wurde in beiden Erhebungen ein disproportionaler Stichprobenansatz mit Aufstockung der Fallzahlen in vier Gebieten zur Methodenentwicklung (dreimal Aufstockung auf n = 100, einmal auf n = 50) gewählt. Damit sollte überprüft werden, inwieweit in diesen Gebieten erhöhtes Wissen und erhöhte Aufmerksamkeit aufgrund von Vorerfahrungen bestehen.

Die vier Gebiete zur Methodenentwicklung dienen der BGE dazu, robuste Methoden für die Eingrenzung der möglichen Endlagerstandorte zu entwerfen. Es handelt sich um Teilgebiete, die für die

Wirtsgesteintypen Ton, Kristallin sowie Steinsalz in steiler und Steinsalz flacher Lagerung möglichst durchschnittlich sind (Salzstock Bahlburg, Thüringer Becken, Saxothuringikum, Opalinuston; Quelle; Webseite der BGE).

### 8.3.2 Stichprobenumfang

Der Gesamtstichprobenumfang der Erhebung beträgt in der Vorhermessung n = 1.036 vollständige Interviews. Im Rahmen der CATI-Erhebung wurden n = 256 vollständige Interviews realisiert. Der Stichprobenumfang der CAWI-Erhebung beträgt n = 780 vollständige Interviews.

In der Nachhermessung wurden n = 1.074 Interviews durchgeführt, wobei n = 253 auf CATI- und n = 821 auf CAWI-Interviews entfallen.

### 8.3.3 CATI-Stichprobenziehung

Auswahlbasis für die Stichprobenziehung war das aktuellste ADM-Mastersample (Festnetznummern). Diese von der Arbeitsgemeinschaft ADM-Telefonstichproben gemeinsam genutzte Stichprobenbasis enthält über 100 Millionen nach dem ADM-Standard zufällig generierte Telefonnummern, mit denen alle möglicherweise vergebenen deutschen Festnetznummern abgedeckt werden. Damit wird sichergestellt, dass auch solche Haushalte in die Stichprobe gelangen können, die keinen Eintrag in öffentlichen Telefonverzeichnissen haben.

Das ADM-Mastersample basiert auf den Eckdaten des Rufnummernraums, der von der Bundesnetzagentur verwaltet und den Telefonanbietern zur Verfügung gestellt wird sowie auf Rufnummern, die in Telefonverzeichnissen eingetragen sind. Die generierten Rufnummern werden jeweils in 10er-Blöcken (die letzten beiden Ziffern 0 bis 9) aufbereitet. Sobald mindestens eine Rufnummer innerhalb eines 10er-Blocks vergeben ist, werden die restlichen generierten Nummern in die Auswahlgrundlage integriert, unabhängig davon, ob alle weiteren Rufnummern vergeben sind oder nicht.

Solche Rufnummern, bei denen die Inhaber:in gegenüber einem ADM-Institut erklärt hat, niemals im Zusammenhang mit einer Befragung angerufen werden zu wollen, werden in der ADM-Sperrdatei erfasst und in der Auswahlgrundlage gesperrt. Diese Sperrdatei wird täglich mit der aktuellen Stichprobe abgeglichen.

Private und geschäftliche Rufnummern sind im ADM-Mastersample ebenfalls mit einer Wahrscheinlichkeit zugeordnet und entsprechend gekennzeichnet: Im Telefonbuch eingetragene Rufnummer können eindeutig den privaten und geschäftlichen Nummern im ADM-Mastersample zugeordnet werden. Darüber hinaus wird bei einigen Rufnummernblöcken vermutet, dass es ebenfalls weitere Rufnummern der eingetragenen Firmen sind. Diese Nummern gelten dann auch als sehr wahrscheinlich gewerblich.

Diese als geschäftlich gekennzeichneten Rufnummern werden aus der Stichprobe von vornherein ausgeschlossen. Falls sich dennoch zu Interviewbeginn herausstellt, dass ein geschäftlicher Anschluss kontaktiert wurde, wird das Interview beendet.

Die direkt aus dem ADM-Mastersample gezogenen Rohstichproben wurden mit einem Predictive-Dialer angerufen. Vergebene Rufnummern wurden den Interviewenden zugestellt, nicht vergebene Rufnummern wurden erkannt und entsprechend abgelegt. Dafür stehen dem Predictive-Dialer ca. 360 Sprachkanäle (SIP-Trunks) zur Verfügung. Sobald sich herausstellte, dass die Rufnummer geschaltet oder nicht geschaltet ist, wird der Call sofort unterbrochen, so dass ausgeschlossen werden kann, dass das Telefon am jeweiligen Anschluss klingelt. Das daraus gewonnene Universum geschalteter Rufnummern bildet die Ausgangsstichprobe für die nachfolgende Schichtung.

Die (a priori) Schichtung der Ausgangsstichprobe erfolgte innerhalb der zu definieren Untersuchungsgebiete primär nach der amtlichen Gebietseinteilung (Region/Landkreis/Gemeinde), die auch im ADM-Mastersample hinterlegt ist. Die Quotierung der Stichprobe wurde dann im Interviewverlauf vorgenommen, so dass im Ergebnis proportionale und repräsentative Stichproben für die einzelnen Untersuchungsregionen generiert wurden.

Innerhalb der jeweiligen Stichprobenschichten erfolgte eine uneingeschränkte proportionale Zufallsauswahl aus allen zur Verfügung stehenden Rufnummern.

Zusätzlich wurden für jede Schicht bzw. Quotierungszelle die Sollvorgaben auf Personenbasis anhand der amtlichen Statistik berechnet und entsprechende vollautomatische Quotierungen in der Befragungssoftware programmiert. Sobald das Stichprobensoll erfüllt war, wurden entweder keine weiteren Rufnummern aus der jeweiligen Schicht mehr angerufen bzw. keine Interviews in den entsprechenden Zellen mehr geführt.

Die Ausgangsstichprobe bestand also aus einer mikrostratifizierten und ungeklumpten Stichprobe, die für das Untersuchungsgebiet teilweise disproportional (Oversampling der „Gebiete zur Methodenentwicklung“, s.o.) entsprechend der Zahl der Personen auf die einzelnen Schichtungszellen aufgeteilt wurde.

Die (a priori) Schichtung der Ausgangsstichprobe erfolgte nach der amtlichen Gebietseinteilung, in diesem Falle nach den Bundesländern.

Innerhalb der jeweiligen Schichten erfolgte eine uneingeschränkte proportionale Zufallsauswahl aus allen zur Verfügung stehenden Rufnummern.

Für jede Schicht wurden die Sollvorgaben auf Haushaltsbasis anhand der amtlichen Statistik berechnet und entsprechende vollautomatische Quotierungen in der Befragungssoftware programmiert. Sobald das Stichprobensoll erfüllt war, wurden keine weiteren Rufnummern aus der jeweiligen Schicht mehr angerufen.

Die Ausgangsstichprobe bestand also aus einer mikrostratifizierten und ungeklumpten Stichprobe, die proportional entsprechend der Zahl der Privathaushalte auf die einzelnen Schichtungszellen aufgeteilt wurde.

Die genaue regionale Zuordnung des Zielhaushaltes wurde durch die Abfrage des Wohnortes (Landkreis, GKZ und Ortsteil) vorgenommen. In jedem Teilgebiet wurde anschließend zunächst eine haushalts-repräsentative CATI-Befragung durchgeführt. Die Stichprobe war an dieser Stelle zunächst nur haushalts-repräsentativ, weil keine Personenstichprobe gezogen werden konnte, sondern Haushalte ausgewählt wurden.

### 8.3.4 CAWI-Stichprobenanlage

Die Teilnehmenden für die Onlinebefragung wurden aus dem aktiv rekrutierten Online-Access-Panels der horizoom GmbH gewonnen und streng quotiert nach den Vorgaben der INFO GmbH rekrutiert.

Die horizoom GmbH arbeitet nach den ESOMAR-Richtlinien, ist nach der ISO 20252:2019 zertifiziert und verfügt über ein Panel mit über 100.000 aktiven Panelist:innen.

Die Rekrutierung/Ansprache der Proband:innen für die Teilnahme an der Befragung erfolgte durch den Panelanbieter selbst auf Basis der dort vorhandenen E-Mail-Adressen. In diesem Fall kommunizierte der Adressbesitzer die URL des Fragebogens selbst und übermittelte dabei jedem Probanden eine individuelle Zugriffskennung (Link), mit der diese den Fragebogen erreichen konnten.

Die Zugriffskennungen bzw. Links zum Fragebogen wurden zufällig generiert und erlaubten eine einmalige Befragungsteilnahme bei beliebig häufigen Unterbrechungen und Wiederaufnahmen an der abgebrochenen Stelle. Doppel-Teilnahmen sind damit generell ausgeschlossen. Die entsprechenden

Links wurden von der INFO GmbH produziert und elektronisch bereitgestellt. Damit wurde zugleich ein Höchstmaß an Anonymität sichergestellt.

Im Zuge der Panelrekrutierung wurden von horizoom z. B. folgende Maßnahmen zur Qualitätssicherung durchgesetzt:

- breite Rekrutierungskanäle (online und offline)
- heterogene Panelstruktur
- Double-opt-in-Registrierung
- Identitätssicherung durch Bankverbindung
- zuverlässige Cash-Incentive-Programme
- ständige Überprüfung der Antwortkonsistenz
- ausschließliche Nutzung der Daten für Markt- und Sozialforschungszwecke
- regelmäßige Bereinigung der Panels
- kein Over- oder Underentertainment der Teilnehmenden

## 8.4 Durchführung der Feldarbeit

### 8.4.1 CATI: Auswahl der Proband:innen auf Haushaltsebene

In jedem der ausgewählten Festnetzhaushalte wurde jeweils nur eine einzige Person als Zielperson ausgewählt. Dies galt unabhängig davon, wie viele Personen, die zur Grundgesamtheit gehören, im jeweiligen Haushalt lebten.

Falls im kontaktierten Haushalt mehrere zur Grundgesamtheit gehörende Personen lebten, erfolgte die Auswahl der Zielperson nach einem bewährten Zufallsverfahren, der „Next-Birthday-Methode“. War diese Person anwesend, wurde darum gebeten, das Gespräch weiterzuleiten. War sie nicht anwesend, wurde ein Termin für eine erneute Kontaktaufnahme vereinbart. Bei der erneuten Kontaktaufnahme wurde von vornherein darum ersucht, mit der ausgewählten Person sprechen zu dürfen. Ein Interview mit einem anderen als dem zufällig ausgewählten Haushaltsmitglied war nicht zulässig. So wurde sichergestellt, dass die Auswahlwahrscheinlichkeit für alle zur Zielgruppe gehörenden Haushaltsmitglieder identisch war.

### 8.4.2 CATI- Stichprobensteuerung in der Feldphase

Mit Hilfe eines Predictive Dialers („Elsbeth“ der Firma Enghouse) wurden Telefonnummern automatisch angewählt und hergestellte Verbindungen einer/einem verfügbaren Interviewer:in zugewiesen. Die/der Interviewer:in übernahm das Gespräch, erläuterte Ziel und Zweck des Anrufes und begann gegebenenfalls das Interview bzw. vereinbarte einen Termin zu einem späteren Zeitpunkt.

Um die Wahrscheinlichkeit von Klagen zu minimieren, erfolgte ein täglicher Abgleich der für die Befragung verwendeten Stichproben mit der ADM-Sperrdatei: Die INFO GmbH liefert – wie alle anderen ADM-Institute auch – täglich bis zu einem festgelegten Zeitpunkt aktuelle Telefonnummern von Personen, die den ausdrücklichen Wunsch geäußert haben, nicht an telefonischen Umfragen teilnehmen zu wollen. Von der Arbeitsgemeinschaft wird dann darauf basierend eine laufend aktualisierte Sperrdatei zur Verfügung gestellt.

### 8.4.3 CATI- Durchführung der Befragung

Zu Beginn des Interviews erhielten alle Befragten die obligatorischen Erläuterungen zum Datenschutz, zur Vertraulichkeit aller Angaben sowie zur Freiwilligkeit der Teilnahme. Bei Bedarf wurden diese Informationen auch schriftlich bzw. per E-Mail versandt.

Die telefonische Kontaktaufnahme erfolgte in der INFO GmbH von montags bis freitags in der Zeit von 15 bis 21 Uhr sowie samstags in der Zeit von 10 bis 18 Uhr.

Die Steuerung der Stichprobe erfolgte vollautomatisch mittels des in die Befragungssoftware „keyingress“ integrierten Sample-Managements-Systems. Während der gesamten Feldzeit erfolgte ein ständiger Abgleich der Verteilung der Nettostichprobe mit der Soll-Verteilung hinsichtlich der Merkmale Alter, Geschlecht, Schulbildung und Region. Für die Anteile der Soll-Verteilung wurden die Quotenvorgaben der Raumtypen sowie die amtliche Statistik des Statistischen Bundesamtes herangezogen.

Nicht erreichte Haushalte wurden jeweils zu unterschiedlichen Tageszeiten und an unterschiedlichen Wochentagen erneut angerufen. Der Mindestabstand bis zur Wiedervorlage lag in der Regel bei ca. vier Stunden.

Um eine höchstmögliche Ausschöpfung zu gewährleisten und auch schwer erreichbare Personen in die Stichprobe einbeziehen zu können, wurde jede Rufnummer bis zu zehnmal kontaktiert. Wenn bis dahin kein erfolgreicher Kontakt zustande kam, handelte es sich erfahrungsgemäß oftmals um nicht vergebene Rufnummern, bei denen keine automatische Ansage des jeweiligen Providers geschaltet war.

Unmittelbar nach Projektbeginn erfolgte eine uneingeschränkte Zufallsauswahl aus den in der Datenbank verfügbaren Rufnummern pro Schichtungszelle (Bruttoansatz). Im weiteren Feldverlauf erfolgte dann eine Priorisierung bei der Auswahl der Rufnummern:

- Erste Priorität hatten feste Terminvereinbarungen.
- Zweite Priorität hatten unverbindliche Terminvereinbarungen.
- Dritte Priorität hatten Rufnummern mit höherer Kontakthistorie, diese wiederum absteigend nach Anzahl der Vorkontakte.
- Letzte Priorität hatten Rufnummern mit einem oder keinem vorherigen Anrufversuch. Sobald eine entsprechende Anzahl von Rufnummern mit höherer Priorität verfügbar ist, wurden also de facto alle diese Rufnummern in der Stichprobe deaktiviert und erst dann sukzessive wieder genutzt, wenn die Anzahl der vorhandenen Rufnummern mit höherer Priorität zu gering wurde.

Zur Sicherung einer möglichst hohen Ausschöpfung trugen zudem die folgenden Maßnahmen bei:

- Einsatz besonders erfahrener und speziell geschulter Interviewer:innen
- Priorisierung der Bruttostichprobe mit dem Ziel einer möglichst hohen Anzahl von Bruttokontakten, um nicht nur leicht erreichbare Haushalte in die Stichprobe aufzunehmen
- mehrere Kontaktversuche an unterschiedlichen Wochentagen sowie zu unterschiedlichen Tageszeiten
- Möglichkeit eines Rückrufs durch den Befragten (Mailbox mit Weiterleitungsfunktion oder direktes Durchstellen zu Interviewer:innen)
- Möglichkeit jedweder individueller Terminvereinbarungen für den Beginn und/oder die Fortsetzung des Interviews (bei Unterbrechungen)
- Sicherstellung der Einhaltung aller vereinbarten Gesprächstermine

Auch die Aufhebung der Rufnummernunterdrückung, die auf eine freiwillige Selbstverpflichtung der Verbände der Markt- und Sozialforschung in Deutschland von Ende 2008 zurückgeht, leistete einen Beitrag zur Erhöhung der Ausschöpfung. Bei einem Anruf durch die INFO GmbH wurde im Display des Telefons der angerufenen Person eine Rufnummer angezeigt. Bei Rückruf konnten per Ansage verschiedene Informationen zum Institut, zum Zweck des Anrufs oder auch zu der Herkunft der Rufnummer eingeholt werden. Bei Bedarf konnte zudem der direkte Kontakt zu einer/einem verantwortlichen Mitarbeiter:in hergestellt werden.

### 8.4.4 CAWI- Stichprobensteuerung in der Feldphase

Die Steuerung der Stichprobe erfolgte vollautomatisch mittels des in die Befragungssoftware „keyingress“ integrierten Sample-Managements-Systems.

Während der gesamten Feldzeit erfolgte kontinuierlich eine Kontrolle der Verteilung der Strukturen hinsichtlich Alter, Geschlecht, Bildungsgrad und Wohnort (Region).

Während des gesamten Rekrutierungszeitraumes erfolgte ein ständiger Abgleich der Nettostichprobe mit der Soll-Verteilung.

Im Anschluss an die Befragung erfolgte eine Incentivierung der Teilnehmenden, die vom Panelanbieter vorgenommen wurde. Zur Gewährleistung einer möglichst hohen Ausschöpfung wurde zusätzlich eine Erinnerungs-/Mailaktion unternommen.

## 8.5 Feldbericht

### 8.5.1 Feldzeit

Der Pretest (CATI und CAWI) fand am 22. Oktober 2024 statt.

Die CATI-Feldarbeit der Vorhermessung wurde im Zeitraum vom 24. bis 29. Oktober 2024 durchgeführt, die CAWI-Feldarbeit im Zeitraum vom 24. bis 31. Oktober 2024. Die Nachhermessung wurde im Zeitraum vom 07. bis 13. November 2024 (CATI) bzw. 07. bis 18. November 2024 realisiert.

Für die CATI-Befragung waren in der Vorhermessung 21 und in der Nachhermessung 18 speziell auf das Projekt eingewiesene Interviewende im Einsatz. Die Interviewenden haben in unterschiedlicher Besetzung von Montag bis Freitag von 15.00 Uhr bis 21.00 Uhr und samstags von 10.00 Uhr bis 18.00 Uhr an dem Projekt gearbeitet. Auf jede:n Interviewer:in entfielen im Schnitt 12 bzw. 14 Interviews (Vorher- bzw. Nachhermessung). Vier Supervisor:innen haben das Projekt betreut.

### 8.5.2 Organisation der CATI-Befragung

Die Erhebung wurde aus dem Telefonstudio der INFO GmbH durchgeführt, wo durchgängig mehr als 100 CATI-Arbeitsplätze zur Verfügung stehen.

Zu Beginn der Befragung wurden die Interviewenden in die Studie eingewiesen und mit dem Fragebogen vertraut gemacht. Die Schulung der Interviewenden erfolgte durch die Projektleitung sowie die Supervisor:innen. Diese wurden wiederum von der Projektleitung in das Projekt eingewiesen und erhielten Schulungsunterlagen für die Interviewereinweisung, um sicherzustellen, dass alle relevanten Informationen an die Interviewenden weitergegeben werden.

Während der Befragung erfolgte ein durchgängiges Monitoring durch die Supervisor:innen, d. h. die Interviews wurden stichprobenartig am Bildschirm verfolgt und mitgehört. Bei Beanstandungen griffen die Supervisor:innen sofort ein und schulten die Interviewenden gegebenenfalls nach. Zudem war –

auch durch den engen Kontakt zur Projektleitung – gewährleistet, dass bei auftretenden inhaltlichen Problemen umgehend eine Lösung abgestimmt werden konnte. Der Erhebungsverlauf wurde durch die Leitung des Telefonstudios und die Projektleitung kontinuierlich beobachtet. Der aktuelle Feldstand wurde durchgängig analysiert.

Alle Kontaktversuche wurden mit Datum und Uhrzeit und dem jeweiligen Ergebnis dokumentiert, ebenso Interviewausfälle und Ausfallgründe.

### 8.5.3 CATI- Ausschöpfungsstatistik

Grundlage für die telefonische Befragung waren 11.766 (Vorhermessung) bzw. 12.190 (Nachhermessung) Telefonnummern, die die unbereinigten Bruttostichproben bildeten. Die Telefonnummern, die nicht zu einem Interview führten, wurden als Ausfälle bezeichnet und abhängig vom konkreten Ausfallgrund den qualitätsneutralen oder den systematischen Ausfällen zugeordnet. Als qualitätsneutrale Ausfälle gelten alle Ausfallgründe, die die Qualität der Befragung nicht beeinträchtigen. Systematische Ausfälle dagegen beeinflussen die Befragungsqualität. Qualitätsneutrale Ausfälle sind:

- nicht belegte Telefonnummern, die vom Dialer als existent eingestuft wurden (kein Anschluss unter dieser Nummer)
- technisch bedingte Ausfälle, Fax-/Modem-Verbindungen
- Anschlüsse, bei denen nach den festgelegten 10 Kontaktversuchen keine Verbindung hergestellt werden konnte
- Anschlüsse, die nicht zur Grundgesamtheit gehören:
  - Anschlüsse von Behörden, Unternehmen, andere Nicht-Privatanschlüsse
  - Anschlüsse außerhalb der definierten Gebiete
  - Haushalte, in denen aufgrund von Sprachproblemen bzw. „Überforderung“ (z. B. aus Altersgründen) kein Interview geführt werden konnte
  - im Befragungszeitraum nicht erreichbare Zielpersonen (laut Auskunft der Kontaktperson bis zum geplanten Feldende nicht erreichbar)

Systematische Ausfälle sind:

- nicht endgültig bearbeitete Telefonnummern (z. B. weniger als zehn Kontaktversuche bzw. ausgewählte Zielperson nicht erreicht)
- Verweigerungen:
  - des Haushalts, d. h. Verweigerungen der Kontaktperson, bevor die Befragungsperson ausgewählt wurde, bzw. Verweigerungen des Kontaktes zur ausgewählten Befragungsperson
  - der Ziel- bzw. Befragungsperson, d. h. nach erfolgter Auswahl der Befragungsperson, auch während des Interviews
  - Abbrüche des Interviews

Von den Bruttostichproben sind 9.692 (82,4 %; Vorhermessung) bzw. 10.063 (82,6 %; Nachhermessung) Telefonnummern als qualitätsneutrale Ausfälle abzuziehen. Damit verbleiben in den bereinigten Bruttostichproben 2.074 (Vorhermessung) bzw. 2.127 (Nachhermessung) Telefonnummern.

Ein Gradmesser für die Güte einer derartigen empirischen Erhebung ist die Ausschöpfung, d. h. die Umsetzung der bereinigten Bruttostichprobe in erfolgreich durchgeführte Interviews (Nettostichprobe).

Insgesamt wurden in der Vorhermessung 256 CATI-Interviews realisiert. Das entspricht einer Ausschöpfung von ca. 12,3 Prozent. In der Nachhermessung wurde mit 253 Interviews eine Ausschöpfung von 11,9 Prozent erreicht.

Die häufigsten Ausfallgründe waren Verweigerungen durch die Ziel- oder Kontaktperson, bevor das Interview begonnen wurde (zusammen 58,3 % in der Vorher- bzw. bzw. 53,0 % in der Nachhermessung).

Die Ausschöpfung für die Stichprobe ist in der folgenden Tabelle detailliert aufgeführt.

*Tabelle 2.: Ausschöpfungsprotokoll CATI-Studie*

| | ***Vorhermessung*** | | ***Nachhermessung*** | |
|---|---|---|---|---|
| | ***Anzahl*** | ***%*** | ***Anzahl*** | ***%*** |
| **Bruttoansatz** | **11.766** | **100** | **12.190** | **100** |
| **Stichprobenneutrale Ausfälle** | **9.692** | **82,4** | **10.063** | **82,6** |
| nicht vergebene bzw. falsche Telefonnummer | 3.140 | 26,7 | 3.245 | 26,6 |
| Anschluss gehört nicht zur definierten Grundgesamtheit | 1.451 | 12,3 | 1.345 | 11,0 |
| Technisch bedingter Ausfall (kein Anruf, Fax, Modem) | 4.358 | 37,0 | 4.690 | 38,5 |
| Kein Privathaushalt (Behörde, Unternehmen etc.) | 345 | 2,9 | 326 | 2,7 |
| Vereinbarte Maximalkontaktzahl erreicht (10 Anrufe) | 398 | 3,4 | 457 | 3,7 |
| **Bereinigte Bruttostichprobe** | **2.074** | **17,6** | **2.127** | **17,4** |

| | ***Vorhermessung*** | | ***Nachhermessung*** | |
|---|---|---|---|---|
| **Systematische Ausfälle** | **1.818** | **87,7** | **1.874** | **88,1** |
| Nicht endgültig bearbeitete Nummern | 610 | 29,4 | 745 | 35,0 |
| Haushalt verweigert, Abbruch | 354 | 17,1 | 254 | 11,9 |
| Zielperson verweigert, Abbruch | 854 | 41,2 | 875 | 41,1 |
| **Nettostichprobe** | **256** | **12,3** | **253** | **11,9** |

## 8.6 Datenaufbereitung und Gewichtung

### 8.6.1 Datenaufbereitung

Im Vergleich zu Paper-&-Pencil-Befragungen werden durch die elektronische Programmierung bei einer CATI- und CAWI-Befragung typische Fehlerquellen, wie sie etwa bei der Filterführung entstehen, weitgehend ausgeschlossen, so dass der Umfang der Datenprüfung deutlich begrenzt werden kann. Zugleich ist durch die verwendete Software gewährleistet, dass nur precodierte Antwortvorgaben ausgewählt werden können, d. h. Werte außerhalb dieser definierten Bereiche und damit grundsätzliche Fehleingaben im Datensatz nicht enthalten sein können.

Durch die systeminterne Steuerung der Filterführung, die Definition von Wertebereichen sowie den Einsatz bestimmter Prüfroutinen bereits während des Interviews reduzierte sich der Aufwand zur Datenbereinigung auf ein relativ geringes Maß.

Neben der routinemäßigen Kontrolle der gesetzten Filter und der Kennzeichnung von Antwortausfällen bezog sich die Datenprüfung überwiegend auf die Prüfung der Daten auf Vollständigkeit, Plausibilität und Konsistenz. Dabei wurden nicht nur die Antworten der Befragten, sondern bei CATI-Interviews auch jegliche Hinweise der Interviewenden in die Auswertung einbezogen.

Bei den CAWI-Interviews wurden sogenannte „Durchklickende“ identifiziert. Dabei handelte es sich um Befragte, die den Fragebogen lediglich flüchtig durchklicken, etwa um die Incentivierung zu erhalten. Da dies ein bekanntes Problem bei Online-Panel-Umfragen ist, wurde hierauf besonderes Augenmerk gelegt.

Als Indikatoren zur Identifikation von Personen, die den Fragebogen nicht ernsthaft beantwortet hatten, wurden die Bearbeitungsdauer sowie die Variationsbreite der Antworten verwendet. So wurde geprüft, ob in der gesamten Befragung oder in den einzelnen Item-Batterien durchgängig auffällig invariante Verteilungen zu beobachten waren.

Auch die Eintragungen bei den (teil-)offenen Fragen wurden daraufhin untersucht, ob sie ein ernsthaftes Antwortverhalten erkennen ließen. Zugleich wurde die Höhe der Antwortausfälle untersucht. Fragebögen mit einer weit überdurchschnittlich hohen Quote an Antwortausfällen wurden nicht in den Nettodatensatz übernommen.

In die Datenprüfung einbezogen wurde auch die Befragungszeit. Fragebögen, die auf einer besonders niedrigen Bearbeitungszeit basierten, wurden von vornherein als „Durchklickende“ gelöscht. In Kombination mit weiteren Auffälligkeiten, wie etwa invarianten Verteilungen der Antworten, wurden Fragebögen mit vergleichsweise niedrigen Antwortzeiten einer besonderen Kontrolle unterzogen.

Nach Abschluss der Datenprüfung wurden 65 bzw. 46 Fälle (Vorher- bzw. Nachhermessung) aus den CAWI-Datensätzen entfernt.

Auf Basis der programmierten Fragebögen wurden Variablen- und Werte-Labels definiert und der Aufbau des jeweiligen Datensatzes festgelegt.

### 8.6.2 Gewichtung

Im Zuge der Stichprobenanlage bzw. Befragungsdurchführung auftretende Disproportionalitäten wurden durch eine komplexe Gewichtung der Netto-Stichprobe auf der Basis der Angaben vom Statistischen Bundesamt mit Stand vom 31.12.2023 ausgeglichen.

Um mögliche Verzerrungen auszugleichen, wurden der Datensatz für jedes der fünf Untersuchungsgebiete (vier Gebiete zur Methodenentwicklung und Restgebiet) separat nach den Merkmalen Alter, Geschlecht und höchster Schulabschluss an die aus der amtlichen Statistik bekannten Sollstrukturen der genannten Merkmale angepasst.

Abschließend wurden die Gebiete entsprechend der jeweiligen Anteile zueinander ins Verhältnis gewichtet.

Die beschriebenen komplexen Gewichtungen erfolgten iterativ, so dass auch eventuell durch nachfolgende Gewichtungsschritte erfolgte Verzerrungen wieder ausgeglichen wurden.

Die Effektivität der Gewichtung wurde nach der folgenden Formel berechnet:

$$E = \frac{(\sum_{1}^{n} g_n)^2}{(\sum_{1}^{n} (g_n^2)) * n}$$

*Formel 1: Effektivität der Gewichtung (E = Effektivität, n = Fallzahl (ungewichtet), $g_n$ = Gewichtungsfaktor für n-ten Fall).*

Da jeder Fall einen eigenen Gewichtungsfaktor erhält, würde eine Effektivität von 1 (100%ige Effektivität) dann erreicht, wenn alle Gewichtungsfaktoren genau 1 wären. Bei zunehmender Varianz der Faktoren wird die Effektivität kleiner.

Für die Gewichtung wurde bei der Vorhermessung eine Effektivität von 68,5 Prozent erreicht, bei der Nachermessung betrug sie 69,0 Prozent, was aufgrund des stark disproportionalen Ansatzes ein gutes Ergebnis ist.

### 8.6.3 Fallzahlen und Fehlerintervalle

Insgesamt wurden n = 1.036 (Vorhermessung) bzw. n = 1.074 (Nachhermessung) Interviews realisiert. Bei einem Anteilswert von 50 % und einer Sicherheitswahrscheinlichkeit von 95 % beträgt die Fehlerspanne für die Gesamtstichprobe +/-3,1 Prozentpunkte.

Bei Betrachtung der Teilgruppe der n = 285 Befragten, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände wahrgenommen haben, beträgt die Fehlerspanne +/-5,9 Prozentpunkte. Bei den n = 112 Befragten, die sich mit der Veröffentlichung auch zumindest etwas beschäftigt haben, liegt die Fehlerspanne bei +/-9,5 Prozentpunkten. In der Teilgruppe derer, die die Veröffentlichung der Arbeitsstände nicht wahrgenommen haben (n = 789) liegt sie bei +/-3,6 Prozentpunkten.

# Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Untersuchungssteckbrief ... 6
Tabelle 2: Ausschöpfungsprotokoll CATI-Studie ... 71

Abbildung 1: C-/D-Regionen (links, Quelle: BGE Endlagersuche Navigator) und Stichprobengebiet (rechts). 5
Abbildung 2: Übersicht: Wahrnehmung der Veröffentlichung von Arbeitsständen ... 7
Abbildung 3: Politische Selbstwirksamkeit ... 13
Abbildung 4: Politische Selbstwirksamkeit (Gebietsbewertung/Alter) ... 14
Abbildung 5: Politische Selbstwirksamkeit (Geschlecht/Höchster Schulabschluss) ... 14
Abbildung 6: Nachbarschaftlicher Zusammenhalt ... 15
Abbildung 7: Risikobereitschaft ... 16
Abbildung 8: Generalisiertes Vertrauen ... 17
Abbildung 9: Vertrauen in Institutionen und Medien ... 18
Abbildung 10: Vertrauen in Institutionen und Medien (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung Arbeitsstände) ... 18
Abbildung 11: Vertrauen in Institutionen und Medien (Gebietsbewertung/Einstellungen zum Atomausstieg) 19
Abbildung 12: Vertrauen in Institutionen und Medien (Alter/Geschlecht) ... 20
Abbildung 13: Vertrauen in Institutionen und Medien (Höchster Schulabschluss/Befürwortung Endlagersuche) ... 20
Abbildung 14: Vertrauen in Institutionen und Medien (Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort/Informiertheit über Endlagerung) ... 21
Abbildung 15: Vertrauen in Institutionen und Medien (Wissensstand zur Endlagerauswahl/ Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen) ... 22
Abbildung 16: Mediennutzung ... 23
Abbildung 17: Mediennutzung (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung Arbeitsstände) ... 23
Abbildung 18: Mediennutzung (Gebietsbewertung/Einstellungen zum Atomausstieg) ... 24
Abbildung 19: Mediennutzung (Alter/Geschlecht) ... 25
Abbildung 20: Mediennutzung (Höchster Schulabschluss/Befürwortung Endlagersuche) ... 25
Abbildung 21: Mediennutzung (Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort/Informiertheit über Endlagerung) ... 26
Abbildung 22: Mediennutzung (Wissensstand zur Endlagersuche/Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen) ... 27
Abbildung 23: Richtigkeit des Atomausstiegs I ... 27
Abbildung 24: Richtigkeit des Atomausstiegs II ... 28
Abbildung 25: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts ... 29
Abbildung 26: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung der Arbeitsstände) ... 29
Abbildung 27: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Gebietsbewertung) ... 30
Abbildung 28: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Einstellungen zum Atomausstieg/Alter) ... 30
Abbildung 29: Kenntnisse zur Wahl des Endlagerstandorts (Befürwortung Endlagersuche/Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort) ... 31
Abbildung 30: Wissensstand zur Wahl des Endlagerorts I ... 32
Abbildung 31: Wissensstand zur Wahl des Endlagerorts II ... 32
Abbildung 32: Subjektive Informiertheit zur Endlagersuche I ... 33
Abbildung 33: Subjektive Informiertheit zur Endlagersuche II ... 34
Abbildung 34: Befürwortung der Endlagersuche I ... 35
Abbildung 35: Befürwortung der Endlagersuche II ... 35
Abbildung 36: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche ... 36
Abbildung 37: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Zeitreihe/Wahrnehmung Veröffentlichung Arbeitsstände) ... 36

Abbildung 38: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Gebietsbewertung/Einstellungen zum Atomausstieg) ... 37
Abbildung 39: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Alter/Befürwortung Endlagersuche) ... 38
Abbildung 40: Relevanz ausgewählter Aspekte zur Endlagersuche (Anerkennung Wohnort als Endlagerstandort/ Informiertheit über Endlagerung) ... 39
Abbildung 41: Anerkennung des Wohnorts als Endlagerstandort I ... 40
Abbildung 42: Anerkennung des Wohnorts als Endlagerstandort II ... 40
Abbildung 43: Infragekommen des Wohnorts als Endlagerstandort I ... 41
Abbildung 44: Infragekommen des Wohnorts als Endlagerstandort II ... 41
Abbildung 45: Relevanz/Betroffenheit ... 42
Abbildung 46: Auswirkungen eines Endlagers am Wohnort ... 43
Abbildung 47: Akzeptierter Zeitraum für Endlagersuche ... 44
Abbildung 48: Beteiligungsabsicht ... 45
Abbildung 49: Einfluss von Kompensationsleistungen auf persönliche Einstellung zum Endlager ... 46
Abbildung 50: Gewünschte konkrete Ausgleichsleistungen ... 46
Abbildung 51: Berücksichtigung persönlicher Interessen bei der Endlagersuche I ... 48
Abbildung 52: Berücksichtigung persönlicher Interessen bei der Endlagersuche II ... 48
Abbildung 53: Gründe für Nichtberücksichtigung persönlicher Interessen ... 49
Abbildung 54: Gewünschte Beteiligungs- und Informationsformate ... 50
Abbildung 55: Informiertheit zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024 I ... 51
Abbildung 56: Informiertheit zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024 II ... 51
Abbildung 57: Informationskanäle zur Arbeitsstände-Veröffentlichung am 4.11.2024 ... 53
Abbildung 58: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen ... 54
Abbildung 59: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Gebietsbewertung) ... 54
Abbildung 60: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Einstellungen zum Atomausstieg/Alter) ... 55
Abbildung 61: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Geschlecht/Höchster Schulabschluss) ... 56
Abbildung 62: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Befürwortung Endlagersuche/Informiertheit über Endlagerung) ... 57
Abbildung 63: Beurteilung der Informationen zu den Arbeitsständen (Wissensstand zur Endlagerauswahl/Fähigkeiten zum Ausführen politischer Handlungen) ... 58
Abbildung 64: Gewünschte (weitere) Informationen ... 58
Abbildung 65: Soziodemografie Nachhermessung I ... 60
Abbildung 66: Soziodemografie Nachhermessung II ... 61
Abbildung 67: Soziodemografie Vorhermessung I ... 62
Abbildung 68: Soziodemografie Vorhermessung II ... 62
Abbildung 69: C-/D-Regionen (links, Quelle: BGE Endlagersuche Navigator) und Stichprobengebiet (rechts) ... 64